

# **TÄTIGKEITSBERICHT DES LANDRATES ÜBER DIE ARBEIT DER KREISVERWALTUNG TELTOW-FLÄMING 1999**

Drucksachen-Nummer 2-0282/99

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
<i>Vorwort des Landrates</i>	3
 <u>Landratsbereich</u>	
Gleichstellungsbeauftragte	5
Ausländerbeauftragte	6
Behinderten- und Seniorenbeauftragte	8
Wirtschaftsförderungsbeauftragter	11
Pressestelle	13
 <u>Dezernat I</u>	
Hauptamt	16
Personalamt	22
Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt	23
Kämmerei	25
Rechtsamt	27
 <u>Dezernat II</u>	
Amt zur Regelung offener Vermögensfragen	29
Ordnungsamt	31
Straßenverkehrsamt	36
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	40
Umweltamt	45
 <u>Dezernat III</u>	
Schulverwaltungsamt	48
Kulturamt	52
Sozialamt	53
Jugendamt	55
Gesundheitsamt	60
Staatliches Schulamt	63
 <u>Dezernat IV</u>	
Planungsamt	66
Kataster- und Vermessungsamt	68
Untere Bauaufsichtsbehörde	70
Wohnungsförderungsamt	75
Hoch- und Tiefbauamt	77
Landwirtschaftsamt	79

# Landkreis Teltow-Fläming



## Der Landrat

---

Luckenwalde, Januar 2000

Sehr geehrte Abgeordnete des Kreistages Teltow-Fläming,

ein ereignisreiches Jahr mit vielen Höhepunkten liegt hinter uns. Sie als Abgeordnete des Kreistages des Landkreises Teltow-Fläming stellten mit zahlreichen Beschlüssen die Weichen für die Verwirklichung vieler Vorhaben in unserem Landkreis. So konnte mit teilweise erheblichen Investitionen im vergangenen Jahr an unseren Schulen viel für den Erhalt und die Erhöhung der Qualität der Bildungseinrichtungen getan werden. Das Oberstufenzentrum in Ludwigsfelde wurde fertiggestellt, das Ludwigsfelder Gymnasium erhielt eine neue Turnhalle und in Jüterbog ist eine neue Schule für geistig Behinderte ihren Bestimmungen übergeben worden.

Der für die Zukunft des Landkreises mit Sicherheit wichtigste Beschluss war der Beschluss Nummer 2-0187/99 zum vierspurigen Ausbau der B 101. Er ist die Grundlage für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Südens unseres Landkreises. Die Bedeutung der Infrastruktur bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes und der Notwendigkeit Investitionen in der Bildung, im Brandschutz und in der Kultur nicht zu vernachlässigen, wurde von den Abgeordneten immer hervorgehoben. Die Verantwortung des Landkreises, für einen Ausgleich der Lebensverhältnisse zu sorgen und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützend zu wirken, aber auch zunehmend direkt investiv tätig zu werden, hat durch die leider anhaltend schwierige Wirtschaftssituation in den neuen Bundesländern weiter zugenommen.

An dieser Stelle herzlichen Dank an alle Abgeordneten, die im Jahr 1999 mit ihrer kritischen und konstruktiven Arbeit in den Ausschüssen und im Kreistag wesentlich dazu beigetragen haben, die kontinuierliche positive Entwicklung in unserem Landkreis voranzutreiben.

In Schönhagen wurde mit dem Bau der ersten Hallen für den Luftfahrttechnologiepark begonnen, im Biotechnologiepark Luckenwalde wurde Richtfest für den zweiten Bauabschnitt gefeiert und mit dem positiven Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsstudie zur Verkehrsversuchsanlage Horstwalde kann in diesem Jahr ein drittes großes Projekt begonnen werden.

Über die Kreisgrenzen hinaus präsentierte sich der Landkreis Teltow-Fläming mit der Vorstellung des Projektes des Luftfahrt-technologieparkes Schönhagen auf der AERO '99, auf zwei Immobilienbörsen in Bonn/Bad Godesberg und beim Europatenariat in Potsdam.

Mit der Fertigstellung des neuen Kreishauses in Luckenwalde konnte die Kreisverwaltung an einem Standort im Zentrum der Kreisstadt zusammenziehen. Die Bürger können nun fast alles an einem Ort, in einem Haus erledigen. Durch einen modernen Kreistagssaal, Räumlichkeiten für alle Fraktionen und großzügige Sitzungsräume haben sich auch die Bedingungen für alle Abgeordneten und Fraktionen wesentlich verbessert.

Ein weiterer besonderer Höhepunkt war der Brandenburg-Tag in der Flämingstadt Jüterbog, welcher nur durch das große Engagement der Jüterboger, die großen Anteil am Gelingen dieses weit- hin beachteten und erfolgreichen Festes hatten, stattfinden konnte.

Mit dem Tätigkeitsbericht wird jährlich in den Ämtern der Kreisverwaltung Bilanz gezogen. Viele positive Arbeitsergebnisse können dargelegt werden, aber auch kritische Anmerkungen sind zu finden. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für ihr Engagement bei ihrer täglichen Arbeit zu bedanken.

Es wird wiederum nur möglich sein, Ihnen einen kleinen Einblick zu vermitteln, welche Aufgaben in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming bewältigt werden konnten. Der Umfang, in dem über die einzelnen Ämter und Sachgebiete berichtet wird, sollte Sie bitte keine Rückschlüsse auf die Qualität oder die Wichtigkeit der geleisteten Arbeit schließen lassen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass nur Arbeitsschwerpunkte erwähnt werden konnten. Die im Text angegebenen Fakten und Zahlen beziehen sich auf das gesamte Jahr 1999.

Für das neue Jahr, ja für das neue Jahrtausend, wünsche ich Ihnen viel Schaffenskraft und Gesundheit, um die bevorstehenden Aufgaben mit großem Erfolg bewältigen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Giesecke

## Landratsbereich

Die **Gleichstellungsbeauftragte** ist in ihrer Funktion als Beauftragte des Landrates für die Umsetzung des im GG Artikel 3 Abs. 2 geforderten Gleichheitsgrundsatzes zuständig. Aus der brandenburgischen Kommunalverfassung (§§23 GO bzw. §21 LKrO) und dem Landesgleichstellungsgesetz ergeben sich die Aufgabengebiete der Gleichstellungsbeauftragten im Landkreis Teltow-Fläming.

Ziel dieses Gesetzes ist es, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der öffentlichen Verwaltung zu erreichen und dabei ein gutes Beispiel für die Wirtschaft zu geben, Frauen entsprechend ihren Fähigkeiten zu beschäftigen und zu fördern.

In der Kreisverwaltung hält die Gleichstellungsbeauftragte ständigen Kontakt zu den Fachämtern, um die Forderungen des Grundgesetzes nach Gleichstellung und Gleichbehandlung von Frauen und Männern zu erfüllen und die Lebenswirklichkeit von Frauen ebenso wie die der Männer zu berücksichtigen. Frauenförderung ist darauf ausgerichtet, durch Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die vorhandenen Strukturen so zu verändern, dass es den Frauen ermöglicht wird, in allen Funktionen, entsprechend ihren Fähigkeiten, vertreten zu sein.

Die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten sind Querschnittsaufgaben, die alle Lebensbereiche, wie Beruf, öffentliches Leben, Bildung und Ausbildung, Familie und soziale Sicherheit, verwaltungsintern und extern erfassen. Die Gleichstellungsbeauftragte ist gleichzeitig Multiplikatorin bei der Vermittlung von Fachwissen, bedingt durch die enge Zusammenarbeit mit dem Referat Frauen beim MASGF und als Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten des Landes Brandenburg.

Durch die Vielfalt der Aufgabenbereiche ist es wichtig, ständig Kontakte mit anderen Bundes- und Landesbehörden zu halten, um schnell auf neue Regelungen, die sich auf frauen- und gleichstellungsrelevante Problemstellungen beziehen, reagieren zu können.

Ein weiterer bedeutender Schwerpunkt ist die Frauen- und Mädchenarbeit im Landkreis. Ein wichtiges Arbeitsinstrument ist dabei das 1997 geschaffene "Frauennetzwerk Teltow-Fläming". Die angestrebte Zusammenarbeit der im Landkreis tätigen Projekte mit den öffentlichen Einrichtungen, wie Arbeitsamt, Bildungsträger und Beschäftigungsgesellschaften hat sich sehr gut entwickelt. In Zusammenarbeit mit der Regionalstelle und den freien Trägern ist es möglich gewesen, neben den schon bestehenden Maßnahmen, neun neu geförderte Maßnahmen mit 26 Frauen

im Landkreis zu konzipieren und umzusetzen. Die Inhalte der Projekte beziehen sich auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Sport- und Freizeitbereich, auf Frauenarbeit und auf Angebote für Behinderte und Senioren.

Das Frauennetzwerk ist in hohem Maße an dem Erfolg der ersten Fraueninformationsbörse, die zum Brandenburg-Tag am 03.07.1999 unter der Schirmherrschaft der Ersten Beigeordneten und Dezernentin Karin Schreiber stattfand, beteiligt. Die Gleichstellungsbeauftragte wurde dabei aktiv von den Mitarbeiterinnen der Regionalstelle für Frauen und Arbeit unterstützt. Im Ergebnis konnte den Bürgern und Bürgerinnen eine Broschüre "Wegweiser (nicht nur) für Frauen" für den Landkreis übergeben werden. Im Rahmen dieses Projektes wurde im Vorfeld eine Berufsinformationsbörse für Mädchen und auch Jungen organisiert. Dort wurden neue Berufsfelder und Ausbildungsbetriebe vorgestellt.

Ein Spiegelbild der Frauenarbeit im Landkreis ist die Organisation und Durchführung der 9. Brandenburgischen Frauenwoche. Das Thema "Europa der Frauen" stand ganz im Mittelpunkt der Veranstaltungen im Landkreis. Die Inhalte waren in den Kommunen sehr unterschiedlich, von Kultur und Kulturen, Musik und Kunst bis hin zu politischen Diskussionen eines vereinten Europa, aber immer mit einem hohen Qualitätsanspruch versehen. Das zeichnet die neue Qualität der Frauenarbeit aus, sich selbst und auch andere zu aktivieren und zu fördern.

Die Kontaktpflege und der Erfahrungsaustausch mit den zuständigen Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit der Pressestelle der Kreisverwaltung hatten für die Gleichstellungsbeauftragte auch 1998 einen hohen Stellenwert.

Im Bereich der Ausländerarbeit ist die **Ausländerbeauftragte** Ansprechpartnerin für alle In- und AusländerInnen, für Projekte, die sich mit dieser Thematik befassen und in der Mittlerfunktion zwischen den Bürgern und den Behörden sowie den Institutionen.

Im Landkreis Teltow-Fläming leben zur Zeit ca. 2496 AusländerInnen aus über 90 Nationen, davon sind 485 AsylbewerberInnen. Das entspricht einem Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung von 1,6 % an der Gesamtbevölkerung des Landkreises. Die ausländischen MitbürgerInnen leben und arbeiten vorrangig im Norden des Landkreises, an den Industriestandorten. Die AsylbewerberInnen leben in vier Übergangwohnheimen in Ludwigsfelde, Luckenwalde und Jüterbog.

Bei der Ausländerbeauftragten laufen alle spezifischen Informationen zusammen, die dann an andere Ämter, Institutionen, Ministerien usw. weitergegeben werden. Kontaktpflege und der

Erfahrungsaustausch mit allen Stellen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sind ebenso wie die Zusammenarbeit mit den Fachämtern der Kreisverwaltung Teltow-Fläming für die Ausländerbeauftragte von Bedeutung.

Ein wesentlicher Bestandteil ist die Öffentlichkeitsarbeit. Dabei steht die Bewusstseinsbildung und die Sensibilisierung der einheimischen Bevölkerung für die Belange der in Deutschland lebenden ausländischen Bürger im Vordergrund.

Die Ausländerbeauftragte arbeitet im Bildungs- und Jugendfreizeitbereich sehr intensiv mit den Schulen und Freizeitprojekten zusammen, um Wissen über andere Kulturen und Religionen zu vermitteln, denn nur durch die Kenntnisse anderer Lebensformen kann Toleranz und Verständnis erzeugt werden. Dazu gehören auch die Veranstaltungen anlässlich des Antirassismus-Tages. In diesem Jahr haben wir eine Gemeinschaftsaktion organisiert, einen Trommelworkshop mit afrikanischen Musikern und ein Life-Konzert mit jungen Aussiedlerinnen. Diese Veranstaltung in Niedergörsdorf war der gelungene Auftakt vieler kleiner Veranstaltungen mit Tradition, wie zum Beispiel die Fußballwettkämpfe mit Mannschaften aus einigen Schulen des Landkreises, mit Mannschaften aus Asylbewerberheimen und von Aussiedlern. In diesem Jahr fand das Turnier in Mahlow statt.

Im Rahmen der Frauenwoche hatte sich die Jugendfreizeiteinrichtung "Full House" in Jüterbog mit dem Thema "Europa" beschäftigt. Sie gestalteten eine "Reise durch Europa, die bei allen TeilnehmerInnen und den Organisatoren eine positive Resonanz erzeugte.

Eine Projektwoche der Gesamtschule Jüterbog folgte und wurde gemeinsam mit der Jugendfreizeiteinrichtung zum Thema "Ausländer in Deutschland" gestaltet. Das Kennenlernen von fremden Schicksalen hat auch dazu beigetragen, Verständnis für Andere zu wecken und sich damit auseinanderzusetzen.

Die Veranstaltungen der Interkulturellen Woche sollen Auskunft geben über das Zusammenleben von In- und AusländerInnen bzw. auch Probleme aufzeigen.

Zur Tradition geworden sind ebenfalls die Spiele um die Pokale der Bürgermeister der Städte Ludwigsfelde und Luckenwalde, an dem Mannschaften von Asylbewerbern, der Sport- und Freizeitvereine, der Verwaltung und der Polizei teilnahmen. Mit diesen Veranstaltungen werden Vorurteile und Berührungängste abgebaut und Toleranz gegenüber dem Fremden geschaffen.

Die Ausländerbeauftragte bietet Unterstützung und Beratung für in- und ausländische Bürger zu allen sozialen Lebensbereichen an. Besonders die Arbeit mit binationalen Familien ist unter Berücksichtigung der spezifischen Lage der Kinder ein wichtiger Arbeitsbereich. Zur weiteren Qualifizierung der Arbeit konnte auch eine Studienreise zu Möglichkeiten der Integration in Europa nach Belgien und Holland genutzt werden.

Der Landkreis war durch die Ausländerbeauftragte bei Landes- und Bundeskonferenzen vertreten.

Einen umfassenden Aufgabenbereich erfüllt auch die **Behinderten- und Seniorenbeauftragte** des Landkreises Teltow-Fläming.

Menschen mit Behinderungen haben wie alle Bürgerinnen und Bürger das Recht, ihr Leben selbst zu gestalten und über ihre sozialen Bezüge selbst zu entscheiden. Dieses gilt auch für Menschen mit schweren körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen. Es ist ein sozialpolitisches Ziel, dass Staat und Gesellschaft Menschen mit Behinderungen eine Auswahl verschiedener Hilfs-, Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten für die Bewältigung ihrer Lebenssituation anbieten, damit sie möglichst selbstständig leben, lernen, wohnen und arbeiten können.

Dazu muss leider festgestellt werden, dass die Lebenswirklichkeit vieler behinderter Menschen diesem Bild noch nicht immer entspricht. Um Menschen mit Behinderungen, deren Angehörigen und deren Interessenverbänden im Landkreis Teltow-Fläming einen zentralen Ansprechpartner zu bieten, wurde durch den Kreistag eine Behindertenbeauftragte bestellt. Mit ihrer Beratungs-, Anregungs- und Anstoßfunktion ist sie ressortübergreifend an Lösungen von Problemen für Menschen mit Behinderungen tätig. Sie unterstützt kreisliche Initiativen mit dem Ziel der weiteren Emanzipation und Integration von Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft und ein selbst bestimmtes Leben.

Sie hat die Möglichkeit, sich direkt mit anderen Ämtern oder deren nachgeordneten Behörden in Verbindung zu setzen als auch durch Pressearbeit behindertenpolitisch wirksam zu werden. Die Behindertenbeauftragte ist der zentrale Ansprechpartner, der schnell und im unmittelbaren Kontakt helfen kann, die Verbindungen zu Verbänden, Organisationen, deren Arbeit den Behinderten dient, herstellen kann.

Die Unterstützung und Beratung der bestehenden Begegnungsstätten für Menschen mit Behinderungen macht einen wesentlichen Teil der Arbeit aus. Begegnungsstätten gibt es in Jüterbog, Luckenwalde, Ludwigsfelde und Rangsdorf. Die Sozialstationen haben noch eigene Begegnungsstätten, die von Behinderten und auch von Senioren genutzt werden.

Auf Grund der schlechten Arbeitsmarktlage findet gegenwärtig jedoch ein großer Verdrängungswettbewerb statt und wirkt sich zwangsläufig auch negativ auf die Beschäftigung von behinderten Arbeitnehmern aus. Die Beauftragte nutzt jede sich bietende Gelegenheit, an öffentliche und private Arbeitgeber zu appellieren, trotz der angespannten Arbeitsmarktlage ihrer Verantwortung gegenüber behinderten Arbeitssuchenden gerecht zu werden.



Die Zusammenarbeit mit der unteren Bauaufsichtsbehörde ist ein sehr wichtiger Schwerpunkt der Arbeit der Behindertenbeauftragten. Hier geht es um die gemeinsame Durchsetzung der brandenburgischen Bauordnung, § 56, Barrierefreies Bauen. Die Versorgung mit behindertengerechten, barrierefreien Wohnraum hat sich auch weiterhin verbessert. Durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und persönliches Engagement der Behindertenbeauftragten ist es gelungen, darauf einzuwirken, dass bei baulichen Veränderungen die Belange von behinderten Menschen beachtet werden.

Die Behindertenbeauftragte hatte ständigen Kontakt mit dem Kreishauskoordinator, um hier die Belange von Menschen mit Behinderungen von der Planung bis zur Fertigstellung des neuen Kreishauses einfließen zu lassen.

Eine besonders intensive Zusammenarbeit gibt es mit dem Gesundheits- und dem Sozialamt. Dadurch können Probleme, die in Beratungen und an Sprechtagen durch Behinderte oder deren Angehörige an die Beauftragte herangetragen werden, auf dem kürzesten Weg einer Lösung zugeführt werden. Beratungsstellen der freien Träger werden in die Arbeit mit einbezogen, wie z.B. die Frühförder- und Beratungsstelle des Landkreises Teltow-Fläming und die Wohnraumanpassungsberatungsstelle, beide in Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes. Vorrangig werden auch Maßnahmen zur zusätzlichen Betreuung für Menschen mit Behinderungen durch die Beauftragte initiiert und koordiniert. Menschen mit Behinderungen sind mehr als andere auf diese Hilfe angewiesen, ihre Lebensqualität steht im direkten Zusammenhang mit der Qualität dieser Dienste. Besonderer Wert wird hier auf ehrenamtliche Betreuung gelegt, aber auch in Zusammenarbeit mit den Arbeitsfördergesellschaften über das Arbeitsförderungsgesetz, z.B. ABM oder SAM (Strukturanpassungsmaßnahmen).

### Beispiele von Projekten und Aktionen

*"Netzwerk Teltow-Fläming für Kommunikation und Freizeit behinderter Menschen"*

Hier werden behinderte Menschen an die moderne Informations- und Kommunikationstechnik herangeführt. Der Verein für Arbeitsförderung und berufliche Bildung e. V., hat hier eine AB-Maßnahme geschaffen, die von den Behinderten sehr gut angenommen wurde.

Am 25. September 1999 fand in Dahme der *"1. Aktionstag für Menschen mit Behinderungen"* im Landkreis Teltow-Fläming statt. 250 Behinderte aus dem gesamten Kreis haben an diesem Treffen teilgenommen.

Die Vorstände der drei im Landkreis arbeitenden Bezirksgruppen des Blinden- und Sehbehindertenverbandes werden ab dem Jahr 2000 regelmäßig zu Schwerpunktthemen mit der Beauftragten zusammenarbeiten.

Die Sprecher der Selbsthilfegruppen treffen sich ab Januar 2000 regelmäßig mit der Behindertenbeauftragten zum Erfahrungsaustausch.

Das traditionelle Bild des Älterwerdens hat sich auch im Landkreis Teltow-Fläming verändert. Diesen Strukturwandel des Alters zeigt besonders eindringlich die Herausbildung der Gruppe der "jüngeren Alten". Hierzu gehören viele aus dem Arbeitsleben ausgeschiedene Frauen und Männer, die über Vorruhestands- und Altersübergangsgeld oder Frühverrentung vorzeitig in die nachberufliche Lebensphase eingetreten sind. Als "jüngere Alte" fühlen sich auch viele rüstige und aktive Altersrentner, die nach gesellschaftlichen Betätigungsfeldern suchen und die in Seniorengruppen und Seniorenbeiräten für ihre Interessen eintreten und sich gesellschaftlich engagieren.

In unserem Landkreis gibt es zwölf Seniorenbeiräte, die mit Unterstützung ihrer jeweiligen Kommunen aktive Seniorenarbeit betreiben. Diese Beiräte haben sich zu einer "Arbeitsgemeinschaft der Seniorenbeiräte im Landkreis Teltow-Fläming" zusammengeschlossen, um gemeinsam kreisliche Veranstaltungen vorzubereiten und durchzuführen. Sie werden dabei von der Seniorenbeauftragten unterstützt und beraten. Dazu gehört u. a. die 6. Seniorenwoche des Landes Brandenburg vom 13.06. bis 20.06.1999. Es fanden etwa 100 Veranstaltungen in dieser Woche in den Städten und Gemeinden statt. Durch die Vereinten Nationen wurde das Jahr 1999 zum Internationalen Jahr der Senioren erklärt.

Die "Arbeitsgemeinschaft der Seniorenbeiräte" und der "Senioren- und Behindertenbeirat" der Stadt Luckenwalde haben vielfältige Veranstaltungen zum Internationalen Jahr der Senioren vorbereitet und durchgeführt. Senioren und Seniorinnen aus Tschechien weilten im April in der Kreisstadt und im September besuchten Senioren des Landkreises Teltow-Fläming sie in ihrer Heimatstadt Spindler-Mlyn. Ein Paten- und Freundschaftsvertrag für weitere Zusammenarbeit wurde unterzeichnet. Mit dem Tschechischen Rentnerverband aus Prag wurden ebenfalls Verbindungen geknüpft und erste Besuche haben stattgefunden. Eine Bildungsreise von 48 Seniorinnen und Senioren aus unserem Landkreis nach Irland war ein weiterer Höhepunkt im Internationalen Jahr. Alle Verbindungen werden auch im Jahr 2000 weiter gefestigt und gemeinsame Aktionen von deutschen und tschechischen Senioren sind bereits in Vorbereitung.

In dem dem Landrat direkt zugeordneten Bereich des **Wirtschaftsförderungsbeauftragten** sind drei Arbeitsschwerpunkte angesiedelt:

- Arbeitsmarktpolitik
- Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV ) und
- Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und ihren Kammern und Verbänden.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt des Landkreises war 1999 unbefriedigend. Ausgehend von 12.053 Arbeitslosen im Januar (Bereich Zossen 5.091 = 12,6%, Bereich Jüterbog/Luckenwalde 6.962 = 19,5% ) hat sich die Situation im Laufe des Jahres bei unbedeutenden monatlichen Schwankungen nicht wesentlich verbessert. Das Nord-Süd-Gefälle hat sich im Vergleich zum Vorjahr vergrößert. Ursachen waren neben der allgemeinen konjunkturellen Wirtschaftsentwicklung die dramatischen Rückgänge der Arbeitsmöglichkeiten auf dem 2. Arbeitsmarkt.

Auch der Landkreis konnte auf Grund der angespannten Haushaltslage die Kofinanzierung von ABM und SAM nicht wie 1998 fortsetzen. Mit 261.812,- DM konnten fünf 1998 begonnene und 1999 auslaufende Maßnahmen kofinanziert werden (Glashütte, Verkehrsversuchsanlage Horstwalde, Arbeitslosenzentrum Jüterbog, Neuba und Mühlenvereinigung Fläming e.V.). Lediglich für 38.188,- DM konnten Neubewilligungen ausgesprochen werden. Diese Maßnahmen waren alle auf das Jahr 1999 beschränkt (GAB Ludwigsfelde - Esperanca und Recycling-Börse, Arbeitslosen-Service Jüterbog, Frauennetzwerk Teltow-Fläming und GAG Waldstadt - Projekt Märkisch-Wilmersdorf).

Im Zusammenhang mit dem Rad- und Skaterwegeprojekt des Landkreises und in Vorbereitung weiterer Projekte in kreislichem Interesse wurde eine enge Zusammenarbeit mit der Service-Agentur entwickelt. Laufende Kontakte gab es in diesem Zusammenhang auch mit den Arbeitsförderungsgesellschaften mit kreislicher Beteiligung

- Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Waldstadt (GAG)
- Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH (LUBA)
- Verein für Arbeitsförderung und berufliche Bildung (VAB)
- dem Sozialamt des Landkreises und
- den Arbeitsämtern.

Die Sachbearbeiterin für Arbeitsmarktpolitik vertritt den Landkreis im Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes Potsdam.

Schwerpunkt der Arbeit auf dem Gebiet des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) war 1999 neben der Wahrnehmung unserer Verantwortung als Aufgabenträger des übrigen ÖPNV und der weiteren Umsetzung des durch den Kreistag beschlossenen Nahver-

kehrsplanes die Neustrukturierung der kommunalen Verkehrsunternehmen. Nachdem zum 01.01.1999 der Betriebsteil Ludwigsfelde der Verkehrsgesellschaft Königs-Wusterhausen und Zossen mbH (VKZ) gemäß einem Nutzungsüberlassungsvertrag auf die Personennahverkehrsgesellschaft Nuthetal mbH (PVN) übergegangen ist, beschloss der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming am 28.06.1999 den Spaltungs- und Übernahmevertrag und die Spaltungsbilanz der VKZ und bereits am 01.03.1999 eine Namensänderung des nun einheitlichen kommunalen Kreisverkehrsbetriebes in "Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming" (VTF) zum 01.09.1999. Mit der Genehmigung durch das Innenministerium vom 14.10.1999 konnte der Prozess erfolgreich abgeschlossen werden.

Mit der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) hat sich die Zusammenarbeit weiter positiv entwickelt. Durch die Arbeit des Landrates als Vorsitzender des Aufsichtsrates und durch Mitarbeit des Wirtschaftsförderungsbeauftragten im Beirat der Gesellschafter, sowie durch Mitarbeit des Geschäftsführers der VTF im Beirat der Verkehrsgesellschaften konnten 1999 eine Reihe von ÖPNV-relevanten Projekten im Landkreis, wie zum Beispiel die Installation verschiedener Informationsprodukte, realisiert werden.

Zur Sicherung einer ordnungsgemäßen ÖPNV-Versorgung im Landkreis wurden über den Kreishaushalt 1999 insgesamt fast acht Millionen DM als nichtinvestive Defizitausgleiche bereitgestellt. Investitionsseitig wurden im Berichtsjahr durch die VTF drei neue Busse, davon ein Stadtbus für Luckenwalde, angeschafft, um die Qualität der Personenbeförderung kontinuierlich weiter zu verbessern.

Durch den regelmäßig tagenden Nahverkehrsbeirat wurde die erfolgreiche Aufgabenerfüllung auf dem Gebiet des ÖPNV beratend begleitet. Wegen der umfangreichen Veränderungen bei der Entwicklung des Landkreises (Siedlungs-, Gewerbegebiets- und Schulstandortentwicklung u.a.) soll der Nahverkehrsplan bereits vor Ablauf seiner eigentlichen Gültigkeit Anfang 2000 fortgeschrieben werden.

Bereits traditionell wurden 1999 durch den Wirtschaftsförderungsbeauftragten die "Wirtschaftsrunden" unter Beteiligung der Industrie- und Handelskammer, der Kreishandwerkerschaft, der Investitionsbank des Landes Brandenburg, der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH, des Fremdenverkehrsverbandes des Landkreises Teltow-Fläming e.V. und des Unternehmerverbandes Teltow-Fläming durchgeführt. Thematische Treffen gab es auf dem Verkehrslandeplatz Schönhagen, in Dennewitz und im Güterverkehrszentrum Großbeeren. Auch darüber hinaus gab es vielfältige Kontakte zu den genannten Verbänden und Kammern, sowie zu Betrieben im Landkreis, u.a. bei Grundsteinlegungen, Betriebseröffnungen oder wenn konkrete Unterstützung angefordert wurde. Auch durch die Begleitung des Ausschusses für Wirtschaft und Landwirtschaft des Kreistages und die Mitarbeit in der Koordinierungsgruppe der Kreisverwaltung konnten

Probleme der Wirtschaftsentwicklung schnell aufgegriffen und zu deren Lösung beigetragen werden.

Vom 28.10. bis 30.10.1999 war der Landkreis mit einer Ausstellung zum Thema "Wirtschaftsregion Teltow-Fläming" auf dem Europapartnerschaft in Potsdam (größte europäische Kooperationsbörse für KMU) vertreten. Die aus unserem Landkreis vertretenen 18 Firmen konnten eine Reihe von vielversprechenden internationalen Kontakten knüpfen.

Neben den Beauftragten ist die **Pressestelle** mit den beiden Aufgabenbereichen Pressearbeit und Öffentlichkeitsarbeit dem Landratsbereich direkt zugeordnet.

Der Bereich Pressearbeit betrifft die Zusammenarbeit der Kreisverwaltung Teltow-Fläming mit den regionalen Medien. Im Landkreis Teltow-Fläming erscheinen drei Lokalausgaben der Märkischen Allgemeinen Zeitung für die Bereiche Jüterbog, Luckenwalde und Zossen und die Lausitzer Rundschau mit der Lokalausgabe Dahme. Diese Tageszeitungen sowie der Lokalanzeiger Teltow-Fläming der Berliner Morgenpost, die Wochenzeitungen Blickpunkt und Wochenspiegel mit den im Landkreis Teltow-Fläming vertretenen Ausgaben und der Rundfunksender Antenne Brandenburg erhalten regelmäßig Informationen in Form von Pressediensten. Bei telefonischen Anfragen und Interviewwünschen der genannten Medien und auch darüber hinaus wird durch die Pressestelle umgehend reagiert.

Die durch die Pressestelle verfassten Pressedienste mit aktuellen Informationen aus der Kreisverwaltung beruhen auf Informationen aus den Ämtern oder auf Eigeninitiative nach entsprechenden Absprachen mit dem jeweils zuständigen Fachamt. Neben diesen Pressediensten erfolgt die Organisation von thematischen Pressegesprächen und -terminen.

Im Jahr 1999 wurden insgesamt fast 400 Pressedienste mit Informationen aus allen Dezernaten herausgegeben. Der größte Teil, ca. 260 der verfassten Presseinformationen, behandelte Themen aus dem Dezernat III, wobei über Angebote der Kreisvolkshochschule als einem Sachgebiet des Schulverwaltungsamtes am häufigsten informiert wurde. An zweiter Stelle stehen Informationen aus dem Kulturamt, die an die Medien weitergegeben wurden. Die weiteren Pressedienste behandelten Themen, die sich mit den Dezernaten I, II und IV befassen. Im Zusammenhang mit dem Umzug der Kreisverwaltung Teltow-Fläming wurden zahlreiche Pressedienste durch die Pressestelle verfasst, um die neue Anschrift und die neuen Telefonnummern der einzelnen Ämter bekanntzugeben. Anhand des täglich erstellten Pressespiegel, in dem die gesamte Regionalpresse ausgewertet wird, kann eingeschätzt werden, dass die verfassten Pressedienste durchschnitt-

lich in zwei bis drei der genannten Tages- und Wochenzeitungen des Landkreises erschienen sind.

1999 fanden monatlich ein bis zwei Pressegespräche statt. Fünfmal stand der Landrat den Journalisten direkt für Fragen zur Verfügung und informierte über aktuelle Ereignisse. Weitere Themen der Pressegespräche waren zum Beispiel die Jugendhilfeweche (Jugendamt), der Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" (Landwirtschaftsamt), der Semesterbeginn der Kreisvolkshochschule (Schulverwaltungsamt), der Volkstrauertag (Ordnungsamt), der Aufruf zu einer Spendenaktion im Zusammenhang mit dem Kreishausneubau und der Besuch von Studenten aus Flandern. Zu Presseterminen wurde durch die Pressestelle 13-mal eingeladen. Die Journalisten erhielten Einladungen zu Ereignissen, wie zum Beispiel zur Grundsteinlegung und zum Richtfest der Sporthalle am Gymnasium in Ludwigsfelde, zur Einweihung der Geistigbehinderten-Schule in Jüterbog und des Oberstufenzentrums in Ludwigsfelde sowie zur Übergabe von Rettungsdienstfahrzeugen.

Durch die Pressestelle wurden insgesamt 75 Ausschreibungen an die Märkische Allgemeine Zeitung, Lausitzer Rundschau und in einigen Fällen an die Berliner Morgenpost oder Berliner Zeitung in Auftrag gegeben. Zum größten Teil wurden durch das Hoch- und Tiefbauamt Baumaßnahmen öffentlich ausgeschrieben. Weitere Ausschreibungen beinhalteten z. B. Stellen-, Grundstücks- sowie Mietangebote.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sind die Mitarbeiterinnen der Pressestelle für die Herausgabe des Amtsblattes für den Landkreis Teltow-Fläming verantwortlich. Insgesamt gab es 47 Ausgaben des Amtsblattes. Das kreisliche Amtsblatt wird derzeit von rund 25 Abonnenten, den Amtsdirektoren und hauptamtlichen Bürgermeistern regelmäßig bezogen und an alle Kreistagsabgeordneten sowie die öffentlichen Bibliotheken des Landkreises Teltow-Fläming verschickt. Weiterhin sind die Amtsblätter im Internet unter <http://www.teltow-flaeming.de/kreistag.html> zu finden.

Im Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming werden neben den Tagesordnungen und Beschlüssen des Kreistages Teltow-Fläming und der beschließenden Ausschüsse zahlreiche amtliche Bekanntmachungen veröffentlicht. Dies waren vor allem Bekanntmachungen der Kreissparkasse, der Kommunalaufsicht und des Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen. Weiterhin erfolgt die Veröffentlichung von Satzungen, zum Beispiel vom Südbrandenburgischen Abfallzweckverbandes, von Wahlergebnissen und Bekanntmachungen des Umweltamtes zur Genehmigung der Landschaftsrahmenpläne. Gedruckt wird das Amtsblatt, dessen Erscheinen oft an sehr kurzfristige Terminstellungen gebunden ist, in der zum Hauptamt gehörenden Hausdruckerei.

Ein Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit war die Teilnahme an der 4. und 5. Berliner und Brandenburger Immobilienbörse im Februar und Juni in Bonn. Der Landkreis Teltow-Fläming präsen-

tierte sich in Form einer Ausstellung. Persönliche Gespräche mit Besuchern der Immobilienbörse und die Verteilung der Anfang des Jahres überarbeiteten und neuaufgelegten Umzugsbroschüre weckten großes Interesse für den Landkreis. Die Hauptverantwortung für die Organisation lag in den Händen des Umzugsbeauftragten, Herrn Laue, in Zusammenarbeit mit der Kreissparkasse Teltow-Fläming und Wohnungsbaununternehmen aus dem Landkreis. Die Pressestelle leistete bis Ende Juni organisatorische und personelle Unterstützung. Zum 1. Juli 1999 ging der Umzugsbeauftragte in den Ruhestand, so dass ab diesem Zeitpunkt die Organisation von Informationsveranstaltungen, die persönliche Betreuung von interessierten Bonnern und die Versendung von Informationsmaterialien durch die Pressestelle übernommen wurde.

Vom 21. bis 25. April 1999 fand die AERO '99, die Allgemeine Luftfahrtmesse, in Friedrichshafen statt. Die Pressestelle unterstützte die Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming und den Flugplatz Schönhagen bei der Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Präsentation. Im Mittelpunkt stand der Flugplatz Schönhagen. Zahlreiche Besucher nutzten die Gelegenheit, um sich näher über den Flugplatz Schönhagen und den geplanten Luftfahrttechnologiepark sowie auch über den Landkreis zu informieren. Am 22. April 1999 fand im Zusammenwirken mit dem brandenburgischen Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr ein Brandenburg-Abend auf der Messe statt, an dem nach einem Messerundgang auch der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg, der Bürgermeister von Friedrichshafen, der Messeleiter und der Landrat des Landkreises Teltow-Fläming teilnahmen.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit war die Pflege, ständige Aktualisierung und Erweiterung der Internet-Seiten des Landkreises Teltow-Fläming. So sind Übersichten der im Landkreis befindlichen Schulen, der Sportvereine und Selbsthilfegruppen unter <http://www.teltow-flaeming.de> abrufbar. Ständig aktuell sind der Veranstaltungskalender und das Programm der Kreisvolkshochschule.

Weiterhin gehörte - in enger Zusammenarbeit mit dem Hauptamt, den jeweiligen Fachämtern und der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft - die Organisation von größeren Veranstaltungen im Landkreis zu den Aufgaben der Pressestelle. Hier seien zum Beispiel der Neujahrsempfang 1999, der Besuch des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Dr. Burkhard Dreher, die Eröffnung des Naturparks Nuthe-Nieplitz in Blankensee und die Grundsteinlegung der ersten Hallen des Luftfahrttechnologieparks in Schönhagen durch Herrn Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe.

Die Pressestelle beteiligte sich an der Organisation und Durchführung des Brandenburg-Tages Anfang Juli in Jüterbog durch die Betreuung der ungarischen und belgischen Delegationen sowie an

der Organisation und Standbetreuung auf dem Europarteneriat am 28.10. bis 30.10.1999 in Potsdam.

Durch die Pressestelle erfolgte die redaktionelle Bearbeitung und grafische Gestaltung von Faltblättern zur Brandenburgischen Frauenwoche und zur Seniorenwoche im Landkreis Teltow-Fläming. Des Weiteren wurden Grußworte für die unterschiedlichsten öffentlichen Veranstaltungen im Landkreis und Zuarbeiten für Verlagspublikationen verfasst sowie zahlreiche Bürgeranfragen an die Pressestelle, zum Beispiel zum Kreiswappen, beantwortet.

## Dezernat I

Das **Hauptamt** umfasst die Bereiche Zentrale Dienste, Organisation, Automatisierte Datenverarbeitung (ADV) sowie Kreistag, Statistik und Wahlen.

Schwerpunkte der Tätigkeit des Sachgebietes Zentrale Dienste war die Ausstattung des neuen Kreishauses in Luckenwalde und die Koordination des Umzuges der Mitarbeiter. Alle Aufgaben des Sachgebietes werden im Folgenden stichpunktartig aufgelistet:

- logistische Vorbereitung und Realisierung Umzug der Kreisverwaltung in das neue Kreishaus,
- EU-Ausschreibung Möblierung Kreishaus,
- Ausschreibung Medienwand Sitzungssaal,
- Beschaffung Sonderausstattung Wartebereiche, Beratungsräume, Halle ,Cafeteria
- Vorbereitung Möbeltausch für A 83 + A 32 sowie den kreislichen Schulen aus freien Beständen nach Umzug sowie deren Vergabe/Verkauf an Interessenten gemäß vorliegenden Anmeldungen,
- Unterstützung bei Vorbereitung und Durchführung EU + Landtagswahl
- Transport und Aufbau diverser Ausstellungen im Zusammenhang mit Regierungsumzug in Berlin und Potsdam,
- A 41 Unterstützung Beschaffung Möbel (Ausschreibung) Musikschule Wünsdorf + Umzug,



- Umzug OSZ Ludwigsfelde,
- Räumung Standort GB Schule Luckenwalde/Einrichtung + Umzug in Neubau Jüterbog,

## Sachgebiet Organisation

### *Stellenbewirtschaftung*

Auf Basis eines Grundsatzbeschlusses zur Schaffung von Teilzeitstellen sind durch Sofortmaßnahme insgesamt ca. 18 Stellen eingespart worden. Durch gezielte Umsetzung des Beschlusses sind weitere Einsparungen zu erwarten.

Nach Prüfung erhielten insgesamt 22 Arbeiter- und 70 Angestelltenstellen einen mit Datum versehenen "kw-Vermerk". Die Übersicht der kw-Vermerke liegt künftig als Anlage des Stellenplans dem Haushaltsplan bei. Aufgrund des Wegfalls der Stellenplanverordnung und des Inkrafttretens einer Verwaltungsvorschrift über Inhalt, Form und Gestaltung der Stellenpläne wird derzeit an der Umstellung des entsprechenden Software gearbeitet.

### *Amt 10 - Hauptamt*

Durch den Umzug in das Kreishaus werden einige Stellen des Hauptamtes nicht mehr benötigt. Diese Stellen wurden mit kw-Vermerken im Stellenplan gekennzeichnet. An der personalrechtlichen Umsetzung wird intensiv gearbeitet.

### *Amt 20 - Kämmerei*

Im Bereich Vollstreckung erfolgte zur Steigerung der Einnahmen eine Erhöhung der Stellenanzahl um zwei Stellen.

### *Amt 25 - Amt zur Regelung offener Vermögensfragen*

Der Stellenabbau konnte weiter vorangetrieben werden. Innerhalb des Jahres 1999 konnten sechs Stellen abgebaut werden.

### *Amt 32 - Ordnungsamt*

Zur Bekämpfung der Schwarzarbeit im Ordnungsamt mit hoheitlichem Charakter erfolgte die Bereitstellung einer Stelle zur Besetzung mit einem Kreisinspektor ab 2000. Die Kompensierung der Stelle erfolgte aus dem Fonds freigewordener Stellen, die im Haushaltsplan 1999 geplant und für die Stellenbewirtschaftung noch zur Verfügung standen.

### *Amt 36 - Straßenverkehrsamt*

Mit dem Vorliegen des WIBERA-Gutachtens zur Organisationsuntersuchung im Straßenverkehrsamt wurde durch die Projektgruppe mit der Umsetzung der Empfehlungen begonnen. Der durch die

Projektgruppe erarbeitete Maßnahmeplan beinhaltet folgende Schwerpunkte:

- Verwaltungsmanagement
- Stellen- und Personalstruktur
- Informations- und Kommunikationstechnik
- Räumliche und Sachmittelausstattung
- Dienstleistungsorientierung

*Amt 39 - Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt*

In diesem Amt gab es eine Standpunkterarbeitung zur Erfüllung der Aufgaben nach dem Fleischhygienegesetz.

*Amt 67 - Umweltamt*

Mit dem Personalentwicklungs- und Fortbildungskonzept für das Umweltamt ist die erste Etappe zur Umsetzung der Empfehlungen des Gutachtens zur Organisationsuntersuchung durch die WIBERA-AG abgeschlossen. Eine weitere mögliche Stellenoptimierung wird durch das Sachgebiet Organisation in den Jahren 2001 und 2003 geprüft.

*Amt 40- Schulverwaltungsamt*

Die intern durchgeführte Organisationsuntersuchung in der Volkshochschule wurde abgeschlossen. Ergebnis ist u.a. eine klare Aufgabenzuordnung zwischen den Sachbearbeitern Verwaltung und den Hauptamtlich Pädagogischen Mitarbeitern (HPM), der Abbau der Stelle Verwaltungsleitung, sowie der Abbau von zwei Stellen HPM.

*Amt 41 - Kulturamt*

Im Ergebnis von Umstrukturierungen im Kulturamt erfolgte die Auflösung eines Sachgebietes. Die Stelle des Sachgebietsleiters konnte in eine Teilzeitstelle mit den Aufgaben eines Sachbearbeiters umgewandelt werden.

*Amt 53 - Gesundheitsamt*

Die Umsetzung des Maßnahmeplans zum WIBERA-Gutachten vom 10.11.1997 konnte in einer umfangreichen Zwischenabrechnung dargestellt werden. U. a. war es durch die Schaffung von Teilzeitstellen möglich 4,43 Stellen einzusparen. Bis zum Jahre 2005 ist durch Wirksamwerden von kw-Vermerken eine weitere Stelleneinsparung von 11,16 Stellen zu erwarten. Prognostisch wird somit die Stellenanzahl im Gesundheitsamt von 70 Stellen (Stand: 30.06.1997) bis zum Jahre 2005 auf 54,41 Stellen sinken.

Weiterhin ist vorgesehen, mit Hilfe von Umstrukturierungen der Aufgaben die derzeitige Struktur mit sieben Sachgebieten auf insgesamt fünf Sachgebiete zu verringern.

*Amt 65 - Hoch- und Tiefbauamt*

Die externe Organisationsuntersuchung der WIBERA AG ist abgeschlossen, das Gutachten liegt der Kreisverwaltung vor. Derzeit wird durch die gebildete Projektgruppe ein Maßnahmenplan zur Umsetzung von WIBERA-Vorschlägen erarbeitet. Die weitreichendste Entscheidung für die Kreisverwaltung insgesamt liegt dabei in der Änderung des strategischen Ziels "weg von der Behörde hin zum Unternehmen Hoch - und Tiefbauamt".

#### *Amt 61 - Planungsamt*

Es erfolgt eine Sicherung der Übernahme der Aufgaben nach der Baugesetzbuchzuständigkeit-VO ab Januar 2000. Die Landkreise werden Höhere Verwaltungsbehörde (Genehmigungsbehörde) nach dem BauGB und haben die Aufgabe als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung zu übernehmen. Diese Aufgabe wird dem Planungsamt zugeordnet. Die Schaffung der dafür notwendigen Stellen werden durch Umverteilung kompensiert.

#### *Amt 63 - Untere Bauaufsichtsbehörde*

Der Arbeitsbereich Widerspruchsbehörde wurde durch Stellenumwandlung gestärkt. Zur Sicherung der Aufgabe Beseitigung von illegalen Werbeanlagen wurden, befristet für drei Jahre, zwei Stellen dem Amt zugeordnet. Die Kompensierung erfolgte durch Minimierung der Stellen im Wohnungsförderungsamt.

Durch das Sachgebiet Organisation wurden Standpunkte als Grundlage für eine Entscheidungsfindung zur Zuordnung der Unteren Denkmalschutzbehörde erarbeitet. Die Prüfung bezog sich auf die Varianten Zuordnung zur Unteren Bauaufsichtsbehörde oder Verbleib im Kulturamt.

#### *Amt 83 - Landwirtschaftsamt*

Durch eine interne Organisationsuntersuchung wurde eine Strukturveränderung mit dem Ergebnis einer Minimierung der Sachgebiete von bisher vier mit insgesamt 27 Stellen auf zwei mit 24 Stellen erreicht.

#### *Aufgabengliederungsplan*

Es ist erforderlich, den Aufgabengliederungsplan, der eine wichtige Arbeits- und Planungsgrundlage darstellt, stets zu aktualisieren. Da sich die Aufgabenstruktur der einzelnen Ämter seit der Kreisgebietsreform durch die Funktionalreform, die Einführung neuer Gesetze und Verwaltungsvorschriften bzw. durch politische Entscheidungen oder anderes, mehr oder weniger stark verändert hat, wurde der Aufgabenbestand geprüft. Die vierte Überarbeitung mit Stand Januar 1999 wurde am 11.10.1999 durch die Verwaltungsleitung bestätigt.

### *Bereich Statistik/ Wahlen*

- Erstellung des Statistischen Jahrbuches für das Kalenderjahr 1998 mit Erweiterung der Angaben der Bevölkerung zu den Ortsteilen
- Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung der Wahl zum 5. Europäischen Parlament am 13.06.1999 für den Wahlkreis 72
- Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung der Wahl zum dritten Landtag Brandenburg am 05.09.1999 für die Wahlkreise 19, 26 und 27

### *Kreis- und Verwaltungsarchiv*

- Bearbeitung von 1800 Rechercheanfragen
- Archivierung von 200 lfm. Schriftgut
- in Vorbereitung des Umzuges Zusammenführung und Überarbeitung der Altbestände der ehemaligen Kreise und Kassation im Bestand C

### Sachgebiet Automatisierte Datenverarbeitung (ADV)

#### *Mitwirkung bei Bau, Inbetriebnahme und Umzug ins neue Kreishaus*

- Teilnahme an den Baubesprechungen zur Schwachstromtechnik (Daten- und Telekommunikation) zwecks Absicherung ihrer leistungsbeschreibungs- und fachgerechten Ausführung
- Zusammenarbeit mit dem Fachplaner bei Nachbesserungen, Abnahme und Einweisung in die Kommunikationsnetze.
- Planung und Ausführung des Umzuges der ADV-Technik unter dem Aspekt, dass alle Fachämter innerhalb von zwölf Stunden adv-mäßig wieder arbeitsfähig waren.
- Anpassung der ADV-Technik (Server, Personalcomputer, Drucker) an die Lichtwellenleiter-Netztechnik des neuen Kreishauses und die neue Funknetztechnik zwischen den Standorten Grabenstraße, Jüterbog (Dammtor) und Zossen (Stubenrauchstraße)

#### *Hervorzuhebende Leistungen bei der weiteren Automatisierung der Verwaltungsarbeit*

- ADV-technische Vorbereitung und Ausführung von zwei Wahlen (Europaparlament, Landtag) einschließlich der Präsentation ihrer Ergebnisse auf Wahlpartys.
- Beschaffung und Einführung diverser Softwareprojekte, von denen hier nur das Bauordnungsamtverfahren PROBAUG, die Ordnungswidrigkeiten IKOL-OWI, das Bundeserziehungsgeld, die Bafög-Berechnung und das Statistische Jahrbuch 1998 genannt werden sollen.
- Im Jahr 1999 wurden drei Server, 200 Personalcomputer und acht Netzwerkdrucker beschafft, von denen die meisten Geräte bereits im Einsatz sind. In Vorbereitung des Umzuges fand eine ADV-Inventur statt, bei der alle Geräte erfasst und neu etikettiert wurden.
- Das geografische Informationssystem der Kreisverwaltung wurde 1999 u.a. mit den Flurstückpunktcouvers untersetzt und der Stammdatenbestand aktualisiert. Das System wurde sowohl direkt über *arcview* als auch über den Internet Map Server auf der Basis einer leistungsfähigen Technik in die Arbeit der Fachämter integriert. Desweiteren beteiligte sich das SG ADV mit der Projektstudie "Teleland" an einem gemeinsamen Ideenwettbewerb des Landes Brandenburg und der Deutschen Telekom AG.
- Das kreisinterne Intranet wurde umfassend ausgebaut. Es ist zu einem wichtigen Informationsinstrument avanciert, mit dem sich die Verwaltungsmitarbeiter effektiv über organisatorische, administrative, technische und gesetzliche Vorschriften und Vorgänge informieren können. Dies belegt der Umzug ins neue Kreishaus, wo u.a. das Intranet eine wichtige Informationsquelle darstellte.

*Methodisch-organisatorische Arbeiten zur optimalen Gestaltung des DV-Einsatzes*

- Vielfältige Initiativen zur Absicherung der 2000-Fähigkeit von im Hause zur Anwendung kommender Hard-, Soft- und Netzware.
- Schrittweiser Übergang zum Bürokommunikationssystem Office 97 mit dem Ziel der weiteren Qualifizierung von Verwaltungs- und Kommunikationstätigkeiten.
- Schaffung eines zentralen Knotenpunktes zum Landesverwaltungsnetz sowie Einrichtung mindestens eines Internetanschlusses pro Fachamt zur Kommunikation mit öffentlichen und kommerziellen Institutionen. Schutz des Datennetzes der Kreisverwaltung gegen Angriffe von außen durch Installation von Firewalls.

Auch im Jahr 1999 gingen die Anstrengungen des **Personalamtes** weiter in Richtung des sozial verträglichen Personalabbaus, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Mitarbeiter des Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen gerichtet wurde, deren Aufgabe in den nächsten Jahren definitiv vollständig wegfallen wird.

Insgesamt schieden im Jahr 1999 28 Mitarbeiter aus dem Arbeitsverhältnis mit dem Landkreis Teltow-Fläming aus. Im Zeitraum vom 01.01.1999 bis 31.12.1999 wurden insgesamt 18 Auflösungsverträge wirksam, wovon in 13 Fällen eine Abfindung nach dem bestehenden Sozialplan gezahlt wurde.

In den übrigen zehn Fällen waren Inanspruchnahme der Alters- oder Erwerbsunfähigkeitsrente sowie der Ablauf von Befristungen Gründe für die Beendigung. Eine Beamtin wurde zu einem anderen Arbeitgeber versetzt und eine wirksame Kündigung wurde ausgesprochen.

Im Gegensatz dazu wurden lediglich zwei befristete Arbeitsverhältnisse geschlossen, von denen eines bereits im Oktober wieder beendet wurde.

In den letzten Wochen des Jahres, nach dem Einzug in das neue Kreishaus, wurden verstärkt auch Personalgespräche mit den technischen Kräften geführt, deren Stellen durch die Auflösung der Außenstellen der Kreisverwaltung zum nächsten Jahr wegfallen. Es wurden jeweils die Möglichkeiten einer vorfristigen Inanspruchnahme der Altersrenten gemeinsam geprüft oder andere Möglichkeiten eines sozial verträglichen Ausscheidens. Im Ergebnis dieser Gespräche konnten mit insgesamt elf Mitarbeitern Auflösungsverträge geschlossen werden, die unter Einhaltung der Kündigungsfrist im nächsten Jahr wirksam werden.

Ein neues Aufgabengebiet kam in diesem Jahr mit der Umsetzung des Tarifvertrages zur Altersteilzeit vom 05.05.1998 auf das Personalamt zu. Die Altersteilzeitregelung soll dazu dienen, älteren Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit zu geben, kürzer zu arbeiten und zu finanziell vertretbaren Bedingungen die Zeit bis zur Rente zu überbrücken. Die frei werdenden Arbeitsplätze können mit Arbeitslosen oder aber jungen Menschen nach der Ausbildung wieder besetzt werden.

Die Wiederbesetzung der Stellen kann dann auch befristet erfolgen, so dass auf längere Sicht auch durch die Altersteilzeit ein Personalabbau erreicht werden kann. Andererseits sehen wir hier eine Möglichkeit unseren Auszubildenden zum Teil eine Chance bieten zu können.

So gab es 1999 insgesamt 33 Interessenten an der Altersteilzeitregelung, von denen allerdings nicht alle auch tatsächlich von der Regelung Gebrauch machten. 14 Verträge wurden mit Stand 30.12.1999 geschlossen. Dabei handelt es sich um Mitarbeiter verschiedenster Ämter. Lediglich ein Antrag musste bisher von der Verwaltungsleitung aus betriebsbedingten Gründen vorläufig zurückgestellt werden.

Mit Stand 31.12.1999 sind

106 Beamte  
 784 Angestellte  
 44 Arbeiter  
 24 AZUBI  
 6 ZIVI und  
 2 Mitarbeiter in einer ABM

in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming beschäftigt.

Auch 1999 hat die Kreisverwaltung wieder Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. Es wurden, wie auch in den letzten Jahren, Ausbildungsverhältnisse über Bedarf geschlossen. So wurden zur Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte sechs und zur Ausbildung als Vermessungstechniker vier Jugendliche eingestellt.

Im Bereich der Fortbildung war im Jahr 1999 folgende Entwicklung zu verzeichnen:

A I - Lehrgang	begonnen	keiner
A I - Lehrgang	beendet	11 Mitarbeiter der Kreisverwaltung
Verwaltungsfachwirt	begonnen	15 Mitarbeiter der Kreisverwaltung
Verwaltungsfachwirt	beendet	14 Mitarbeiter der Kreisverwaltung

Das **Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt** übt durch seine unabhängig prüfende, feststellende und berichtende Tätigkeit direkten Einfluss auf die Verwaltung des Landkreises, auf die kreisangehörigen Amts- und Gemeindeverwaltungen sowie auf die Verwaltung der Zweckverbände hinsichtlich der Durchsetzung von haushaltsmäßiger Gesetzlichkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit aus. Dabei wird im Rahmen von Stichproben der gesamte Bereich des kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, einschließlich der wirtschaftlichen Betätigungen geprüft.

Mit seinen Prüfungsergebnissen unterstützt das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt die legitimierten Vertretungsorgane im Rahmen ihrer Kontrollfunktion gegenüber den Verwaltungen.

Das *Sachgebiet Rechnungsprüfung* prüfte im fließenden Übergang zur Jahresrechnungsprüfung die Ergebnisse des Landkreises aus der Durchführung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Jahres 1998 in 13 Fachämtern, drei Einrichtungen und einer GmbH, an welcher der Landkreis beteiligt ist. Im Rahmen der Ausräumungsverfahren hat das Rechnungsprüfungsamt darauf eingewirkt, dass die geprüften Stellen die vorhandenen Mängel tatsächlich abstellen und die aufgezeigten Schwachstellen sowie möglichen Verlustquellen konsequent schließen.

Ein Schwerpunkt lag beispielsweise in der Kontrolle der Richtigkeit der durch die 14 Delegationsgemeinden eingereichten Spitzabrechnungen zur Erstattung von Ausgaben zur "Hilfe zum Lebensunterhalt". Resultat der in enger Zusammenarbeit mit dem Sozialamt des Landkreises durchgeführten Prüfung war eine Rückführung überhöht abgeforderter Haushaltsmittel in Höhe von 81,7 TDM.

Zeitlich begrenzt führte das Rechnungsprüfungsamt in enger Zusammenarbeit mit dem Jugendamt Prüfungen der durch Kinder- und Jugendeinrichtungen beantragten Kostensätze durch. Dabei konnten Forderungen gegenüber dem Kreishaushalt von insgesamt 259,1 TDM abgewendet werden.

Große Aufmerksamkeit wurde auch weiterhin auf die Einhaltung des formstrengen Ausschreibungsverfahrens im Zusammenhang mit zu beschaffenden Waren sowie durchzuführenden Bau- und Dienstleistungen gelegt. Im Rahmen der Zustimmungsprüfungen zu den einzelnen Zuschlagserteilungen wurden insgesamt 52 Vergabeverfahren von Bau- und Lieferleistungen sowie die Beauftragung von Architekten- und Ingenieurleistungen mit einem insgesamt Auftragswert von 11,0 Mio DM erfasst. Hierdurch wurde die Möglichkeit des Entstehens von eventuellen Wettbewerbsbeschränkungen schon im Vorfeld ausgeschlossen und im Vergabeverfahren weitestgehende Rechtssicherheit geschaffen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss des Landkreises erhielt durch die vorgenommenen schriftlichen Auswertungen der im Jahr getroffenen Prüfungsergebnisse nutzbare Hinweise, die einen eindeutigen Aufschluss über den Stand der Haushaltswirtschaft geben und die insbesondere hinsichtlich seiner Empfehlung an den Kreistag zum Beschluss über die Jahresrechnung und zum Vorschlag über die Entlastung des Landrates Unterstützung geben kann.

Das Sachgebiet *Gemeindeprüfung* nahm im Abrechnungsjahr 1999 pflichtgemäß die Jahresrechnungsprüfungen 1998 für 42 Kommunen, sechs Amtsverwaltungen und einem Zweckverband, in denen kein eigenes Rechnungsprüfungsamt besteht, vor.

In einer Vielzahl von Fällen wurden die Prüfungsfelder über die Prüfung der Unterlagen der Jahresrechnung hinaus erweitert. So fanden 56 Vergabevorgänge für Bauleistungen und Lieferung mit einem finanziellen Umfang von 16 Mio DM bei den Kontrollhand-



lungen ihre Berücksichtigung. Für die Durchführung der Prüfung der Jahresabschlüsse der sechs Zweckverbände, die nach der Eigenbetriebsverordnung abrechnen, wurden Wirtschaftsprüfungsgesellschaften beauftragt.

Mit der Vorlage der jeweiligen Prüfberichte erhielten die Gemeindevertretungen, Amtsausschüsse und Verbandsversammlungen rechtzeitig Kenntnis über die erzielten Ergebnisse der Haushalts- bzw. Wirtschaftsführung sowie über die Gewährleistung von Ordnungsmäßigkeit und Sparsamkeit. Sie wurden damit in die Lage versetzt, über die geprüften Jahresrechnungen zu beschließen und über die Entlastung ihrer hauptamtlichen Bürgermeister, Amtsdirektoren bzw. Verbandsvorsteher zu entscheiden.

In neun Fällen musste das Sachgebiet Gemeindeprüfung als Nachprüfstelle im Zusammenhang behaupteter Verstöße gegen die Vergabungsordnung für Bauleistungen, die wertmäßig unter dem Schwellenwert für europaweite Vergaben lagen, tätig werden. Mit der Inkraftsetzung des Vergaberechtsänderungsgesetzes entfiel zwischenzeitlich für die Landkreise eine solche Prüfungspflicht.

In zunehmendem Umfang werden Aufgaben im Bereich der überörtlichen Prüfung, als Teil der behördlichen Aufsicht, gelöst. Erstmals fanden in allen Amtsverwaltungen der kreisangehörigen Kommunen solche Prüfungen statt. Die Prüfungsthemen bezogen sich auf:

- die Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit im Kassenbereich,
- die effektive Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Liegenschaften,
- die richtige Abrechnung der Aufwendungen für Sozialhilfe und der gewährten Zuschüsse für Kindertagesstätten gegenüber dem Träger,
- die richtige Anwendung des Arbeits-, Tarif- und Besoldungsrechtes.

Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 1998 wurde durch die **Kämmerei** im März 1999 aufgestellt und vom Landrat festgestellt. Es wurde ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt. Zum Ausgleich des Jahresabschlussergebnisses wurde lediglich ein Betrag in Höhe von 1.424,5 TDM der Rücklage entnommen.

Am 01.01.1999 betrug die allgemeine Rücklage 6.755,7 TDM. Zu Beginn des Haushaltsjahres 1999 betrug die Höhe der Kredite für den Landkreis Teltow-Fläming 7.978,2 TDM. Davon entfallen auf den Betrag für Kredite vom Kreditmarkt 2.725,0 TDM und für Landesdarlehen 5.253,2 TDM. Diese Verschuldung ergibt ein

besonders positives Ergebnis des Schuldenstandes je Einwohner. Die pro-Kopf-Verschuldung beträgt 51,70 DM.

Der Haushaltsplan für 1999 wurde ausgeglichen aufgestellt und durch den Kreistag bestätigt. Das Gesamtvolumen des Verwaltungshaushaltes beträgt 238.185.500 DM und für den Vermögenshaushalt 61.735.100 DM.

Im Haushaltsjahr 1999 kamen u. a. folgende Maßnahmen mit nebenstehendem Gesamtvolumen zum Abschluss:

1.	Gymnasium Ludwigsfelde	4.610.000 DM
2.	Erweiterungsbau und Rekonstruktion Gymnasium Luckenwalde einschließlich Turnhalle	13.400.000 DM
3.	Oberstufenzentrum Ludwigsfelde	26.200.000 DM
4.	Schule für Geistigbehinderte Jüterbog	7.000.000 DM

Für Straßenbau, Brücken und Deckenerneuerung wurden im Jahr 1999 5.107.500 DM veranschlagt.

1999 erhält der Landkreis eine Investitionspauschale gemäß § 17 GFG in Höhe von 12.202.100 DM und gemäß § 22 GFG 16.707.400 DM.

Der in der Haushaltssatzung beschlossene Kassenkredit wurde einmalig in Anspruch genommen. Das heißt, die Kassenkredithöhe betrug für zwei Tage insgesamt 118.381,02 DM mit einer dafür entrichteten Zinsleistung in Höhe von 34,53 DM, also kaum erwähnenswert.

Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, dass die Kreiskasse an den verbleibenden Tagen des Haushaltsjahres immer liquide war. Im Haushaltsjahr 1999 wurden bisher 1.479.780,00 DM im Haushalt vereinnahmt. Auf dem Notaranderkonto sind bisher 1.437.379 DM vereinnahmt.

Im Berichtszeitraum wurden durch den Kreistag bzw. Kreisausschuss zehn Grundstücksverkäufe beschlossen. Weiterhin wurden 18 Verträge zum Kauf von Grundstücken und Straßenflächen getätigt. Drei Erbbaurechtsverträge wurden abgeschlossen.

Im Zeitraum 01.01.1999 bis 31.07.1999 wurden in der Vollstreckung insgesamt 3.258 offene Fälle registriert mit einem Wertumfang von 765.211,00 DM. Davon sind 568 Fälle mit einem Betrag von 172.678 DM erledigt. Zusätzlich wurden 636 Amtshilfeersuchen fremder Behörden bearbeitet.

Die Aufgaben des **Rechtsamtes** verteilen sich auf sechs Aufgabenschwerpunkte.

- Prozesstätigkeit für den Landkreis

Bereits seit vier Jahren setzt sich der Trend ungebrochen fort, dass vermehrt das Verwaltungsgericht angerufen wird. Die Steigerung liegt im Berichtszeitraum bei ca. 20 % neu eingereichter Klagen.

Im Rahmen der Gerichtsverfahren, die der Landkreis selbst angestrengt hat, sind die beiden Klagen auf Kostenerstattung bei Asylbewerbern und im Kita-Bereich anzuführen.

- Investitionsvorrangverfahren, Grundbuchbeschleunigung

Erstmals ist innerhalb des Berichtszeitraumes kein Neuantrag nach dem InVorG eingegangen. Die laufende Bearbeitung bezieht sich lediglich auf Widerspruchsverfahren und Klagen vor dem Verwaltungsgericht. Dies zeigt, dass sich die Regelung der offenen Vermögensfragen allmählich einem Abschluss zuneigt. Die Anträge auf Bescheide über eine beschleunigte Grundbucheintragung haben leicht abgenommen.

- Beratungstätigkeit für Dezernate, Ämter und sonstige Fachstellen der Kreisverwaltung

Das Arbeitsaufkommen hält sich hier im Rahmen der Vorjahre. Es liegt lediglich eine geringe Steigerung vor.

- Dienstaufsichtsbeschwerden/Petitionen

In diesem Bereich ist nach einer Beruhigung im letzten Jahr wieder ein Anstieg der Fälle zu melden.

- Versicherungsangelegenheiten

Im Berichtszeitraum wurde zwischen der Feuerversicherungsgesellschaft Berlin-Brandenburg und dem Landkreis ein neuer Rahmenvertrag ausgehan-

delt, der ab dem Jahr 2000 einen erweiterten Versicherungsschutz bei einer Reduzierung der bisherigen Prämiensätze um etwa ein Drittel beinhaltet. Auch das neue Kreishaus ist zu diesen Bedingungen versichert.

Weiterhin ist es geglückt, die Grundstücks- und Hauseigentümergehaftpflicht für das neue Gebäude beitragsfrei über die bestehende Haftpflichtversicherung des Landkreises beim KSA versichern zu lassen.

Im Bereich der Schadensabwicklung gibt es bisher keine abweichenden Entwicklungen zu den Vorjahresergebnissen.

Schwerpunkte in der Sachversicherung bildeten in diesem Jahr ein Brandschaden im Wohnheim für Azubis in der Rudolf-Breitscheid-Str. 112/114 in Luckenwalde und eine Einbruchserie in der Allgemeinen Förderschule Jüterbog. In beiden Fällen ist die abschließende Schadenhöhe noch nicht ermittelt (bisher geschätzter Schaden Einbruch - 13.000 DM, Brand - 32.000 DM.)

#### • Sachgebiet Kommunalaufsicht

Im Jahr 1999 haben sich vier bisher selbstständige Gemeinden für einen Zusammenschluss mit benachbarten Gemeinden bzw. für eine Eingliederung in größere Gemeinden auf freiwilliger Basis durch Abschluss öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen entschieden. Per 31.12.1999 hat sich die Anzahl der amtsangehörigen Gemeinden demzufolge von 59 per 31.12. des Vorjahres auf nunmehr 56 selbstständige amtsangehörige Gemeinden verringert. Die Anzahl der Ämter (9) und der amtsfreien Städte und Gemeinden (5) verändert sich durch diese Gebietsänderungen nicht.

Weiterhin wurden zwölf Exklaven einvernehmlich durch den Abschluss öffentlich-rechtlicher Verträge zwischen den beteiligten Gemeinden aufgehoben. In zwei Fällen wurden bestehende Exklaven durch den Erlass einer Rechtsverordnung des Innenministers des Landes Brandenburg aufgehoben, da einvernehmliche Regelungen zwischen den Parteien nicht erzielt werden konnten. Durch das Sachgebiet Kommunalaufsicht wurden die Gebietsänderungen beratend begleitet und die geschlossenen Verträge hinsichtlich ihrer Rechtmäßigkeit geprüft.

Auch im Jahr 1999 erforderte die Prüfung des Zustandekommens der Wasser- und Abwasserzweckverbände nach dem sogenannten Stabilisierungsgesetz einen wesentlichen Teil der Kapazität des Sachgebietes Kommunalaufsicht. Für fünf Zweckverbände sind die Feststellungsbescheide bereits erlassen. Eine Gemeinde hat Klage gegen die Feststellungen der Aufsichtsbehörde erhoben. Zu einem Entwurf des Feststellungsbescheides wurde die Anhörung der Beteiligten veranlasst. Für einen weiteren Verband konnte das Prüfungsverfahren bisher nicht abgeschlossen werden, weil hierfür noch Angaben eines Nachbarkreises hinsichtlich der früheren Mitgliedschaft einer Verbandsgemeinde in einem anderen

Verband erforderlich sind, die jedoch noch nicht vorgelegt werden konnten.

Für den Wasser- und Abwasserzweckverband KMS, dem gegenwärtig 22 Gemeinden angehören, wurde durch externe Beratungsfirmen eine Sanierungskonzeption erarbeitet, die den Verband bei konsequenter Umsetzung aus seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen soll. Die Erarbeitung dieser Konzeption wurde neben dem Sachgebiet Kommunalaufsicht von weiteren Ämtern des Landkreises (Umweltamt, Planungsamt, Gesundheitsamt sowie Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt) beratend begleitet. Die Sanierungskonzeption wird der Verbandsversammlung auf ihrer Sitzung am 26.01.2000 zur Entscheidung vorgelegt.

Infolge seiner erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten war der Verband gezwungen, seine nicht durch Einnahmen gedeckten Ausgabeverpflichtungen durch die Erhebung von Umlagen von seinen Mitgliedsgemeinden zu decken. Die Begleichung der Umlageverpflichtungen durch die Gemeinden war diesen nur durch die Bewilligung von Landesmitteln nach entsprechender Antragstellung und deren aufwendiger Prüfung durch die Kommunalaufsicht möglich.

Weitere Schwerpunkte der kommunalaufsichtlichen Tätigkeit betrafen die Prüfung der Haushaltssatzungen und ggf. der Haushaltssicherungskonzepte der Gemeinden und der Wirtschaftspläne der Zweckverbände sowie der Hauptsatzungen und des sonstigen gemeindlichen Ortsrechts. Die Prüfung von gemeindlichen Grundstücksgeschäften und Beteiligungen von Gemeinden an wirtschaftlichen Unternehmen stellen weitere Aufgabenbereiche der kommunalaufsichtlichen Tätigkeit dar. Auch die Beauftragung privater Firmen mit der Wahrnehmung gemeindlicher Aufgaben bedarf einer Prüfung hinsichtlich ihrer Genehmigungsfähigkeit durch die Kommunalaufsicht.

## Dezernat II

Im **Amt zur Regelung offener Vermögensfragen (ARoV)** sind derzeit insgesamt 41 Mitarbeiter im Kernbereich der Regelung offener Vermögensfragen tätig. Daneben bearbeiten fünf Mitarbeiterinnen die Angelegenheiten des Grundstücksverkehrs, eine Mitarbeiterin ist mit der gesetzlichen Vertreterbestellung befasst.

Zehn Mitarbeiter des ARoV-Kernbereichs sind im Rahmen des Pro-

jekt des "Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (LARoV), Außenstelle Potsdam - AROV Teltow-Fläming" seit September 1999 zum LARoV abgeordnet und bearbeiten dort Unternehmensrückübertragungsanträge bzw. Widerspruchssachen.

Im Jahr 1999 waren zwei Rechtsanwälte im Amt tätig. Das Projekt läuft zum Jahresende 1999 aus.

Die Zuständigkeit für Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsbearbeitung ist ab 01.01.2000 auf das AROV Potsdam-Mittelmark übergegangen.

Die Personalvorgabe des Ministeriums der Finanzen für das AROV liegt im Jahr 1999 bei 37 Personen, zum Jahresende 2000 wird nur noch ein Personalsoll von 33 Personen durch das Land finanziert werden.

Die Erledigung der offenen Vermögensfragen dürfte zum Jahresende 1999 bei 90% liegen, so dass die vom Land angekündigte Finanzierung von erhöhten Abfindungen auch für ausscheidungs-willige Mitarbeiter der Kreisverwaltung greifen kann, wenn deren Stelle durch einen AROV-Mitarbeiter besetzt wird.

#### Statistikübersicht

Stand: 31. Dezember 1999

1.	Anzahl der vermögensrechtlichen Anträge incl. Anträge auf Einräumung von Vorkaufsrechten	
	Anträge	16.452
	Ansprüche	37.535
	beschiedene und zurückgenommene Ansprüche	33.772
	Erledigung	89,97 %

2.	Anzahl der Vermögenswerte (i.d.R. Flurstücke), zu denen Auskunftersuchen (Anträge auf Negativattest) vorliegen	
	Anfragen	97.366
	Auskünfte	95.686
	Erledigung	98,27 %
	Differenz Anfragen/Erledigung	1.680

Die Wartezeit zwischen dem Eingang eines Antrages auf Negativattest bis zur Auskunftserteilung konnte kontinuierlich verkürzt werden, da die Zahl der Erledigungen im Verhältnis zu den Neuanträgen weiter gesteigert wurde.

3.	Widersprüche	2.433
4.a)	anhängige Verwaltungsgerichtsverfahren	326

4.b)	abgeschlossene Verwaltungs- gerichtsverfahren	233
------	--	-----

5.	Stelle für Grundstücksverkehr	
	EDV-erfaßte Anträge	23.589
	davon Erledigungen	22.137
	Erledigung	93,8 %

6.	Vertreterbestellungen	
	Anträge	1.934

Die Aufgaben des **Ordnungsamtes** werden im Folgenden anhand der einzelnen Sachgebiete dargestellt:

#### Sachgebiet 32.1 - Allgemeine Sicherheit und Ordnung

##### *Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden Aufgaben als Kreisordnungsbehörde*

Schwerpunkt der Arbeit ist hier die Anleitung der örtlichen Ordnungsbehörden in Abstimmung mit anderen Fachämtern des Hauses. Es fanden wie jedes Jahr turnusmäßig Beratungen mit den Ordnungsamtsleitern, mit den Mitarbeitern der örtlichen Ordnungsbehörden für das Meldewesen und den Gewerbebereich statt.

Fünf Genehmigungen zur Durchführung von Lotterien wurden erteilt. Zwangsgeldverfahren zur Durchsetzung der Schulpflicht nach dem Schulgesetz des Landes Brandenburg wurden bisher elf durchgeführt. Des Weiteren wurden insgesamt 327 Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange abgegeben, davon 239 nach dem BauGB, 87 nach dem BImSchG und eine nach dem BergG. 189 Bußgeldverfahren wurden gemäß § 112 SGB XI - Pflegeversicherung - durchgeführt.

##### *Untere Jagd- und Fischereibehörde*

Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es aktuell 839 Jagdscheininhaber, davon 16 Ausländer mit Tagesjagdscheinen. Insgesamt gibt es im Kreisgebiet 229 Jagdbezirke, davon 166 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 27 Eigenjagdbezirke, 30 Verwaltungsjagdbezirke und sechs Bundesforstjagdbezirke. Es gibt vier Hegegemeinschaften für Rotwild und eine Hegegemeinschaft für Damwild. Es wurden bisher 23 Hegeschauen als Pflichttrophäenschauen anerkannt.

Die Zusammenarbeit mit dem Kreisjagdverband wurde intensiviert und die Arbeit mit dem Kreisjagdbeirat weitergeführt. 1999 absolvierten von 22 Teilnehmern der jährlich durchzuführenden Jägerprüfung 17 diese mit Erfolg. Die Arbeit mit den Jagdvor-

ständen der Jagdgenossenschaften wurde kontinuierlich weitergeführt.

1999 wurden 275 Fischereischeine A neu erteilt und 927 Jugendfischereischeine an Angler ausgegeben. 20 Fischereischeine B wurden für Berufsfischer ausgestellt. Derzeit gibt es 48 ehrenamtliche Fischereiaufseher. 1999 wurden auch durch die engagierte Mitarbeit dieser Fischereiaufseher 18 Bußgeldverfahren wegen des Verstoßes gegen das Fischereigesetz eingeleitet.

Besonders hervorzuheben ist die im Herbst 1999 zwischen den Fischereiaufsehern und der Naturwacht Stücken im Naturpark "Nuthe-Nieplitz" vereinbarte und zwischenzeitlich praktizierte gemeinsame Informations- und Kontrolltätigkeit. Dieses Ergebnis kam durch das engagierte Zusammenwirken der Kreisanglerverbände, der Vertreter des Naturschutzes, der unteren Naturschutzbehörde und der unteren Fischereibehörde zustande. 1999 wurden drei Anglerprüfungen mit insgesamt 230 Prüflingen durchgeführt, wovon lediglich 37 Anwärter die Prüfung nicht bestanden haben.

#### *Versicherungsbehörde*

Durch die zwei Mitarbeiterinnen wurden im Jahr 1999 bisher 1.411 Anträge auf Altersrente, BU/EU-Renten, Hinterbliebenenrenten entgegengenommen sowie andere Anträge, beispielsweise auf Versorgungsausgleich, Neuberechnungen von Renten sowie auf Rehabilitationsmaßnahmen.

#### *Kriegsgräberwesen*

1999 wurden den Ämtern, Städten und Gemeinden des Landkreises als Instandsetzungs- und Pflegepauschale für die Kriegsgräber 829.476 DM aus Mitteln des Bundes zur Verfügung gestellt. Weitere Kriegsgräberanlagen in den Kommunen konnten mit Landesmitteln neu gestaltet werden, wie beispielsweise in Luckenwalde, Ludwigsfelde, in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal, in Sperenberg, Petkus und in Blankenfelde. In Planung sind die Anlagen in Saalow und Kummersdorf/Gut. Die Aufarbeitung der Problematik des Kriegsgefangenenlagers Stalag III/A in Luckenwalde wurde mit der Eröffnung der Ausstellung im Kreisheimatmuseum und der Vorlage des Buches "Kriegsgefangen in Brandenburg, Stalag III/A 1939-1945" von Herrn Dr. Mai vorerst abgeschlossen. Die Instandsetzung des Stalag-Friedhofs in Luckenwalde wird im Jahr 2000 erfolgen.

#### *Unabkömmlichstellungs-Angelegenheiten*

1999 wurden bisher insgesamt 52 Gesuche von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft auf Unabkömmlichstellung von Mitarbeitern gemäß § 13 Wehrpflichtgesetz bzw. § 16 Zivildienstgesetz gestellt. Durch die qualifizierte Bearbeitung und ein gutes Zu-



sammenwirken mit den Wehrersatzbehörden in Potsdam, Berlin und Cottbus sowie mit der IHK und der Handwerkskammer konnte erreicht werden, dass alle gemäß der UK-VO vom Ordnungsamt des Landkreises eingebrachten Vorschläge positiv entschieden wurden.

### *Gewerbeangelegenheiten*

Im Bereich der Gewerbeangelegenheiten lag der Schwerpunkt der Aufgabenerfüllung in der Ausübung der Fachaufsicht gegenüber den örtlichen Ordnungsbehörden. Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt lag in der verstärkten Bekämpfung der Schwarzarbeit. Hierfür konnte eine zusätzliche Sachbearbeiterstelle mit hoheitlichen Aufgaben geschaffen werden, die Anfang 2000 mit einem Beamten besetzt wird. Die Arbeit konzentrierte sich zunächst auf die Verbesserung der Zusammenarbeit der dafür zuständigen Behörden (Arbeitsämter, Hauptzollämter, Polizei, Amt für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik).

Hervorzuheben ist das verbesserte Zusammenwirken bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit mit der Handwerkskammer und der Kreishandwerkerschaft. Hier konnten insbesondere die Kontrolltätigkeit und der Informationsaustausch effektiviert werden. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt in diesem Bereich war die wirksame Umsetzung und konsequente Anwendung der Möglichkeiten der erweiterten Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen nach dem Ladenschlussgesetz. Hier galten die Bestrebungen insbesondere der Änderung von Zuständigkeiten für Ausnahmetatbestände. Der Antrag des Landkreises an den zuständigen Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, die Ermächtigung zur Ausnahme im öffentlichen Interesse nach § 23 LSchlG den Kreisordnungsbehörden zu übertragen, wurde mit der VO zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des sozialen und medizinischen Arbeitsschutzes vom 25.09.1999 in diesem Sinne entschieden.

Im Schornsteinfegerwesen konzentrierte sich die Arbeit auf Verfahren zur Beitreibung rückständiger Schornsteinfegergebühren und zur Durchsetzung der Kehr- und Überprüfungspflichten. Die verschlechterte Zahlungsmoral der Bürger erfordert das verstärkte Tätigwerden der Vollstreckungsbehörden, wobei ein erhöhter Abstimmungsbedarf notwendig wurde. 27 Kehrverweigerungen wurden angezeigt, wobei drei Widerspruchsverfahren anhängig sind. 1999 wurden insgesamt 110 Leistungsbescheide erstellt.

### Sachgebiet 32.2 - Ausländer- und Personenstandswesen

Per 30.12.1999 waren im Landkreis Teltow-Fläming 2.500 Ausländer gemeldet, davon waren 535 Asylbewerber. Die Zahl der Ausländer ist wiederum leicht gestiegen.

Bis zum genannten Datum wurden ca. 50 Personen ab- bzw. zurückgeschoben. Abschiebungen erfolgten in der Mehrheit wegen illegaler Erwerbstätigkeit im Baugewerbe oder wegen Prostitution. Nach wie vor ist die Mehrzahl der abgeschobenen Personen aus Osteuropa.

Im Bereich Asylwesen scheiterten bis 30.12.1999 nur wenige Abschiebungen, weil die abzuschiebenden Personen sich der Durchsetzung der Ausreisepflicht durch Untertauchen entzogen haben. Durch andere Ausländerbehörden wurden von den bisher durch den Landkreis Teltow-Fläming zur Fahndung ausgeschriebenen Personen in diesem Jahr bisher fünf Personen in Amtshilfe abgeschoben.

Botschaftsvorführungen zur Klärung der Identität von ausreisepflichtigen Ausländern fanden bis zum genannten Zeitpunkt ca. 15-mal statt. Nur in wenigen Fällen konnte die vom Ausländer angegebene Staatsangehörigkeit durch die Befragung in der Botschaft bestätigt werden.

Im Februar 1999 wurde das Asylübergangswohnheim in Jüterbog, Waldauer Weg erstmalig belegt.

Schulungen von Mitarbeitern der Ausländerbehörde erfolgten u. a. zum Problem "Erkennung von Passfälschungen/-verfälschungen".

Im Bereich Staatsangehörigkeit wurden bis 31.12.1999 mehr als 300 Personen eingebürgert. Die Mehrheit davon wiederum gemäß § 6 StARegG (Anspruchseinbürgerung).

Das neue Kindschaftsrecht hat der Standesamtsaufsicht neue Aufgaben übertragen. Im Namensänderungsrecht dagegen wurden Aufgaben auf die örtlichen Standesämter übertragen.

### Sachgebiet 32.3 - Zivil-, Feuerschutz und Rettungsdienst

#### *Brandschutz*

Mit Stand vom 31.12.1999 wurden die Feuerwehren des Landkreises zu 642 Bränden und 1.406 Hilfeleistungen gerufen. Im Vergleich zum gleichen Berichtszeitraum des Vorjahres 1998 kam es zu einem Rückgang der Anzahl der Brände, aber aufgrund der langanhaltenden Trockenheit im Sommer zu größeren Ausmaßen. Besonders dramatisch waren Brände in der Land- und Forstwirtschaft in den Gemarkungen Höfgen und Radeland.

Unter Leitung des Kreisbrandmeisters, Herrn Heine, fanden in Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung sieben Beratungen mit den Stadt-, Gemeinde- und Amtsbrandmeistern statt. Im vierten Quartal 1999 wurde eine Komplexkontrolle des Brandschutzes im Amt Baruth/Mark durchgeführt. In deren Ergebnis wurden dem Amtsausschuss Schwerpunkte der weiteren Entwicklung des Brandschutzes aufgezeigt.

Der Landkreis unterstützte das Vorhaben der Daimler Chrysler AG am Standort Ludwigsfelde, eine Werksfeuerwehr mit 52 Kameraden durch das Innenministerium anerkennen zu lassen.

Im Rahmen der kreislichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen wurden mit Stand 31.12.1999 399 Kameradinnen und Kameraden als Truppführer, Maschinist, Sprechfunker und Atemschutzgeräteträger ausgebildet.

Der Kreisfeuerwehrverband des Landkreises wurde 1999 bei der Ausrichtung der 3. Kreismeisterschaften der Feuerwehren in der Disziplin Löschangriff - nass in Luckenwalde, an der 122 Männer-, Frauen-, Jugend- und Kindermannschaften teilnahmen, unterstützt. Bei den Kindern- und Jugendmannschaften wurde erstmals der Staffellauf und die Gruppenstafette ausgetragen.

In der Jugendarbeit dieses Verbandes wurde auch im Jahre 1999 Unterstützung bei dem bereits traditionellen Zeltlager der Jugendfeuerwehren, an dem 120 Jugendliche teilnahmen, gegeben.

Durch das Feuerwehrtechnische Zentrum des Landkreises wurden im Jahre 1999

933	Pressluftatmer
1.730	Atemschutzmasken
40	Chemikalienschutzanzüge
1.311	Pressluftflaschen
1.950	Druckschläuche
33	Tragkraftspritzen

gewartet und geprüft.

Zum Jahreswechsel 1999/2000 standen die Feuerwehren des Landkreises Teltow-Fläming auch für Einsätze in Berlin bereit.

### *Katastrophenschutz*

Im Mittelpunkt des Jahres stand für den Landkreis die weitere Ausbildung des Katastrophenschutzstabes und die Überprüfung von Einsatzdokumenten zur Gefahrenabwehr. Im Dezember war er aktiv bei einer Rahmenübung des Polizeipräsidiums Potsdam zum Thema Flugzeugabsturz beteiligt.

Kräfte der Brandschutzeinheit des Landkreises waren zur Sicherstellung des durch die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung im April durchgeführten Freiversuches bei Horstwalde eingesetzt.

Durch den Landkreis wurde die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) mit ihren Betreuungsgruppen als eine weitere Hilfsorganisation im Katastrophenschutz integriert.

### *Rettungsdienst*

Im Jahre 1999 wurde der Rettungsdienst zu 10.820 Notfällen gerufen. In etwa 5.100 Fällen ist ein Notarzt zum Einsatz gekommen. Gegenüber dem Vorjahr kam es zu einer weiteren Verschiebung der Leistungen. Die Anzahl der Krankentransportleistungen ist weiterhin rückläufig. Die vorgehaltenen Kapazitäten werden dieser Entwicklung angepasst.

Im Berichtszeitraum wurden vier Rettungswagen, drei Krankentransportwagen und ein Mehrzweckfahrzeug im Rahmen planmäßiger Ersatzbeschaffungen erneuert.

Sechs Wachenleiter des DRK nahmen an Weiterbildungsmaßnahmen für die Tätigkeit als Organisatorische Leiter Rettungsdienst bei Großschadensereignissen teil.

Die 1998/1999 im **Straßenverkehrsamt** durchgeführte Organisationsuntersuchung bestätigte die Struktur des Amtes mit der Gliederung in vier Sachgebiete und wies Einsparungspotential durch Zentralisierung des Amtes in der Kreisstadt Luckenwalde nach.

Im Sachgebiet Kfz-Zulassung ist nach wie vor starker Publikumsverkehr zu verzeichnen, was sich in dem auch 1999 noch steigenden Fahrzeugbestand um 1,7 % widerspiegelt. Die auf Grund von fehlendem Versicherungsschutz, Mängeln am Fahrzeug oder nicht gezahlter Steuer einzuleitenden Maßnahmen stiegen 1999 analog dem Fahrzeugbestand. Dagegen ist jedoch festzustellen, dass die Widersprüche gegen die angeordneten Maßnahmen sowie Anträge auf Erteilung von Fahrtenbuchauflagen überproportional zugenommen hat.

Im Sachgebiet Fahrerlaubniswesen ist der Arbeitsaufwand erwartungsgemäß angestiegen. Am 01.01.1999 trat die neue Fahrerlaubnisverordnung und verbunden damit eine Änderung der Fahrerlaubnisklassen mit diversen Besitzstandsregelungen in Kraft. Auf Grund der hierin enthaltenen Übergangsregelungen, wonach bei Antragstellung und Erreichen des erforderlichen Mindestalters bis 31.12.1998 noch bis 30.06.1999 nach altem Recht die Ausbildung und Prüfung erfolgen konnte und auch die Fahrerlaubnisklassen wie bisher erworben wurden, gab es im 4. Quartal 1998 einen Anstieg von Anträgen. Wurden vom 01.01. bis 30.09.1998 2.541 Anträge gestellt, waren es vom 01.10. bis 31.12.1998 allein 1.529. Dafür blieb aber der erwartete Ansturm auf die Umstellung der Fahrerlaubnis zunächst aus. Jedoch gab es zu Beginn viele Anlaufschwierigkeiten sowohl mit dem Anwendungsprogramm IKOL-FS als auch bei der Bundesdruckerei bei der Einhaltung der Termine. Hierdurch traten anfänglich Verzögerungen bei der Umstellung der Fahrerlaubnisse auf. Ebenso konnten vom 01.01.1999 bis 31.08.1999 keine Daten an das Zentrale Fahrerlaubnisregister in Flensburg gemeldet werden. Die Nacherfassung ist nur mit erheblichem Mehraufwand möglich.

Trotz umfangreicher Öffentlichkeitsarbeit besteht viel Erklärungsbedarf zu den neuen Fahrerlaubnisklassen, Übergangsvorschriften und Untersuchungsfristen in der Bevölkerung.

Auch 1999 wurde die Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit durch das Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten an 13 stationären Messstellen sowie 26 Messstellen für das mobile Fahrzeug überwacht. Die Überwachung erfolgt an Unfallschwerpunkten und in schützenswerten Bereichen. Die Standorte werden durch die kreisliche Unfallkommission festgelegt.

Zum 01.05.1999 wurde nach fast zweijährigem Bemühen das neue ADV-Programm IKOL-Owi eingeführt. Durch großen Aufwand der Mitarbeiter des Sachgebietes und durch längeren Ausfall von Personal musste die Einsatzzeit des Messfahrzeuges zum Teil verkürzt werden, um die ermittelten Verstöße noch vor Eintritt der Verjährung zu ahnden.

Bei der "stationären" Geschwindigkeitsüberwachung ist bei einer Steigerung der Gesamtzahl der eingeleiteten Verfahren eine Zunahme der Bußgeldverfahren und eine Abnahme der Verwarngeldverfahren um 2,6 % zu verzeichnen. Insgesamt wurden bei 19,4 % der Überschreitungen ein Bußgeldverfahren und in 80,6 % der Fälle ein Verwarngeldverfahren eingeleitet.

Bei der "mobilen" Überwachung liegt der Anteil an Bußgeldverfahren bei 13,4 %. Allerdings kommt hier ein größerer Anteil Fahrzeugführer hinzu, die die Verwarnung nicht annehmen, so dass aus den Verwarngeldverfahren Bußgeldverfahren werden. Der Gesamtanteil der Bußgeldverfahren liegt dann bei 19 %.

Es wurden mehr als 290 Fahrverbote ausgesprochen. Durch das neue ADV-Programm gibt es zurzeit noch Probleme bei der Erhebung statistischer Angaben, wodurch keine konkrete Anzahl angegeben werden kann. Von 2.849.992 Fahrzeugen, die die Messstellen 1999 passierten, überschritten 21.149 Fahrzeuge die zulässige Höchstgeschwindigkeit (0,74 %). In 74 % wurden die Überschreitungen von Fahrzeugführern mit Kennzeichen außerhalb des Landkreises Teltow-Fläming begangen.

Im Jahr 1999 beteiligte sich das Straßenverkehrsamt an zwei gemeinsamen Aktionen mit der Polizei zur Geschwindigkeitsüberwachung auf der B 101.

Die Presse erhält regelmäßig einen Auszug aus dem Einsatzplan des mobilen Messfahrzeuges des Landkreises.

Schwerpunkt der Arbeit im Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung bildet nach wie vor die Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Verkehrsraum, insbesondere hinsichtlich Erteilen und Kontrolle von Baustellenanordnungen und ständiger Beschilderung. Hierbei zeichnet sich vorrangig ab, dass Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm und Abgasen gefordert werden, da sich einerseits Bürgerbeschwerden häufen und andererseits Prüfberichte von Fachbehörden Grenzwertüberschreitungen ausweisen, deren Ursache jedoch in dem allgemein schlechten Straßenzustand sowie im hohen Lkw-Anteil zu suchen

ist. Waren es im Zeitraum 1995 bis 1998 ca. 30 Beschwerden wegen Lärmbelästigung, so waren allein 1999 16 Anträge umfassend zu prüfen.

Die Planung und Umsetzung der Maßnahmen der Bahnübergangsbeseitigungen im Landkreis erforderte ebenfalls große Anstrengungen, da oftmals territoriale Belange nicht ausreichend Berücksichtigung fanden.

Die kreisliche Unfallkommission tagte im Berichtszeitraum neunmal. Von den 1999 offenen 38 Unfallhäufungsstellen konnten sieben durch Einleitung geeigneter Maßnahmen entschärft werden.

Seit 1. November 1999 wird das Sachgebiet durch zwei ABM-Kräfte verstärkt, die als Verkehrssicherheitsbeauftragte im Rahmen des Verkehrssicherheitsprogrammes des Landes Brandenburg vorrangig Maßnahmen zur Schul- und Spielwegsicherung einleiten und umsetzen werden.

*Im Folgenden noch einige statistische Angaben aus dem Straßenverkehrsamt für das Jahr 1999:*

#### 1. Kfz-Zulassung

	Stand 31.12.1998	Stand 31.12.1999
Fahrzeugbestand gesamt	114.247	116.208
davon Kräder	4.194	4.742
Pkw	85.435	86.355
Lkw	7.824	8.136
Zugmaschinen	2.247	2.278
sonstige Kfz	973	979
Kfz-Anhänger	13.397	13.541
KOM	177	177

#### 2. Fahrschul- und Fahrerlaubniswesen

	Stand 31.12.1998	Stand 31.12.1999
Ersterteilung/Erweiterung von Fahrerlaubnissen (FE)	3.837	6.558
Umstellung von FE	421	2.134
Verlust von FE	623	716
Neuerteilung nach Entziehung	421	561
Neuerteilung nach Prüfung	76	83
Versagung nach Entzug	265	148
Internationaler Führerschein	376	339
FE zur Fahrgastbeförderung	391	312
vorliegende Anträge zur Bearbeitung (noch nicht		

abgeschlossen)	2.434	1.863
FE-Entziehungen	479	371
Ausnahmegenehmigung § 74 FeV	5	34
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	49	47
Anzahl der Fahrlehrer	161	182
Anzahl der überprüften Fahrschulen	26	19
Anzahl der Lektoren-Nach- schulung Führerschein auf Probe (FAP)	19	19
Anzahl der Lektoren-Aufbau- seminar für Kraftfahrer (ASK)	19	19

### 3. Gewerblicher Personen- und Güterverkehr

	Stand 31.12.1998	Stand 31.12.1999
Unternehmen im Taxen- und Mietwagenverkehr gesamt	58	58
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge	111	118

### 4. Verkehrsordnungswidrigkeiten

	Stand 31.12.1998	Stand 31.12.1999
eingeleitete Bußgeldverfahren	2.485	2.805
davon		
- stationär	1.747	2.193
- mobil	693	570
- allg. Ordnungswidrigkeiten	45	42
eingeleitete Verwarngeld- verfahren	19.167	17.049
davon		
- stationär	13.806	13.575
- mobil	5.333	3.460
- allgemeine Verkehrsord- nungswidrigkeiten	28	14
Bußgeldverfahren aus Verwarngeldverfügungen	1.397	1.309
davon		
- stationär	1.047	1.066
- mobil	350	243
Gesamtanzahl Verfahren	23.049	21.163

## 5. Verkehrssicherheit und -lenkung

	Stand 31.12.1998	Stand 31.12.1999
Stellungnahmen Planvorhaben	353	468
Ausnahmen, Veranstaltungen § 29 StVO	1.097	169
Ausnahmegem. und Erlaubnisse § 46 StVO	638	637
Anordnungen verkehrslenkender Maßnahmen und Baustellen	1.799	2.030
Anträge LZA/Fußgängerüberwege	16	27
erteilte Anordnungen für generelle Verkehrsregelungen gem. § 45 StVO	255	356
Verkehrsschauen	44	14

Die Schwerpunkte der Arbeit des **Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes**, auf die hier näher eingegangen wird, sind

1. die Tierseuchenbekämpfung,
2. der Verbraucherschutz und
3. der Tierschutz und die Arzneimittelüberwachung

### 1. Tierseuchenbekämpfung

#### *Bekämpfung der enzootischen Rinderleukose*

Es wurden regelmäßig serologische Untersuchungen der Jungrinder und Kühe in allen Beständen des Landkreises durchgeführt. Die Bestände des Landkreises Teltow-Fläming sind frei von enzootischer Rinderleukose.

#### *Rindersalmonellose*

Im Jahr 1999 wurde in drei Betrieben Salmonellose der Rinder festgestellt. In den drei Betrieben wurden die Sperrmaßnahmen inzwischen aufgehoben. Verdacht auf Salmonellose wurde in einem Betrieb festgestellt. Auch hier wurden alle Sperrmaßnahmen aufgehoben.

#### *Tollwut*

Da im Landkreis Teltow-Fläming seit mehr als fünf Jahren keine Tollwut bei Füchsen u.a. Tieren festgestellt wurde, ist ab Frühjahr 1998 die Immunisierung der Füchse über Impfköder ein-



gestellt worden. Der Landkreis gilt seit 01.01.1998 als tollwutunverdächtiges Gebiet. Um den Status tollwutfreies Gebiet zu erlangen sind weiterhin flächendeckende Untersuchungen der gestreckten Füchse erforderlich. Bis zum 31.12.1999 wurden 394 Füchse zur Untersuchung auf Tollwut an das Staatliche Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsamt Potsdam eingesandt. Alle Füchse waren frei von Tollwut-Erregern.

### *Schweinepest*

Im Jahr 1999 wurden 26 Betriebe mit insgesamt 29 Beständen nach der Schweinehaltungshygieneverordnung kontrolliert. Eine große Gefahr hinsichtlich der Einschleppung der Schweinepest stellt das Verfüttern nicht ordnungsgemäß erhitzter Speisereste und Küchenabfälle dar. Speisereste aus Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung und von Speisegaststätten unterliegen der Entsorgungspflicht durch eine Tierkörperbeseitigungsanlage. In Ausnahmefällen können Speisereste nach ordnungsgemäßer Erhitzung auch an Hühner, Hunde und Katzen verfüttert werden. Einen Antrag auf eine derartige Entsorgung haben bisher 47 Einrichtungen gestellt. Ein großer Teil der Gaststätten und Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung hat im Landkreis Teltow-Fläming eine Erklärung abgegeben, dass die anfallenden Speisereste unter die Vier-Personen-Haushaltsregelung fallen.

### *Kontrolle Milchbetriebe*

In den 45 milcherzeugenden Betrieben des Landkreises wurden bisher 48 Kontrollen durchgeführt. Ein Betrieb erfüllte nicht die Anforderungen der Milch-Verordnung. Aufgrund der Zellzahlüberschreitung o.ä. wurde in acht Betrieben eine beratende Tätigkeit durchgeführt.

### *Tiertransporte*

Für Tiertransporte innerhalb der EU wurden 298 Gesundheitsbescheinigungen und EU-Zertifikate nach entsprechenden Kontrollen ausgestellt.

### *Bovine Herpesvirus-Infektion (BHV-1)*

Die Verordnung zur Bekämpfung der BHV-1 Infektion der Rinder auf freiwilliger Basis gilt für das Land Brandenburg ab Januar 1996. Von der Tierseuchenkasse werden die Kosten für die Betriebe, die sich freiwillig diesem Verfahren angeschlossen haben, weitgehend getragen. Per 31. Dezember 1999 gelang es dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt durch Überzeugung, 104 Betriebe für dieses freiwillige Bekämpfungsverfahren zu gewinnen.

Frei von Boviner Herpesvirus-Infektion sind per 31.12.1999 17 Betriebe. 16 Rinderbestände haben den Status eines anerkannten BHV1-Sanierungsbestandes. Von diesen Beständen geht keine Gefahr der Weiterverbreitung der BHV-1 aus.

Zum Schutz der BHV1-freien Rinderbestände und der anerkannten Sanierungsbestände und um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Rinderzucht zu erhalten, ist es erforderlich, die Sanierungsmaßnahmen zu beschleunigen und flächendeckend in den fortgeschrittenen Gebieten (sechs Landkreise des Landes Brandenburg, darunter Teltow-Fläming) zu sichern. Dazu wurde im Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming Nr. 13/1999 eine Tierseuchenallgemeinverfügung erlassen.

### *BSE*

Sieben Rinderbestände stehen im Landkreis Teltow-Fläming unter amtlicher Beobachtung. In diesen Beständen werden erste Nachkommen, sogenannte F1-Tiere (sieben Bestände mit 69 Tieren), von aus dem Vereinigten Königreich oder Nordirland stammenden Rindern gehalten. Die fünf originär englischen Rinder wurden am 26. August 1999 getötet und auf BSE mit negativem Ergebnis untersucht. Unter bestimmten Bedingungen und Auflagen dürfen die F1-Tiere geschlachtet werden. Diese Bestände werden regelmäßig untersucht und kontrolliert.

Um die Sicherheit der Verbraucher hinsichtlich der Herkunft der Rinder von der Geburt bis zum Verkauf des Rindfleisches im Laden zu gewährleisten, hat die EU im Jahr 1997 eine Reihe von Verordnungen erlassen. Die Kontrollen hinsichtlich der Ohrmarkenkennzeichnung, des Vorhandenseins der Rinderpässe und der Vollständigkeit des Tierregisters in 35 Rinderbeständen unseres Landkreises ergaben nur in Einzelfällen geringe Abweichungen.

### *Bienenkrankheiten*

Im Ergebnis der prophylaktischen Faulbrut-Untersuchung im Norden des Landkreises Teltow-Fläming wurden 1998 vier Bienenbestände als an Amerikanischer Faulbrut erkrankt erkannt. Diese Bestände wurden komplett abgeschwefelt und saniert. Es wurden sechs Sperrgebiete gebildet (bedingt durch Wanderung vor Befundermittlung).

1999 wurden mit Beginn des Bienenjahres die Untersuchungen in den Sperrgebieten (46 Imker) und die prophylaktische Faulbrut-Untersuchungen (126 Imker) entsprechend des Landesprogrammes durchgeführt (umfasst ca. 2/3 des Landkreises). In Sperrgebieten wurde in sechs weiteren Beständen Amerikanische Faulbrut festgestellt. Die erkrankten Völker wurden abgeschwefelt. Die Sperrgebietsuntersuchungen erfolgen im Frühjahr 2000 mit Beginn des Bienenjahres.

## 2. Verbraucherschutz

Die Mitarbeiter des Sachgebietes Verbraucherschutz haben zum gegenwärtigen Zeitpunkt 1834 Objekte der Lebensmittelproduktion, des Groß- und Einzelhandels sowie Küchen, Gaststätten, Imbisseinrichtungen und Märkte zu kontrollieren.

Auf der Grundlage einer Verwaltungsvorschrift über die Kontrollhäufigkeit des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft des Landes Brandenburg sowie den Festlegungen der Fleischhygiene-VO wurden bis zum 31.12.1999 4.128 aktenkundige Kontrollen durchgeführt.

Kontrollschwerpunkte im Berichtszeitraum waren Fleischereien, Bäckereien, Märkte, Volksfeste, Küchen und Imbisseinrichtungen. Hier sowie bei den übrigen mit Lebensmitteln befassten Objekten wurden zur Abstellung von Hygienemängeln Auflagen erteilt und gebührenpflichtige Nachkontrollen durchgeführt sowie zu deren Durchsetzung Verwarnungs- und Bußgelder in Höhe von 3.618 DM erhoben.

Bauanträge von 33 Lebensmittelbetrieben und -einrichtungen wurden aus der Zuständigkeit des Sachgebietes beurteilt.

Im Berichtszeitraum wurden nach einem von der Einwohnerzahl abhängigen Schlüssel 768 Planproben von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen (Kosmetika, Reinigungsmittel, Textilien, Verpackung) in verschiedenen Einrichtungen von Handel und Produktion entnommen. Außerdem wurden 92 Verdachts-, Verfolgs- und Monitoringproben gezogen. Von diesen Proben wurden insgesamt 78 wegen fehlerhafter Kennzeichnung, mikrobiologischer Mängel u.a. durch das Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungssamt Potsdam beanstandet.

Im Rahmen des Nationalen Rückstandskontrollplanes wurden in Schlacht- und Verarbeitungsbetrieben 114 Fleischproben entnommen und mit negativen Ergebnis untersucht.

In vier gewerblichen Schlachtbetrieben erfolgte die Schlachtier- und Fleischuntersuchung durch Tierärzte des Amtes (18.493 Untersuchungen). Gleichzeitig wurden 1.124 Stücke Schalenwild in einem Wild-Zerlegebetrieb amtstierärztlich untersucht. Hinzu kommt die Untersuchung von 19.189 Trichinenproben im Labor des Amtes.

Im Rahmen der Handelsklassenkontrolle bei Obst, Gemüse, Speisekartoffeln, Eiern und Geflügel wurden im Berichtszeitraum 520 Kontrollen zur Durchsetzung des Handelsklassenrechts vorgenommen. Schwerpunktobjekte sind hierbei Wochenmärkte, Großhändler und Kundenbeschwerden. Hierbei wurden 29 gebührenpflichtige Verwarnungen mit einer Gesamtsumme von 1.974 DM wegen Verstoß gegen das Handelsklassengesetz (Beanstandungen der Qualität von Obst, Gemüse und Eiern) ausgesprochen.

## Gegenüberstellung Tätigkeit des Sachgebietes Verbraucherschutz 1999 und Vergleich zu 1998

(Stand: 31.12.1999)

	1998	1999
Kontrollobjekte	1.872	1.834
Kontrollen insgesamt	4.520	4.648
Probenahmen insgesamt	950	969
davon		
Planproben insgesamt	771	768
Verwarnungsgeld gebührenpflichtige Nachkontrollen		
Bußgeld insgesamt in DM	7.984	5.592
Fleisch- und Wilduntersuchungen	20.257	19.189

### 3. Tierschutz und Arzneimittelüberwachung

Nach den Vorschriften des Tierschutzgesetzes wurden 1999 die vorhandenen Zoohandlungen, Tierheime, Tierparks, Zirkusunternehmen sowie zahlreiche Sittichhaltungen, Pferdehaltungen (Reit- und Fahrbetriebe) und Schweinehaltungen überprüft.

Eine Nerzfarm im Kreis wurde auf Einhaltung der Mindestanforderungen an die Haltung von Nerzen überprüft.

Tierschutzanzeigen der Bürger haben sich auch 1999 überwiegend auf mangelhafte Hundehaltungen, insbesondere Kettenhaltungen von Hunden, konzentriert. Beschwerden über mangelnde Nutztierhaltungen nahmen gegenüber 1998 in diesem Jahr zu.

Ein schwerwiegender Tierschutzfall musste an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet werden. Auf Veranlassung des Amtsgerichtes erfolgte eine Überprüfung auf Einhaltung eines gerichtlich ausgesprochenen Tierhalteverbotes. Eine zunehmende Sensibilität der Bevölkerung in Sachen Tierschutz war 1999 zu verzeichnen.

Es mussten fünfzehn Bußgeldverfahren eingeleitet werden, davon wurden fünfmal Bußgelder festgelegt. Zwangsmittel fanden bei Ordnungsverfügungen Anwendung, zahlreiche Zwangsgelder mussten festgesetzt werden, in drei Fällen mussten die Tiere unter Amtshilfe der Polizei in ein Tierheim eingewiesen werden. Mit den Ordnungsämtern fanden gemeinsame Überprüfungen von Hundehaltungen statt, zur Feststellung der Bissigkeit von Hunden entsprechend Brandenburgischer Hundehalterverordnung.

In Betrieben der Tierproduktion erfolgten Überprüfungen der Arzneimittelbestände, Fütterungsarzneimittel wurden entsprechend Einsendeplan gezogen und zur Untersuchung weitergeleitet.

Durch den Amtstierarzt bzw. seinen Stellvertreter wurden 20 Kontrollen der tierärztlichen Hausapotheken durchgeführt.

Wesentliche Kernaufgaben des **Umweltamtes** spiegeln sich in folgenden statistischen Zahlen wieder:

	Aufgabenthematik	1998 Anzahl	1999 Anzahl
1.	Ordnungswidrigkeitenverfahren	365	218
2.	Widersprüche	66	48
3.	Sanierungsverfügungen/ -vereinbarungen	46	42
4.	landwirtschaftliche Nutzung von Flächen nach § 15 AbfG (Klärschlammasbringung)	250	42
5.	Baumfällungen (Fallzahl)	715	710
6.	Trassen und Leitungen (Genehmigungen)	157	274
7.	Fachstellungennahmen zu Grünordnungs- plänen	74	164
8.	Vertragsnaturschutz für Landwirte	19	18
9.	wasserrechtliche Entscheidungen Ab- wasser und Trinkwasser	347	371
10.	Entscheidungen im Umgang mit was- sergefährdenden Stoffen	279	247
11.	Störfälle	61	43

Investitionen die seitens des Landes Brandenburg mit Fördermitteln unterstützt wurden und durch Fachstellungennahmen des Umweltamtes zu begleiten waren, nahmen folgenden Umfang ein:

	1998	1999
Anzahl	32	42
Investitionen in TDM	ca. 700	ca. 155
neue und erhaltene Arbeitsplätze	2.142	1.143

#### *Untere Abfallwirtschaftsbehörde (UAB)*

Im Rahmen der Beseitigung von Investitionshemmnissen durch die sogenannte Haftungsfreistellung im Altlastenrecht sind bis Ende 1999 insgesamt 366 Verfahren abschließend entschieden worden. Das größte Sanierungsvorhaben betrifft den Industriepark Ludwigsfelde. In der Überwachungsfunktion konnte ein Finanzaufwand von ca. 14,5 Mio. DM für die bisher ausgeführten Maßnahmen bestätigt werden. Für das ebenfalls freigestellte Industriegebiet Luckenwalde steht die Detailerkundung kurz vor dem Abschluss.

Im Bereich der militärischen Altlasten ist für den Berichtszeitraum das durchgeführte Tanklagerräumungsprogramm der Brandenburgischen Bodengesellschaft hervorzuheben. Mit den Tanklagern Heidehof und Neuheim wurden 833 unterirdische Tankbehälter mit einem Behältervolumen von jeweils ca. 10 bis 60 m<sup>3</sup> zurückgebaut. Die verbleibenden lokalen Grundwasserbelastungen mit MKW und BTEX werden über ein Grundwassermonitoring an beiden Standorten (vorerst zwei Jahre) beobachtet und kontrolliert.

Die Sanierung des Tanklagers 2 am Flugplatz Niedergörsdorf wurde mit elf Brunnen zur pneumatischen Abschöpfung im Schadenszentrum in einer 2,20 m mächtigen freien Kerosinphase über der Grundwasseroberfläche begonnen. Zurzeit wird noch über acht Brunnen durchschnittlich eine Kerosinmenge von ca. 20 m<sup>3</sup>/monatlich gewonnen. Bisher wurden insgesamt 250 000 l Kerosin abgeschöpft (25 m<sup>3</sup>).

Im Tankplan 1 am gleichen Standort wurden bis zum 31.03.1999 ca. 3000 l reines Kerosin abgeschöpft. Danach betrug die abgeschöpfte Kerosinmenge unter 200 l/monatlich. Zum 31.05.1999 wurde der Abschöpfungsvorgang vorerst eingestellt. Ein Grundwassermonitoring ist angeordnet.

#### *Untere Naturschutzbehörde (UNB)*

Die Möglichkeit zur Befugnisübertragung der Ausweisung von Naturschutzgebieten hat der Landkreis für kleinere Gebiete in elf Fällen mit einem Untersuchungsgebietsumfang von insgesamt

etwa 600 ha genutzt. Für sieben Gebiete wurde im Jahre 1999 das Verfahren begonnen.

Für das großflächige Landschaftsschutzgebiet (LSG) "Baruther Tal" wurde ebenfalls die Befugnis zur Ausweisung auf dem Landkreis übertragen. Bei Vorliegen aller notwendigen Unterlagen soll auch hier das Verfahren begonnen werden. Gleiches gilt für das geplante Naturschutzgebiet (NSG) Glashütte.

Eine Informationsveranstaltung der UNB zum Stand der Umsetzung des Schutzgebietskonzeptes mit allen Behörden der Land- und Fortswirtschaft fand im Frühjahr und Herbst statt.

Mit der Genehmigung des Landschaftsrahmenplanes (LRP) des Altkreises Jüterbog im Dezember 1998 ist nun für das gesamte Kreisgebiet ein LRP aufgestellt, der zu einem Gesamtwerk Teltow-Fläming zusammengeführt und fortgeschrieben wird. Der Naturschutzbeirat wurde durch den Landrat neu berufen.

#### *Untere Wasserbehörde (UWB)*

Im abgelaufenen Jahr sind neue Bestimmungen in Kraft getreten, die umzusetzen waren. So ist erstmalig die Abwasserüberwachung aller kontrollpflichtigen Anlagen gemäß der Kommunalabwasserverordnung durchgeführt worden. Vergleichbares gilt für den Beginn der Umsetzung der Indirekteinleiterverordnung bei bestimmten Gewerbebranchen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Sachaufklärung bezüglich der Folgen der Grundwasserabsenkung im Bereich des Kreishausneubaues (Lückegärten). Ein Schachtbrunnen, der der derzeitigen offenen Wasserentnahme dient, musste gesperrt werden. Eigene Schnelltestuntersuchungen und Analysen hinzugezogener Gutachter bestätigen die chemische Veränderung der Oberflächenschicht des Grundwassers, die bisher zu keinen Schäden an der Vegetation geführt hat, deren Langzeitfolgen aber durch ein Monitoring und Gutachterinterpretationen abzuschätzen sind. Eine regelmäßige Information und kurzfristige Reaktionen auf Anfragen der Anwohner gewährleistet eine wirksame Überwachung möglicher Auswirkungen.

## Dezernat III

Das **Schulverwaltungsamt** gliedert sich in drei Sachgebiete, über deren Aufgaben im Folgenden zu berichten ist.

### Sachgebiet 1

#### *Investitionen/Ausstattung ohne Baukosten*

Im Rahmen des Neubaus der Förderschule für geistig Behinderte in Jüterbog erfolgte eine Ausstattung in Höhe von 415.000,- DM, wodurch die Lernbedingungen für die Schülerinnen und Schüler für den südlichen Bereich des Landkreises Teltow-Fläming wesentlich verbessert wurden. Besonders ist die gute Ausstattung der Gruppen- bzw. Klassenräume, des Snoezelraumes, der Therapieräume, Pflegeräume sowie einer lebensnahen Lehrwohnung hervorzuheben.

Auch 1999 erfolgte die Fortführung und der Abschluss der Ausstattung des Oberstufenzentrums in Ludwigsfelde, Birkengrund-Süd mit 2,8 Mio. DM, davon wurden 920.000,- DM für hochwertige Datentechnik eingesetzt, so dass computergestützter Unterricht im Bereich der Berufsbildung intensiver praktiziert werden kann.

Mit dem Neubau der Dreifeld-Schulsporthalle am Marie-Curie-Gymnasium in Ludwigsfelde wurden 150.000 DM für deren Ausstattung vergeben. Das Gymnasium kann gleichzeitig die Turnhalle als Aula nutzen und ermöglicht somit die Durchführung von schulischen Veranstaltungen in der Sporthalle.

#### *Laufende Geschäfte aus dem Verwaltungshaushalt*

Die jährliche Schulbuchausschreibung für alle Schulen in kreislicher Trägerschaft wurde im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung mit Gesamtkosten von 447.000 DM durchgeführt.

Die Schülerbeförderung für rund 10.000 Fahrschüler im Landkreis erforderte 1999 7,9 Mio. DM an Beförderungskosten. Dabei ist ein Anstieg an Anträgen von Auszubildenden im Bereich der Oberstufenzentren zu verzeichnen. Nach Erwerb der Software VERAS für die Verwaltung der Schülerbeförderung 1999 wurden zunächst durch Dateneingaben die Voraussetzungen geschaffen, statistische Erhebungen im Bereich der Schülerbeförderung schneller zu ermitteln und die Prüfungen von Fahrkostenanträgen zu erleichtern.



Es wurden Schulkostenbeiträge an die Träger der Sekundarstufe I im Landkreis in Höhe von 4,8 Mio. DM gezahlt. Die Schulkostenbeiträge an andere Landkreise bzw. kreisfreie Städte beliefen sich auf 1,2 Mio. DM.

Die Mittelvergabe von 380.000,- DM an die Träger der Erwachsenenbildung erfolgte im Rahmen des Brandenburgischen Weiterbildungsgesetzes.

Des Weiteren wurden im Rahmen des Brandenburgischen Schulgesetzes i. V. m. den Richtlinien zur Gewährung von Landeszuschüssen an Berufsschülerinnen und Berufsschüler Mittel in Höhe von 82.900,- DM an die Auszubildenden vergeben, die während ihrer theoretischen Ausbildung auswärtig untergebracht werden müssen.

Für die Träger der Grundschulen im Landkreis, die den 3. Klassen das Schulschwimmen ermöglichten, erfolgte eine Bezuschussung zu den anfallenden Kosten für die Nutzung der Schwimmhallen oder Freibäder. Die finanziellen Belastungen der Träger der Grundschulen wurden dadurch verringert und die Durchführung des Schwimmunterrichtes in den 3. Klassen entsprechend dem schulischen Rahmenplan gefördert.

Mit der Schließung der Horte an den Allgemeinen Förderschulen Luckenwalde und Jüterbog ab 01.08.1999 wurden die Hortkinder gemäß dem Kita-Gesetz in den Kindertagesstätten ihrer Wohnortgemeinden integriert.

## Sachgebiet 2

### *Schulentwicklungsplanung. Unterhaltung der Einrichtungen*

Am 16.04.1999 wurde nach siebenmonatiger Bauzeit der Neubau der Förderschule für geistig Behinderte für den südlichen Bereich des Landkreises Teltow-Fläming in Jüterbog, Ziegelstraße 20, feierlich übergeben. An diesem Standort werden ca. 90 Schüler unterrichtet, die bisher an zwei Standorten, in Jüterbog, Quellenhof 1, und in Luckenwalde, Käthe-Kollwitz-Straße 74, untergebracht waren. Kostenumfang: 7.565.700,- DM

Die feierliche Einweihung des neu erstellten Fachraumtraktes für die Berufsfelder Metalltechnik und Elektrotechnik am Standort des Oberstufenzentrums in Ludwigsfelde, Am Birkengrund 1, fand am 11. 06.1999 statt.

Am Oberstufenzentrum (OSZ) Ludwigsfelde werden ca. 1.200 Schülerinnen und Schüler beschult. Nach erfolgter Rekonstruktion des Schulgebäudes des OSZ in Ludwigsfelde, Brandenburgische Straße, im Zeitraum August 1998 bis Mai 1999 zogen die

Schüler der Abteilung 1 (Metalltechnik), die vorübergehend in Luckenwalde im Gebäude der ehemaligen V. Grundschule, An der Stiege 1, beschult wurden, am 11.06.1999 in ihr Schulgebäude in Ludwigsfelde zurück. Kostenumfang: 3.000.000,- DM

Am 29.10.1999 wurde die Dreifeld-Schulsporthalle am Marie-Curie-Gymnasium in Ludwigsfelde, Ernst-Thälmann-Straße 17, feierlich übergeben. Die Grundsteinlegung war am 11.02.1999. Für ca. 810 Schüler gehört das Wandern zu fünf verschiedenen Standorten zum Sportunterricht der Vergangenheit an. Kostenumfang: 3.000.000,- DM

Schritt für Schritt wird dem Inhalt des Beschlusses des Kreistages Nr. 244 vom 15. Januar 1996 entsprochen, die berufstheoretische Ausbildung an zwei Standorten in der Kreisstadt Luckenwalde (Abteilung 2 - Gesundheit, Wirtschaft und Verwaltung -, An der Stiege 1, und Abteilung 3 - Sozialwesen, Ernährung und Hauswirtschaft -, Schieferling 11) zu konzentrieren. Im September 1999 wurde mit dem 1. Bauabschnitt - Umbau des Schulgebäudes und Neubau einer Cafeteria - begonnen. Kostenumfang für den 1. Bauabschnitt: 3.500.000,- DM

Für die Maßnahmen der laufenden baulichen Unterhaltung an den Schulen, die sich in Trägerschaft des Landkreises Teltow-Fläming befinden, wurden im Haushaltsjahr 1999 407.000,- DM zur Verfügung gestellt.

### Sachgebiet 3

#### *Kreisvolkshochschule (KVHS)*

Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Regelung und Förderung der Weiterbildung in Brandenburg vom 15.12.1993 leistet die Kreisvolkshochschule im Landkreis Teltow-Fläming den Hauptanteil der Weiterbildungsgrundversorgung. 1999 betrug dieser Anteil rund 85 % und erbrachte eine Landesförderung in Höhe von 317.192 DM.

Am 09.07.1999 konnte das 80-jährige Gründungsjubiläum der Volkshochschule in Luckenwalde begangen werden. 1919 war hier eine der ersten Volkshochschulen in Brandenburg gegründet worden. Das war Anlass für eine Ausstellung zur Geschichte und Entwicklung dieser Bildungseinrichtung bis hin zu den aktuellen Arbeitsvorhaben und Weiterbildungsangeboten und für einen "Tag der offenen Tür" im KVHS-Atelier.

Das Kurs- und Vortragsangebot der KVHS wurde mit 13.818 Unterrichtsstunden für 10.416 Teilnehmer in rund 25 Ortschaften des Landkreises realisiert, schwerpunktmäßig in den sechs Städten mit ihrem ländlichen Einzugsgebiet sowie in weiteren Gemeinden mit kreislichen Einrichtungen. Damit wurde das Konzept realisiert, Angebote möglichst ortsnah zu gestalten.

Die pädagogische Arbeit in den fünf Fachbereichen erbrachte folgende Bilanz:

Politik - Gesellschaft - Umwelt	258	Unterrichtsstunden
Kultur - kreatives Gestalten	2.891	Unterrichtsstunden
Gesundheitsbildung	1.784	Unterrichtsstunden
Sprachen	6.230	Unterrichtsstunden
Berufliche Bildung	2.655	Unterrichtsstunden

Außerdem wird eine Konsultationsklasse des Telekollegs II zur Fachhochschulreife geführt.

Mit 45 % der Unterrichtsstunden wurde der anhaltend guten Nachfrage im Bereich des Fremdsprachenunterrichts Rechnung getragen, die überwiegend dem Englischunterricht gilt, aber auch zu weiteren Zuwächsen bzw. zur Neuaufnahme von Angeboten in den romanischen Sprachen (Spanisch, Italienisch und Latein) führte.

Bei der beruflichen Bildung ist insbesondere der Anteil an Computerkursen hervorzuheben. 44 Teilnehmer legten erfolgreich eine bundeseinheitliche Prüfung ab.

Im Kreativbereich konnte das Bildungsangebot dank der guten Arbeitsbedingungen ausgebaut und durch neue Kursvorhaben erweitert werden. Neben den traditionellen Bereichen Keramik und Plastik, Malen und Zeichnen wurden neue Kurse und Wochenendangebote u. a. zum textilen Gestalten (wie Patchwork, Weben und Klöppeln) Grund- und Aufbaukurse im Fotografieren und weitere Kreativangebote realisiert.

Eine positive Entwicklung zeichnete sich auch im Fachbereich Gesundheitsbildung ab. 1996 wurden rund 850 Unterrichtsstunden erteilt, 1998 waren es bereits 1.532 und für 1999 konnten 1.784 Unterrichtsstunden abgerechnet werden. Hier spiegelt sich ein wachsendes Gesundheitsbewusstsein ebenso wieder wie das Bestreben, zur Gesundheitsprophylaxe und zum Erhalt der Leistungsfähigkeit am Arbeitsplatz selbst beizutragen.

Einen besonderen Stellenwert nahm die Vortragstätigkeit an der KVHS ein. Sie wird im Rahmen der Grundversorgung besonders gefördert. Das kam vor allem der Entwicklung von Bildungsangeboten im ländlichen Raum und der Seniorenarbeit zugute. Hier wurden Informationsveranstaltungen zur Geschichte, zur Länder- und Heimatkunde, zu Rechtsfragen, pädagogischen Problemen u.a.m. angeboten und gut besucht.

Auch 1999 gab es wieder vielfältige kulturelle Aktivitäten im Landkreis, die durch das **Kulturamt** veranstaltet, initiiert oder gefördert wurden. Informations- und Werbeträger dafür ist der monatlich vom Kulturamt herausgegebene Veranstaltungskalender.

Traditionsgemäß fand in den großen Ferien die Sommerwerkstatt für künstlerisch interessierte Kinder unseres Landkreises statt. Diesmal unter dem Thema Theater-Zirkus im Schullandheim „Märkisches Wanderdorf“ am Siethener See.

Durch die finanzielle Förderung des Landkreises an Kulturvereine, Gruppen, einzelne Künstler oder an Gemeinden konnten die unterschiedlichsten kulturellen Aktivitäten unterstützt werden. So wurden insgesamt 51 Anträge positiv beschieden und rund 70.0000 DM dafür vergeben.

Zur Förderung von Künstlern konnte das Kulturamt neben acht Ausstellungen in der Kleinen Galerie Zossen und weiteren im Kreisheimatmuseum Luckenwalde auch mit der Förderung eines Kataloges für die Rangsdorfer Malerin Ursula Wendorff-Weidt anlässlich ihres 80. Geburtstages beitragen und so mithelfen, ihr Lebenswerk zu dokumentieren.

Die Förderung von kulturellen Einrichtungen mit überregionaler Bedeutung half auch 1999 mit, das Museumsdorf Glashütte, das Bauernmuseum Blankensee, das Museum Kloster Zinna, das Stadttheater Luckenwalde sowie die Theater- und Konzertstätte Jüterbog als kulturelle Grundsubstanz zu erhalten und zu stabilisieren.

Das trifft auch auf die Kultureinrichtungen, die sich in kreislicher Trägerschaft befinden, zu.

So trug z.B. die kontinuierliche Entwicklung der Ensemblearbeit in der Kreismusikschule dazu bei, dass die Big-Band, das Gitarrenorchester und besonders der Pop-Chor über die Grenzen unseres Landkreises hinaus bekannt und populär wurden. Höhepunkt für alle waren dabei die Musikschultage des Landes Brandenburg in Prenzlau sowie der Brandenburg-Tag in Jüterbog.

Die Kreis- und Stadtbibliothek setzte die mit dem Brandenburgischen Literaturbüro gemeinsam initiierte Veranstaltungsreihe "Luckenwalder Literaturgespräche" fort und konnte zu den Lesungen mit Tschingis Aitmatow und Harry

Rowohlt in der Luckenwalder Kunsthalle rund 500 Besucher begrüßen.

Regional bedeutungsvollen Themen wie Hachschara und Stalag III widmete sich das Kreisheimatmuseum Luckenwalde vorrangig in seinen Sonderausstellungen und in enger Zusammenarbeit mit dem Gymnasium Luckenwalde.

Das Museum des Teltow in Wünsdorf organisierte zusammen mit dem Heimatmuseum Tempelhof anlässlich des 10. Jahrestages der Maueröffnung Tempelhof die Ausstellung "Tage im November '89 - Ereignisse zwischen Tempelhof und Zossen", die sich bereits zur Eröffnung großer Resonanz erfreute.

Für die Förderung im Bereich Denkmalschutz und Denkmalpflege stellte der Landkreis 1999 275 TDM zur Verfügung. Damit konnten im Vorjahr bereits begonnene Restaurierungsarbeiten fortgesetzt werden. Stellvertretend genannt werden sollen hier die Restaurierung des Hochaltars in der Jüterboger Nikolai-Kirche sowie Instandsetzungsmaßnahmen an zahlreichen denkmalgeschützten Siedlungshäusern in Luckenwalde.

Im Hinblick auf die künftige Arbeit wurde weiter an der Kulturentwicklungskonzeption des Landkreises gearbeitet. Sie beinhaltet eine umfangreiche Recherche zur kulturellen Struktur im Kreisgebiet, die Aussagen über das gesamte kulturelle Spektrum ermöglicht, und entsprechende Schlussfolgerungen für die weitere Entwicklung und Förderung. Dazu gehören die Sicherung der kulturellen Grundversorgung durch Musikschule, Bibliothek, Museen ebenso wie die Förderung kultureller Schwerpunkte im Zusammenhang mit der touristischen Leitplanung (Glashütte, Kloster Zinna, Stadttheater Luckenwalde) sowie die Förderung projektbezogener Kulturereignisse.

Die Arbeit des **Sozialamtes** war im Jahre 1999 insbesondere darauf gerichtet, die Sozialhilfe nicht ausschließlich als Geldleistung zu gewähren. Unter Berücksichtigung des sprunghaften Anstieges der Hilfeempfänger von 1997 zu 1998 nahmen die verantwortlichen Mitarbeiter im Haushaltsjahr 1999 im besonderen Maße darauf Einfluss, die Hilfe zur Arbeit nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) in all ihren Formen mehr denn je zur Anwendung zu bringen mit dem Ziel, den Hilfeempfänger sowie seine Angehörigen nach Möglichkeit kurzfristig wieder frei von Sozialhilfe zu machen.

Nach dem sprunghaften Anstieg der Sozialhilfefälle (am Ende des Haushaltsjahres 1998 waren es 525 Fälle mehr als zum gleichen Zeitraum 1997) konnte die Anzahl der Fälle im Haushaltsjahr 1999 mit 1723 Fällen, bezogen auf das Jahr 1998, annähernd konstant gehalten werden. Im Durchschnitt verbirgt sich hinter jedem Fall eine Anzahl von zweieinhalb Hilfeempfänger.

Ein Ergebnis der Tätigkeit des Sozialamtes des Landkreises Teltow-Fläming ist die Förderung von 283 Arbeits- bzw. Projektplätzen in insgesamt achtzehn Projekten "Arbeit statt Sozialhilfe. Das sind vierzehn Plätze mehr als im Vorjahr. Bei dieser Maßnahme handelt es sich um die Bezuschussung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen gemäß der dazu erlassenen Landesrichtlinie "Arbeit statt Sozialhilfe". Nach der benannten Richtlinie können Arbeitsplätze für arbeitslose Sozialhilfeempfänger/innen gefördert werden, die ihren Lebensunterhalt ganz oder überwiegend aus Sozialhilfemitteln bestreiten, wenn sie darüber hinaus alleinerziehend oder schwerbehindert bzw. 45 Jahre und älter sind oder es sich um Jugendliche bzw. junge Erwachsene im Alter bis zu 25 Jahren handelt.

Nachstehend aufgeführte Träger haben sich der vorbenannten Aufgabe gestellt und daneben die vielschichtigen Probleme, die mit der Integration von besonderen Zielgruppen, wie Spätaussiedler, ehemalige Strafgefangene, Obdachlose, Suchtgefährdete usw. anstehen zur vollsten Zufriedenheit gelöst.

- Bildungswerk FUTURA e.V.
- Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH (LUBA)
- Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für Arbeitnehmer mbH Neuheim (NEUBA)
- Arbeitslosenservice Jüterbog
- gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Waldstadt (GAG)
- Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung Ludwigsfelde mbH (GAB)

Infolge des großen Engagement dieser Projektträger steigt die Anzahl der Erfolge bezüglich eines positiven Abschlusses des Beschäftigungsjahres in den Projekten "Arbeit statt Sozialhilfe" im Landkreis kontinuierlich an. So ist es 1999 gelungen, im Anschluss an die Beschäftigung in den Projekten

89 Teilnehmer in eine feste Arbeit  
14 Teilnehmer in eine Umschulung  
14 Teilnehmer in ABM bzw. Maßnahmen gemäß  
§§ 272 ff. SGB III  
15 Teilnehmer in eine Berufsausbildung

zu vermitteln.

Für die benannten Projekte wurden im Haushaltsjahr 1999 kreisliche Mittel in Höhe von 3.400.000,00.DM bereitgestellt. Darüber hinaus bezuschusste der Landkreis Teltow-Fläming im Jahr 1999 sechs Anleiterstellen für gemeinnützige Arbeitsprojekte in denen Sozialhilfeempfänger beschäftigt werden. Durch diese Maßnahme war es möglich, weitere 240 Hilfeempfänger im kommunalen Bereich einer gemeinnützigen Tätigkeit zuzuführen. Dreizehn Sozialhilfeempfänger haben nach dem Einsatz eine Festanstellung auf dem 1. Arbeitsmarkt erhalten.

Zu den Aufgaben des Landkreises Teltow-Fläming gehörte 1999 auch die finanzielle Unterstützung im Rahmen des Investitionsprogrammes-Pflege des Landes Brandenburg. So ist für die Schaffung des betreuten Wohnens im Heim gemäß der dazu erlassenen Landesrichtlinie eine Beteiligung der Landkreise an den Baukosten in Höhe von 20 v.H. vorgesehen.

Im Jahr 1999 wurde der Bau des Altenpflegeheimes "St. Josef" in Luckenwalde, Schützenstraße 4-5 vorbereitet. Der Landkreis hat für dieses Vorhaben 491.040,00 DM als entsprechende Finanzierungsbeteiligung zur Verfügung gestellt.

Am 01.01.1999 ist des Weiteren das Betreuungsrechtsänderungsgesetz in Kraft getreten. Danach hat nun der Betroffene die Tätigkeit des Betreuers nicht nur aus seinem Vermögen, sondern auch aus seinem Einkommen gemäß der Regelung nach den §§ 76 bis 88 BSHG zu bezahlen. Die entsprechende Festsetzung erfolgt durch das Vormundschaftsgericht.

In Anbetracht dieser Gesetzesänderung wurde ein besonderes fachspezifisches Interesse in den Seniorenclubs, Sozialstationen und Heimen im Landkreis deutlich. Unter Mitwirkung der Mitarbeiter der Örtlichen Betreuungsbehörde des Landkreises Teltow-Fläming sind auf entsprechendem Wunsch Betroffener insgesamt 20 Gesprächsrunden zur Umsetzung des neuen Betreuungsrechts durchgeführt worden.

Die folgenden Ausführungen zum **Jugendamt** geben detailliert Auskunft über die Aktivitäten und Entwicklungen in diesem Amt.

Durch die Einführung einer neuen Software und deren effektive Nutzung im Bereich der Erziehungsgeldstelle wurde auch weiterhin die Bearbeitung von 2.075 Einzelfällen ohne Erweiterung des Personals möglich.

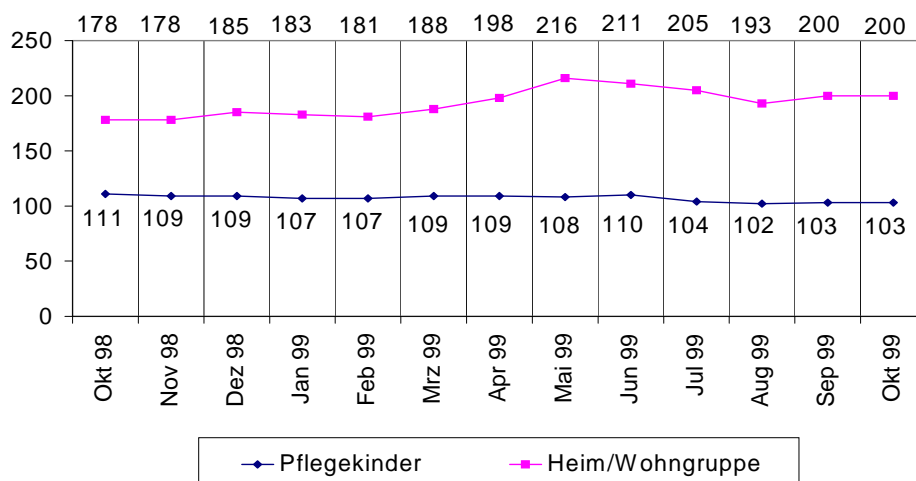
Im Vergleich zu 1998 waren im Unterhaltsvorschuss 1.206 Fälle zu bearbeiten. Dabei wurden Unterhaltsrückführungen in Höhe von 404.803 DM durchgesetzt. Eine weitere Erhöhung dieser Summe scheiterte daran, dass Unterhaltsverpflichtete mangels

Einkommen nicht zur Unterhaltszahlung herangezogen werden konnten.

Die Zahl der Beistandschaften zur Durchsetzung berechtigter Unterhaltsforderungen für Kinder und Jugendliche hat sich im Vergleich zu 1998 nicht wesentlich verändert.

Die schlechte wirtschaftliche Lage und die damit verbundenen finanziellen Nöte eines Teils der Bevölkerung wirken sich auf das familiäre Zusammenleben, die Erziehungs- und Lebenssituation von Kindern aus und führen zu Problemlagen, die nicht ohne befristete Fremdunterbringung gelöst werden können. 1999 waren durchschnittlich 198 Kinder und Jugendliche in stationärer Erziehungshilfe, wesentlich mehr als in den Jahren zuvor.

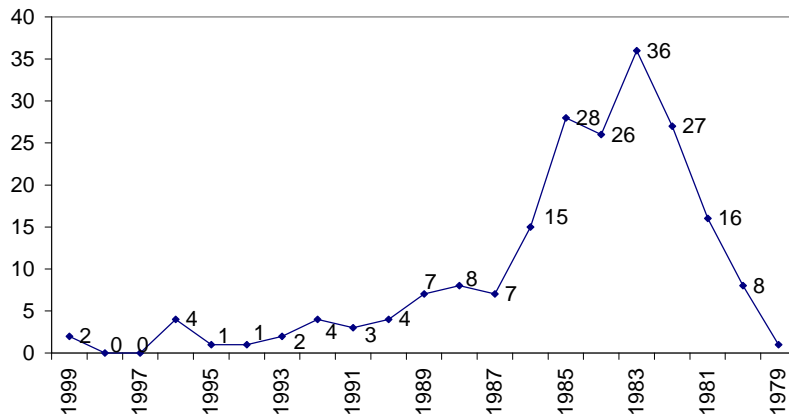
Fremdunterbringung: Jahresvergleich Oktober 1998 bis Oktober 1999



Die Altersgruppe der 12- bis 18-jährigen bildet dabei den Hauptanteil.



Kinder/Jugendliche in Heim/Wohngruppe



Mit in Kraft treten der §§ 78a ff SGB VIII zum 01.01.1999 ist das Jugendamt gefordert, für die teilstationäre und stationäre Hilfe Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarungen mit den jeweiligen Trägern abzuschließen. Der Einsatz einer Betriebsprüferin sicherte dabei eine gründliche Prüfung der finanziellen und materiellen Bedingungen.

Ein zeitweiliger Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses zur Ausgestaltung der erzieherischen Hilfen erarbeitete Eckwerte für einen finanziellen Rahmen, aber auch für Qualitätsanforderungen gegenüber Anbietern dieser Hilfeformen, wie z.B. Heime,

Wohngruppen oder auch Tagesgruppen. Ziel der neuen Gesetzgebung ist eine leistungsbezogene Entgeltfinanzierung gegenüber dem davor üblichen Kostendeckungsprinzip. Erste Verträge konnten abgeschlossen werden.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Jugendhilfe im Landkreis Teltow-Fläming ist die Jugendarbeit. Durch Förderung und fachliche Beratung von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe wird das Jugendamt des Landkreises dem Anspruch an Jugendarbeit gemäß § 11 SGB VIII gerecht.

**Übersicht von Freizeiteinrichtungen im Landkreis Teltow-Fläming**

(Stand: 30.09.1999)

Art der Einrichtung	insgesamt	davon	
		in kommunaler Trägerschaft	in freier Trägerschaft
Freizeittreff / Jugendclub	21	13	8
Jugendräume	69	69	0

<b>Gesamt</b>	<b>90</b>	<b>82</b>	<b>8</b>
---------------	-----------	-----------	----------

Die Beratung von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe gehört zum ständigen Angebot der Jugendförderung. Die Beratungen erfolgen auf Anforderung hinsichtlich inhaltlicher Schwerpunkte gemäß § 11 SGB VIII und zu den Fördermodalitäten insbesondere von Kreis- und Landesmitteln.

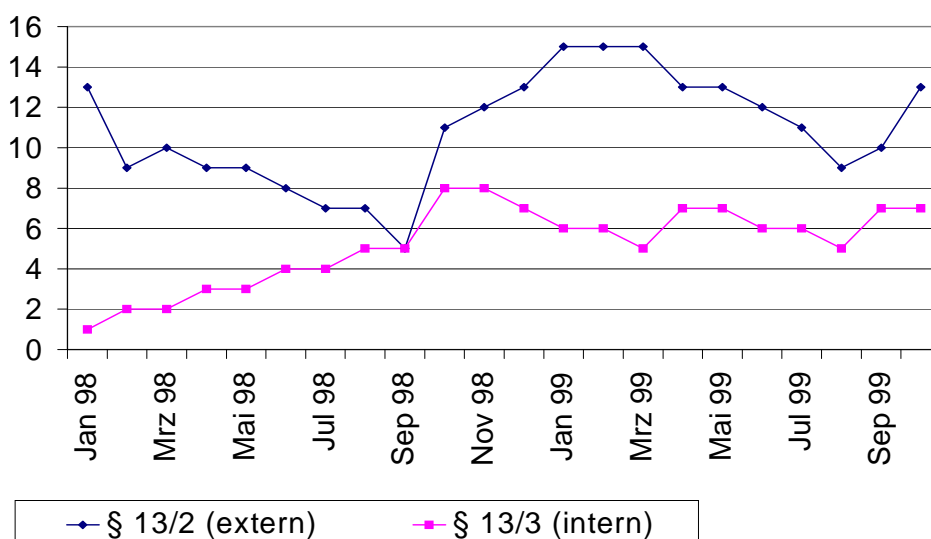
Schwerpunktmäßige Beratungen im Rahmen der Jugendhilfeplanung tragen zur Sicherung und qualitativen Verbesserung des inhaltlichen Angebotsspektrums und der bedarfsgerechten Verteilung der Personalstellen ab 2001 in den einzelnen Ämtern und Gemeinden des Landkreises bei.

Als Schwerpunkt der Straßensozialarbeit kristallisierte sich die individuelle Hilfe zur Selbsthilfe heraus. Problembewältigungen lagen im Bereich von akuten Konfliktsituationen im Elternhaus, in der Clique, in der Schule, im Beruf sowie Konfrontationen mit der Polizei oder dem Gericht.

Die Personalkostenförderung von sozialpädagogischen Fachkräften in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit wurde mit der Förderung von 35 Stellen fortgeführt. Zusätzlich stellte der Landkreis 27.000 DM zur Förderung von Sachkosten für die Schulsozialarbeit zur Verfügung.

Bei der Benachteiligtenförderung nach § 13 SGB VIII ist ein Anstieg zu verzeichnen.

### Jugendberufshilfe



Gemeinsam mit freien Trägern wurde die 2. Jugendhilfeweche organisiert. Ziel dieser Woche war es, deutlich zu machen, dass Jugendhilfe sich nicht auf das Amt beschränkt, sondern viele Partner für ein gutes Gelingen notwendig sind.

Auch künftig ist durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit für Jugendhilfe nach neuem Recht zu werben, d.h. deutlich zu machen, dass es nicht um Eingriffe in persönliche Rechte von Eltern geht, sondern vordergründig um sozialpädagogische Hilfen.

Die gemeinsame Fortbildung von Sozialarbeitern und Lehrern, die vom Jugendamt organisiert wurde, ist ein erster Schritt zur Entwicklung einer kooperativen Zusammenarbeit im Interesse unserer gemeinsamen Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen.

Im Bereich Kita diskutierten Arbeitskreise die Grundsätze der pädagogischen Arbeit auf der Grundlage der Gesetzesvorgabe. Die aus der von Kita-Fachberatung begleiteten Diskussion resultierenden Ergebnisse und Erkenntnisse helfen den jeweiligen Einrichtungen ihre pädagogische Konzeption zu aktualisieren und zu konkretisieren. Im Rahmen der Jugendhilfeweche bot die Fachtagung "Lernen im Situationsansatz" allen Teilnehmern Anregungen für ihre Arbeit.

Der Jugendhilfeausschuss tagte insgesamt siebenmal. In einer Klausurberatung befassten sich die Mitglieder mit dem Thema "Chancen und Grenzen des Jugendhilfeausschusses bei der Qualifizierung der Jugendarbeit im Landkreis Teltow-Fläming". Die Notwendigkeit ist erkannt, auf regionaler Ebene Einrichtungen der offenen Jugendarbeit qualitativ wie quantitativ zu fördern und die Basis für eine langfristige Arbeit zu schaffen; Internationale Jugendarbeit, Sozialarbeit an Schulen sowie außerschulische Jugendbildung in die Förderung einzubeziehen.

In einer gemeinsamen Beratung mit dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport informierten sich die Mitglieder über Erfahrungen bei der Umsetzung des Handlungskonzeptes "Tolerantes Brandenburg gegen Gewalt Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit" im Land Brandenburg und im Landkreis Teltow-Fläming.

Das Jugendamt sieht seine eigene Verpflichtung in der Mobilisierung der Gesellschaft für Toleranz, Solidarität sowie einen offenen, gleichberechtigten und würdevollen Umgang mit Fremden und ist aktiv beteiligt im Arbeitskreis "Teltow-Fläming gegen Gewalt".

Das vergangene Sportjahr kann auf folgende Resultate zurückblicken:

Die finanzielle Förderung der Sportvereine wurde von 49 Sportvereinen in Anspruch genommen. Insgesamt gibt es im Landkreis Teltow-Fläming 150 Sportvereine.

Neben dem organisierten Sport förderte der Landkreis Sportveranstaltungen, die im Landkreis Teltow-Fläming in den vergangenen Jahren zur Tradition herangewachsen sind. Dazu gehören das internationale Frauenhandballturnier in Rangsdorf, das Michaelismarktturnier in Jüterbog sowie die Reitveranstaltungen in Dahme/Mark und Liepe, die Leichtathletik- und Schwimmwettkämpfe in Ludwigsfelde und die internationale Billardwoche in Bochow.

Weitere finanzielle Förderungen waren für den 1. Luckenwalder Sportclub zur Ausgestaltung der 1. Bundesliga-Wettkämpfe im Ringen sowie den ADMV Jüterbog, der erstmalig die Deutsche Meisterschaft im Motocross austrug, möglich.

Mit dem Sonderförderprogramm für Sportstätten der Bundesregierung nach den Kriterien des Goldenen-Plan-Ost konnten aus Bundes- und Landesmitteln zwei vereinseigene Sportstätten des Landkreises bei der Errichtung von Vereinshäusern mit sanitären Anlagen unterstützt werden.

Das **Gesundheitsamt** überwachte gemäß Bundes-Seuchengesetz und Trinkwasserverordnung die 53 im Landkreis noch versorgungswirksamen zentralen Wasserversorgungsanlagen (Wasserwerke) in hygienischer Hinsicht durch Prüfungen und Kontrollen einschließlich Besichtigungen und Entnahme amtlicher Wasserproben mit Weitergabe zur Analyse. Die im Wasserwerk Rangsdorf 1998 installierte Gegenstromdesorptionsanlage wurde engmaschig überwacht.

Es wurden 169 Einzelwasserversorgungsanlagen überprüft und beprobt sowie die Eigentümer zur Trinkwasserqualität beraten. Die seit Jahren geforderte Versorgung mit Trinkwasser aus zentralen Wasserversorgungsanlagen wird schrittweise realisiert.

Von Mai bis September wurden sechzehn Badestellen an Gewässern entsprechend den Vorgaben des Ministeriums vom Gesundheitsamt kontrolliert und Badewasserproben entnommen. Durch zum Teil massives Algenwachstum besteht an fast allen Seen Sichttiefen-

verminderung. Im Rangsdorfer See wurde ein Nutzungsverbot durch das Gesundheitsamt ausgesprochen. Für zwei weitere Seen wurden wegen verminderter Sichttiefen Warnungen ausgesprochen und Warntafeln in Zusammenarbeit mit den örtlichen Ordnungsämtern aufgestellt.

Schwerpunkte im umweltmedizinischen Bereich sind zunehmend Beratungen von Bürgern zur Innenraumproblematik bei bestehenden gesundheitlichen Beschwerden (insgesamt 93), z. B. Schimmelpilze, Formaldehydbelastungen und Lärmbelastungen. Innenraumprobleme mit gesundheitlichen Beschwerden in öffentlichen Einrichtungen erforderten 1999 einen erheblichen Arbeitsaufwand durch Beratung des Gesundheitsamtes z. B. in Turnhallen, Schulen, Lärmprobleme in einer Kita. Dies betrifft auch die Stellungnahmen zur Flughafenproblematik in Schönefeld.

In den drei Krankenhäusern des Landkreises wurden die jährlichen amtsärztlichen Begehungen durchgeführt. Mit den Hinweisen, Forderungen und Auflagen des Gesundheitsamtes wird an wirksamen Verbesserungen der Krankenhaushygiene dieser Häuser mitgewirkt. Die Krankenhäuser mit ihren Hygienekommissionen haben in den letzten Jahren in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt die Erfassung und Auswertung von im Krankenhaus erworbenen Infektionen begonnen. Damit wurde ein weiterer Bereich der Qualitätssicherung im Krankenhausbereich erreicht.

Im Rahmen des Infektionsschutzes standen wieder die infektiösen Darmerkrankungen an erster Stelle. Vier Erkrankungshäufungen, durch Salmonellen verursacht, erforderten entsprechende Ermittlungen, Umgebungsuntersuchungen sowie Auswertungen und Aufklärung der Betroffenen. In einer Kita erkrankten im April 1999 elf Kinder, wobei die Ursache in der Gemeinschaftsverpflegung vermutet wird. Vierzehn Salmonellenerkrankungen nach Genuss von mit Krem gefülltem Kuchen einer Bäckerei unserer Region wurden gemeldet. Nach zwei Familienfeiern erkrankten elf bzw. zwölf Personen an einer Salmonelleninfektion, da mit Rohei zubereitete Speisen verzehrt wurden.

Durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst wurden im Schuljahr 1998/99 4.317 Schüler der 6. und 10. Klassen untersucht, davon die Schulabgänger zu 100 %. Es erfolgte jeweils eine Überprüfung des Impfstatus und bei Bedarf ein Impfangebot. Insgesamt wurden 3.320 Impfungen durchgeführt, wobei insbesondere die Mumps-Masern-Röteln-Impfkampagne des Landes Brandenburg fortgeführt wurde.

Alle 1.020 Schulanfänger des Jahres 1999 wurden vor der Einschulung untersucht. Die Schulanfänger des Jahres 2000 konnten zu 88 % untersucht werden. Von 2.798 Kita-Kindern im Alter von zwei bis vier Jahren wurden aus personellen und organisatorischen Gründen nur 34 % jugendärztlich untersucht.

Um die Früherfassung von gesundheitlichen Störungen und Behinderungen zu erreichen, wird weiterhin in den nächsten Jahren eine Verbesserung der Untersuchungsrate angestrebt, zumal die Vorsorgeuntersuchungen bei den niedergelassenen Ärzten ab dem 2. Lebensjahr nur noch sehr unzureichend wahrgenommen werden.

Die hohe Zahl von Überweisungen zu Fachärzten wegen kontroll- und behandlungsbedürftiger Befunde unterstreicht wie in den vergangenen Jahren die Notwendigkeit der jugendärztlichen Reihenuntersuchungen.

Bei den im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen im Schuljahr 1998/99 durch den Zahnärztlichen Dienst wurden 19.606 Kinder und Jugendliche im Alter von drei bis sechzehn Jahren erfasst. Die festgestellte Verbesserung in Bezug auf primär gesunde Gebisse ist mit Sicherheit weitgehend auf die seit 1993 vom Gesundheitsamt durchgeführte flächendeckende Gruppenprophylaxe im Landkreis Teltow-Fläming zurückzuführen. Im Schuljahr 1998/99 wurden 13.854 drei bis zwölfjährige Kinder gruppenprophylaktisch betreut, 1.480 Kinder erhielten eine zweite Fluorid-Lack-Pinselung, die zu einer Kariesreduktion von 30 bis 60 % führt. 7.921 Kinder wurden mit einem zweiten und 1.206 Kinder mit einem dritten Prophylaxeimpuls durch die Prophylaxehelferinnen des Gesundheitsamtes betreut.

Die sozialmedizinischen Beratungsangebote für Behinderte, chronisch Kranke und Krebskranke wurden zunehmend auch mit dem Anspruch der psychologischen Beratung bei Konfliktbewältigung, Trauerverarbeitung und Krisenintervention in Anspruch genommen. Es ist weiterhin eine Zunahme der Beratungsgespräche und der Hausbesuche zu verzeichnen. Neben der Begleitung von zahlreichen Selbsthilfegruppen sind als besondere Aktivitäten die Mitwirkung am 7. Diabetikertag des Landkreises Teltow-Fläming in Luckenwalde sowie die Organisation des Aktionstages der Behinderten- und Selbsthilfegruppen im September 1999 in Dahme/Mark zu nennen, an denen jeweils ca. 300 Betroffene teilnahmen.

Die Anzahl der vom Sozialpsychiatrischen Dienst betreuten psychisch kranken und suchtkranken Personen ist in den letzten Jahren annähernd gleich geblieben. Hingegen ist der Arbeits- und Betreuungsumfang in der Erwachsenenpsychiatrie, in der Kinder- und Jugendpsychiatrie und in der Suchtberatung und -nachsorge gestiegen. Dabei ist die territoriale Aufteilung in vier Betreuungsbereiche und die Erreichbarkeit der Beratungsdienste vor Ort von besonderer Bedeutung für die Betreuung dieses Personenkreises. Durch die Zunahme illegaler Drogenkonsumenten ergeben sich für die Sozialarbeiter und den Facharzt für Psychiatrie weitere Aufgaben. Nach wie vor steht jedoch Alkohol als Suchtproblem an erster Stelle. Besonders zu erwähnen ist die Fortbildungsreihe des Sozialpsychiatrischen Dienstes, die von Februar bis Mai 1999 mit der Thematik Suchterkrankungen allen Interessierten im Kreisgebiet offen stand und rege genutzt wurde.

Auf Grund der Zunahme der älteren Bevölkerung wird der Sozialpsychiatrische Dienst immer mehr mit der Beratung und Betreuung von altersverwirrten Personen, insbesondere deren Angehörigen, in Anspruch genommen. Im Raum Zossen wurde eine Selbsthilfegruppe für Angehörige von Demenzkranken gegründet. Die Arbeit mit den Selbsthilfegruppen für psychisch Kranke, Suchtkranke und Angehörige war auch 1999 ein wichtiger Bestandteil des Betreuungsangebotes des Sozialpsychiatrischen Dienstes.

Unter Mitwirkung der Psychiatriekoordinatorin des Gesundheitsamtes kam es 1998 zum Zusammenschluss aller an der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung beteiligten Träger, Dienste und Einrichtungen in der psychosozialen Arbeitsgemeinschaft im Landkreis Teltow-Fläming. 1999 wurden zwei Arbeitskreise (Psychiatrie und Sucht) arbeitswirksam, um das Prinzip der gemeindepsychiatrischen Versorgung schrittweise umzusetzen.

Zahlreiche Aktivitäten im Rahmen der Gesundheitsförderung wurden auch 1999 in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt, den Schulen, dem Jugendamt, den Jugend- und Freizeiteinrichtungen der Kreisvolkshochschule sowie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und anderen Institutionen gemeinsam durchgeführt. Schwerpunkte waren u. a. AIDS-Aufklärung und Sexualpädagogik sowie primäre Suchtprävention mit Kindern und Jugendlichen. Es wurde besonderer Wert auf Multiplikatorenschulungen und Seminare sowie auf Mitmachaktionen und erlebnisorientierte Kinder- und Jugendarbeit gelegt.

Aus der Sicht des **Staatlichen Schulamtes** für den Landkreis Teltow-Fläming umfasst das Kalenderjahr 1999 sowohl das zweite Schulhalbjahr 1998/99 als auch das erste von 1999/00.

Im Landkreis Teltow-Fläming besuchen zurzeit etwa 23.000 Schülerinnen, Schüler und Auszubildende in knapp 1.000 Klassen die

insgesamt 69 Schulen. Sie werden von etwa 1.600 Lehrkräften unterrichtet.

In dem Eingangsjahrgang der Primarstufe wurden 1999 in 43 Klassen knapp 980 Schüler aufgenommen. Das entspricht einer Klassenfrequenz von weniger als 23 Schülern und bedeutet einen nochmaligen Rückgang von acht Klassen und gut 150 Schülern zum Vorjahr.

Der Vergleich der zurzeit im Primarbereich vorhandenen Jahrgänge zeigt den dramatischen Schülerrückgang:

Einschulung	Jahrgang	Schüler	Klassen	Frequenz
94/95	6	2254	96	23,5
95/96	5	2114	88	24,0
96/97	4	2005	87	23,1
97/98	3	1644	68	24,2
98/99	2	1138	51	22,3
99/00	1	976	43	22,7

Damit ist nach den uns vorliegenden Prognosen der vorläufige Tiefpunkt der Einschulungszahlen erreicht. Auf diesem Niveau scheinen sich die Schülerzahlen mit einer leicht positiven Tendenz zu stabilisieren. Es ist nur natürlich, dass der Rückgang der Geburten zunehmend gravierende Auswirkungen auf die Schullandschaft hat. An sechs Primarstandorten - darunter zwei Grundschulteilen an Gesamtschulen - wurde in diesem Jahr zum zweiten Mal keine Einschulung vorgenommen. Damit ist das Auslaufen dieser Schulen bzw. Schulteile vorgezeichnet.

Die Aufnahme in die weiterführenden allgemein bildenden Schulen (Sekundarstufe I) erfolgte auch 1999 durch das vorgeschriebene Übergangsverfahren.

Dabei bestand die Aufgabe, mehr als 2.100 Schüler unter Berücksichtigung des Elternwunsches und ihrer Eignung den tatsächlich vorhandenen Kapazitäten unserer Schulen entsprechend unterzubringen.

Schließlich ergab sich zum Schuljahresbeginn die folgende Verteilung:

Schulform	Anzahl	Klassen 7	Schüler	Prozent
Realschulen	5	13	362	16,9
Gesamtschulen	14	45	1129	53,0



Gymnasien	6	23	641	30,1
-----------	---	----	-----	------

Damit werden im Vergleich zum Vorjahr bei einem Rückgang von etwa 120 Schülern drei Klassen weniger gebildet.

Im Bereich der Sekundarstufe II entstanden neue Bedingungen besonders in den Einrichtungen der Berufsausbildung.

Der Neubau des Oberstufenzentrums (OSZ) in Ludwigsfelde wurde am 11.06.1999 übergeben. Diese Investition wird in den nächsten Jahren zu einer weiteren inhaltlichen Bündelung und deutlichen Qualitätssteigerung der Berufsausbildung führen.

Im Ergebnis werden an zwei Standorten (Hauptstandort Luckenwalde mit den Abteilungen 2 und 3 sowie Ludwigsfelde) nahezu 100 Lehrer die Jugendlichen in folgenden Berufsfeldern ausbilden:

• Abteilung 1	Metalltechnik
• Abteilung 2	Gesundheit, Wirtschaft und Verwaltung
• Abteilung 3	Sozialwesen, Ernährung und Hauswirtschaft
• Abteilung 4	Bautechnik, Farbtechnik und Raumgestaltung, Elektrotechnik

Damit sichert der Landkreis als Schulträger ein breites und der zunehmenden wirtschaftlichen Kraft und Vielfalt des Landkreises Teltow-Fläming entsprechendes Angebot.

Im Bereich der Abiturausbildung konnten auch in diesem Jahr durch unsere acht gymnasialen Oberstufen (fünf an Gymnasien und drei an Gesamtschulen) viele junge Menschen die Reifeprüfung ablegen. Von den 572 zum Abitur zugelassenen Schülern wurden die Prüfungen von 552 mit teilweise herausragenden Ergebnissen erfolgreich abgeschlossen.

Auch im Jahr 1999 wurde die Verbeamtung im Lehrerbereich fortgesetzt. Für die Schulräte und die verwaltungsfachlichen Mitarbeiterinnen bedeutete dies wiederum einen enormen Arbeitsanfall.

Für diejenigen Lehrkräfte, die z. B. wegen des Alters oder des Gesundheitszustandes nicht verbeamtet werden können, wurde die von der Landesregierung und den Gewerkschaften vereinbarte Beschäftigungsvereinbarung im ersten Kalenderhalbjahr umgesetzt. Dabei ging es um eine ähnliche Flexibilität (zwei Drittel der Vollbeschäftigung als Sockel) wie bei den Beamten und um einen einzelvertraglich vereinbarten Kündigungsschutz.

Als besonders erfolgreich kann im Personalbereich die Einführung der Altersteilzeit eingeschätzt werden. Dies ist neben der damit eintretenen Entlastung für ältere Lehrerinnen und Lehrer vor allem als einen guten Ansatz für eine gezielte Verjüngung der Lehrerkollegien im Interesse unserer Schüler zu betrachten.

Seitdem es diese Möglichkeit gibt, d. h. ab Schuljahr 1997/98, konnten im Landkreis Teltow-Fläming etwa 140 Lehrerinnen und Lehrer in die Altersteilzeit gehen, 100 allein ab 01.08.1999. Für die nächsten Jahre liegen bereits jetzt mehr als 100 Anträge vor.

Gemeinsam mit einer großzügigen Vorruhestandsregelung, die insgesamt 33 sorgfältig ausgewählte Lehrkräfte von mehr als 58 Lebensjahren betraf, konnte die Durchsetzung der Altersteilzeit im Lehrerbereich zu einer deutlichen Verjüngung der Lehrerschaft beitragen.

Mehr als 150 Neueinstellungen, darunter 20 unbefristet im sogenannten Einstellungskorridor, betrafen vor allem Absolventen der Lehrerausbildung nach dem zweiten Staatsexamen.

Insgesamt konnten auch im Kalenderjahr 1999 wieder Fortschritte bei der Umstrukturierung unserer Schullandschaft erreicht werden. Die materiellen Bedingungen für die Bildung und Erziehung der Mädchen und Jungen und das Niveau an den Schulen konnten durch das große Engagement aller Schulträger weiter deutlich verbessert werden.

Nach ausführlicher Berichterstattung über die Schwerpunkte der Arbeit im Dezernat III folgen nun Informationen zu den Ämtern des Dezernates IV, als erstes zum **Planungsamt**.

In der Zeit zwischen November 1998 und Juli 1999 wurde die erste Entwurfsfassung der Kreisentwicklungskonzeption Teltow-Fläming fertiggestellt. Durch das Planungsamt wurden dazu entwicklungsrelevante Daten erfasst, aktualisiert und ausgewertet sowie die Kapitel Bevölkerungsentwicklung, Siedlungsentwicklung, Verkehr, Touristische Radwege und Konversion in eigener Zuständigkeit erarbeitet.

Die Beiträge der Fachämter wurden durch das Planungsamt redaktionell bearbeitet und teilweise ergänzt sowie grundsätzlich aufeinander abgestimmt. Zum Entwurf fand eine erste Beratung mit den Fachämtern des Landkreises statt. Änderungen, Ergänzungen und Aktualisierung wurden in Zusammenarbeit mit den Fachämtern abgeschlossen, so dass die Prüfung und Beratung durch die politischen Entscheidungsträger (zuerst Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung) am 21. Dezember 1999 durchgeführt werden konnte.

Für die Straßenneuplanung Umverlegung der Kreisstraße K 7225 in Baruth wurde im Juli 1999 das Planfeststellungsverfahren nach

§ 38 Brandenburgisches Straßengesetz in Verbindung mit § 73 Verwaltungsverfahrensgesetz eröffnet. Die Planfeststellungsunterlagen zur Ortsumgehung Dabendorf, K 7234 werden derzeit erarbeitet, so dass im Frühjahr 2000 die Eröffnung des Anhörungsverfahrens beantragt werden kann. Erfahrungsgemäß kann davon ausgegangen werden, dass die Pläne für beide Vorhaben im Jahr 2000 festgestellt werden. Gemäß § 75 Verwaltungsverfahrensgesetz des Landes Brandenburg in Verbindung mit § 39 Brandenburgisches Straßengesetz ist mit der Realisierung der Maßnahme innerhalb von fünf Jahren nach Planfeststellung zu beginnen. Auf Antrag kann die Planfeststellungsbehörde nochmals eine Verlängerung von fünf Jahren gewähren.

Die Genehmigungsplanung des Straßenbauvorhabens "Anschluss Schönhagen", die die Ortsverbindung Hennickendorf-Ahrendorf komplettiert, wird im Frühjahr 2000 abgeschlossen.

Zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur erfolgte im Jahr 1999 die planerische Vorbereitung und Umsetzung mehrerer Projekte.

Mit dem Zuwendungsbescheid vom 07.07.1998 wurden Fördermittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in Höhe von 15,3 Millionen DM für die Planung und den Bau eines 170 km langen touristischen Radweges mit integriertem Inline-Skater-Rundkurs für den Zeitraum vom 01.01.1999 bis 31.12.2001 bewilligt. Die Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft wurde vom Landkreis treuhänderisch beauftragt, dieses Vorhaben

umzusetzen. Das Verhandlungsverfahren mit drei Bietern wurde 1999 abgeschlossen, so dass mit der zügigen planerischen Umsetzung der Maßnahme begonnen wurde. Der Baubeginn der ersten Abschnitte ist im Frühjahr 2000 geplant.

Als touristischer Anziehungspunkt sowie zur Vervollständigung des 170 km touristischen Radweges mit integriertem Inline-Skater-Rundkurs wurde ein Konzept für eine touristische Skating-Anlage (roll-o-drom) erarbeitet. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" wurden am 23.09.1999 bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg, Fördermittel in Höhe von 10,51 Millionen DM für die Planung und den Bau des roll-o-drom in Jüterbog beantragt. Mit der Bewilligung der Mittel wird im Jahr 2000 gerechnet.

Die B 101 stellt neben der B 96 die wichtigste Straßenverbindung des Landkreises Teltow-Fläming in Nord-Süd-Richtung dar. Dank intensiver Bemühungen ist es dem Landkreis gelungen, die grundsätzliche Zustimmung des Bundes zum vierstreifigen Ausbau der B 101 n bis Luckenwalde zu erzielen und so die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung im Süden des Landkreises zu schaffen. Zur Realisierung dieses Vorhabens hat der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming am 28.06.1999 der Übernahme der Mehrkosten in Höhe von 54 Millionen DM zugestimmt.

Im Jahre 1999 hat der Landkreis seine Aktivitäten zur Entwicklung des Tourismus am und um den Golm verstärkt. Neben der Entwicklung eines attraktiven Wegenetzes einschließlich der erforderlichen Infrastruktur ist die Bebauung des Golm mit einem Aussichtsturm vorgesehen.

Darüber hinaus wurde ein Rad-, Reit- und Wanderwegenetz für den Raum zwischen der Autobahn A 10 im Norden und der Bundesstraße B 246 im Süden für die Ämter Rangsdorf, Trebbin sowie die Stadt Ludwigsfelde planerisch umgesetzt. Damit konnte ein weiterer Schritt dafür getan werden, den Lückenschluss zwischen den Planungen im Norden und Süden des Landkreises herbeizuführen.

Als raumbedeutsames Wohnungsbauprojekt konnte das Baugebiet „Ahrensdorfer Heide“ nordwestlich von Ludwigsfelde mit seinen künftigen 2.200 Wohnungseinheiten zur Planreife geführt werden. Anfang des Jahres 2000 werden die ersten Musterhäuser errichtet.

Eine wesentliche Verbesserung des „Klimas“ zwischen den Landesbehörden und Naturschutzverbänden konnte die weitere Arbeit an der Vorbereitung des Technologie- und Entwicklungszentrums Horstwalde (TEZ) erreichen. Durch eine zielgerichtete Überarbeitung des Projektes kann die Verlagerung wesentlicher Baubereiche in das Gewerbegebiet „Försterwiese“ auf den Konversionsflächen von Kummersdorf Gut vorgenommen und die benötigte Fläche in weniger sensible Bereiche verlagert werden. Für das TEZ liegt nun auch die benötigte Wirtschaftlichkeitsstudie vor, in der nachgewiesen wurde, dass die Anlage betriebswirtschaftlich sinnvoll ist. Auf dieser Grundlage wird jetzt die Gesamtkonzeption

überarbeitet, die dann Anfang des Jahres 2000 in ein Bebauungsplanverfahren einfließt.

Ansiedlungen neuer Betriebe sollen im Gewerbegebiet IV der Stadt Baruth/Mark erfolgen. Die Firma Kunz Faserplattenwerk Baruth sowie weitere verarbeitende Betriebe wollen Synergieeffekte mit dem Sägewerk der Firma Klenk nutzen und somit Arbeitsplätze in der Region schaffen.

Weiterhin berichtet werden soll über **das Kataster- und Vermessungsamt**.

Im Jahre 1999 wurden 3.363 Anträge (1998: 3.184 Anträge) verschiedener Art auf Auskunftserteilung gestellt und bearbeitet. Wartezeiten entstanden dabei normalerweise nicht. Bei der Voreigentümerrecherche ist die Anzahl der Anträge von 720 auf derzeit 644 zurückgegangen.

Im Bereich Messungsvorbereitung wurden 1.694 Anträge (1998: 1.573 Anträge) auf Unterlagenerteilung gestellt. Eilanträge wurden umgehend erledigt; ansonsten konnten bei weniger dringenden Aufträgen Wartezeiten bis zu zwölf Wochen entstehen. Bei der Übernahme beigebrachter Vermessungsschriften in das Liegenschaftskataster wurden 1.458 Anträge (1998: 1.166 Anträge) gestellt. Wartezeiten bis zu sechs Wochen im Einzelfall waren möglich.

In allen Bereichen ist (bis auf die Voreigentümerrecherche) ein steigender Auftragseingang im Vergleich zum Vorjahr festzustellen.

#### *Überwachung der Gebäudeeinmessungspflicht*

1999 waren noch 3.572 Vorgänge erfasst und ausgewertet. Endgültig abgeschlossen wurden 1.123 Vorgänge.

#### *Automatisierte Liegenschaftskarte*

Der Aufbau des EDV-geführten geographischen Basisinformationssystems "Automatisierte Liegenschaftskarte" (ALK) wird weiterhin verstärkt vorangetrieben. Das Amt hat inzwischen zwei weitere graphische Arbeitsplätze (Unix-Betriebssystem) erhalten. An die vorhandenen drei Unixrechner wird je ein "kleinerer" Arbeitsplatzrechner mit dem Betriebssystem Windows-NT angeschlossen, um sämtliche Katasterübernahmen demnächst direkt in die Datenbank übernehmen zu können. Der zügige Aufbau dieser Datenbank ist Voraussetzung, um die "Automatisierte Liegenschaftskarte" als

Basisinformationssystem anbieten zu können. Seitens des Landes Brandenburg werden die Systeme ALK und ARC-INFO als Basisinformationssystem, auf das andere Nutzer aufsetzen können, gefördert.

Die Umstellung des Koordinatensystems des Landes auf das einheitliche europäische Grundlagensystem (ETRS 89) wurde für das Gebiet des Landkreises im Oktober abgeschlossen. Diese Umstellung ist die Voraussetzung für die landesweite Einführung der ALK. Derzeit sind in der Datenbank für den Landkreis (Kreispunktspeicher) rund 110.000 Koordinatenpaare im neuen System abgelegt. Mit jeder in das Liegenschaftskataster übernommenen Messung wird diese Koordinatendatenbank vergrößert.

#### *Automatisiertes Liegenschaftsbuch*

Das Automatisierte Liegenschaftsbuch ALB (EDV-geführter Nachweis der Flurstücke) wurde Ende Oktober auf eine neue Version umgestellt. Hierdurch soll ein besserer Zugriff der Ämter und Gemeinden des Landkreises sichergestellt werden. Es muss jetzt nicht mehr der gesamte Bestand einer Gemarkung abgegeben werden. Die Abnehmer können (und sollten aus Kostengründen) jetzt nur die Änderungsdaten abrufen. Im Jahr 1999 wurden 11.493 Änderungen in das ALB eingearbeitet.

#### *Satellitengestütztes Vermessungswesen*

Seit Herbst 1998 ist das auf dem Dach und in den Räumen des ehemaligen Dienstgebäudes in Wünsdorf/Waldstadt installierte GPS-System in Betrieb. Nach anfänglichen Schwierigkeiten läuft das System jetzt störungsfrei. Um die durch die Topographie bedingten weißen Flecken der Funkverbindungen auszuschalten sind weitere Punkte - in unserem Kreisgebiet als nächster Punkt: Luckenwalde - in der Planung bzw. Realisierung. Außer dem Kontakt zu den Satelliten ist im praktischen Betrieb der Funkkontakt zu den Referenzstationen Wünsdorf (und demnächst Luckenwalde) erforderlich. Hier werden die errechneten Korrekturdaten abgestrahlt.

#### *Ausbildungssituation*

Im vergangenen Jahr wurden vier Auszubildende für den Beruf des Vermessungstechnikers vom Landkreis Teltow-Fläming eingestellt. Insgesamt betreut das Kataster- und Vermessungsamt zurzeit zehn Auszubildende. Die beiden Auszubildenden des letzten Lehrjahres haben im Sommer die Abschlussprüfung mit gutem Ergebnis abgelegt. Beide haben ein Studium aufgenommen. Bis zur Aufnahme ihres Studiums konnten sie ihr Wissen als Vermessungstechniker im Amt 62 umsetzen.

In der **Unteren Bauaufsichtsbehörde** kann festgestellt werden, dass sich im Geschäftsjahr 1999 die Bautätigkeit in unserem Landkreis leicht positiv entwickelt hat. Nachdem im davor liegenden Jahr ein historischer Tiefstand der Bauantragsverfahren zu verzeichnen war, ist die Zahl der Verfahren im Berichtszeitraum wieder um 3,6 % angestiegen. Die Baugenehmigungsgebühren allerdings haben im gleichen Zeitraum sogar um 35,1 % zugenommen. Diese Steigerung geht offenbar auf die Genehmigung einer Reihe größerer, gewerblicher Vorhaben zurück, vornehmlich im Norden des Landkreises.

Im Güterverkehrszentrum von Großbeeren ist auch das größte Vorhaben dieses Jahres errichtet worden, das Logistikzentrum der Handelsgesellschaft REWE. Dies übertrifft in seinen Dimensionen die dort bereits angesiedelten Distributionszentren der Firmen ALDI und LIDL.

Die Bautätigkeit konzentriert sich aber nicht nur im Bezug auf große Handelsunternehmen auf den nördlichen Teil des Landkreises. Insgesamt 66,20 % aller Antragsverfahren entfallen auf den relativ dicht besiedelten (80.025 EW) sogenannten engeren Verflechtungsraum, der lediglich 27 % der Kreisgebietsfläche umfasst. Die restlichen 33,80 % der Anträge verteilen sich auf den erheblich größeren (1.553 km<sup>2</sup> = 73 %), wesentlich dünner besiedelten (75.870 EW) äußeren Entwicklungsraum des Landkreises. Auf das gesamte Gebiet des Landkreises verteilt sind pro hundert Einwohner 2,08 Anträge gestellt worden. Die differenzierte Betrachtung dieser Zahl ergibt beispielsweise bezogen auf das Amt Ludwigsfelde-Land 3,4 Anträge pro hundert Einwohner, für das Amt Dahme (Mark) 0,8 Anträge pro hundert Einwohner.

Die Einnahmen der Bauaufsicht aus Buß- und Zwangsgeldern konnten im Berichtszeitraum um rund 140 % gesteigert werden.

In der Vergangenheit ist in der Bauaufsicht eine kleine Abteilung mit der speziellen Aufgabe gebildet worden, die Beseitigung zahlreicher illegaler Werbeanlagen im gesamten Kreisgebiet voranzutreiben. Die Arbeit dieser Abteilung ist mittlerweile so erfolgreich, dass sie als beispielhaft für alle Bauaufsichtsbehörden des Landes Brandenburg gilt. Die Schwerpunkte der Tätigkeit der Gruppe lagen im vergangenen Jahr in Jüterbog und Trebbin. Insgesamt sind in diesem Zeitraum wieder 490 illegale Werbeschilder beseitigt worden.

Weil die bis dahin vertraglich gebundene Softwarefirma den Betrieb einstellte, war es im vergangenen Jahr erforderlich, die in der Bauaufsicht verwendete, spezielle Genehmigungssoftware komplett zu ersetzen. Diese Umstellung bereitete erhebliche Anpassungsprobleme und führte auch zu Verzögerungen

in der Antragsbearbeitung. Mittlerweile darf aber die Umstellung als weitgehend vollzogen und geglückt bezeichnet werden.

Ein großes Problem bestand in der Vergangenheit darin, dass - bedingt durch eine ungenügende Stellenbesetzung - eine erhebliche Anzahl von Widersprüchen aufgelaufen ist, wodurch eine unvertretbar lange Bearbeitungszeit für Widersprüche verursacht wird. In diesem Jahr ist nunmehr der Versuch unternommen worden, durch Bündelung aller Kräfte diesen hohen Verfahrensberg abzutragen. Erste Erfolge haben sich im IV. Quartal 1999 eingestellt, in welchem die Erledigungsquote um ca. 50 % höher lag als im vorangegangenen Zeitraum. Auch insofern ist also eine positive Entwicklung in Sicht.

*Nachfolgend einige statistische Angaben zur Bautätigkeit im Landkreis Teltow-Fläming*

### **Antragsaufkommen 1999**

Amt Baruth/Mark	81
Amt Blankenfelde-Mahlow	593
Amt Dahme/Mark	73
Amt Ludwigsfelde-Land	217
Amt Am Mellensee	182
Amt Niederer Fläming	51
Amt Rangsdorf	339
Amt Trebbin	191
Amt Zossen	393
Gemeinde Niedergörsdorf	106
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	130
Stadt Jüterbog	169
Stadt Ludwigsfelde	422
Stadt Luckenwalde	308
gesamt	3.255

### **Anzahl der Anträge**

engerer Verflechtungsraum	2.155	66,2 %
äußerer Entwicklungsraum	1.100	33,8 %
<b>gesamt</b>	<b>3.255</b>	<b>100 %</b>

### **Einwohner**

engerer Verflechtungsraum	80.025	51 %
äußerer Entwicklungsraum	75.870	49 %



**Fläche in km<sup>2</sup>**

engerer Verflechtungsraum	555	73 %
äußerer Entwicklungsraum	1.537	27 %

<b>Antragsaufkommen 1999 gesamt:</b>	<b>3.255</b>
auf den engeren Verflechtungsraum entfallen	2.155

**Dies entspricht 66,2 % des gesamten Antragsaufkommens.**

durchschnittliches Antragsaufkommen pro 100 Einwohner	2,08
durchschnittliches Antragsaufkommen pro 100 Einwohner engerer Verflechtungsraum	2,7
durchschnittliches Antragsaufkommen pro km <sup>2</sup>	1,6
durchschnittliches Antragsaufkommen pro km <sup>2</sup> engerer Verflechtungsraum	3,8

<b>Antragsaufkommen 1999 im Rahmen der Bautätigkeit</b>	<b>2.633</b>
---	--------------

**Dies entspricht 80,6 % des gesamten Antragsaufkommens.**

auf den engeren Verflechtungsraum entfallen	1.755
---	-------

**Dies entspricht 67,0 % des gesamten Antragsaufkommens.**

durchschnittliches Antragsaufkommen pro 100 Einwohner	1,6
durchschnittliches Antragsaufkommen pro 100 Einwohner engerer Verflechtungsraum	2,2
durchschnittliches Antragsaufkommen pro km <sup>2</sup>	1,3
durchschnittliches Antragsaufkommen pro km <sup>2</sup> engerer Verflechtungsraum	3,2

Die Prioritäten, die nach dem Regierungswechsel für die künftige Wohnungs- und Städtebaupolitik festgelegt wurden, hatten auch Auswirkungen auf den Landkreis und die Arbeit des **Wohnungsförderungsamtes**.

Zielstellung auf Bundesebene ist es, die Wohnungs- und Städtebaupolitik besser aufeinander abzustimmen und ein intelligentes System zur Subjekt- und Objektförderung durch eine Wohngeldreform und Maßnahmen im sozialen Wohnungsbau zu schaffen.

Mehr denn je geht es um die so genannte "Nachhaltigkeit" des Wohnungsbaus, um das vernünftige Kombinieren unterschiedlicher Förderprogramme, was letztlich auch seinen Niederschlag in Form von "Modellvorhaben zum nachhaltigen Wohnungsbau" findet.

So wurde 1999 z.B. in der Stadt Dahme/Mark ein solches Modellvorhaben in Angriff genommen.

Im diesem Jahr wird mit der Umsetzung eines neuen Bund-Länder-Programms "Soziale Stadt" ein weiterer Qualitätssprung in diese Richtung angestrebt.

Mietwohnungsbauvorhaben wurden 1999 von der Kreisverwaltung nur dann befürwortet, wenn einerseits der Bedarf unumstritten war und gleichzeitig das Stadtbild bzw. die Ortsgestaltung aufgewertet wurden.

Ein positives Beispiel hierfür sind die neugebauten Mietwohnungen im 1. Förderweg in der Zinnaer Straße in Luckenwalde, wo durch eine ansprechende Architektur die unterschiedlichen Gebäudehöhen einander angeglichen werden.

Da der Wohnungsbedarf im Landkreis auch weiter rückläufig ist und die Zahl der ausgestellten Wohnberechtigungsscheine von 2.841 im Jahr 1998 auf 2.240 1999 zurückging, ist es vorrangiges Interesse, den punktuell bestehenden Bedarf an preisgebundenen Wohnungen durch gezielte und mit Landesmitteln unterstützte Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen abzudecken. In diesem Programm ist die Nachfrage nach wie vor groß.

Nochmals großes Interesse bei den Investoren fand das zum Jahresende 1999 auslaufende GUS-Programm, mit dessen Hilfe vor allem in den Orten Jüterbog und Waldstadt ehemals militärisch genutzte Wohngebäude revitalisiert wurden.

Während der gesamten Laufzeit dieses Programms wurden mit Ende 1999 für Investoren im Landkreis über 268 Mio. zinsgünstige Landesdarlehen bewilligt.

Das Auslaufen des Förderprogrammes bedeutet nicht, dass weitere Modernisierungsmaßnahmen in ehemaligen Kasernen künftig nicht mehr möglich sind, sondern dass sie ab 2000 auf der Grundlage anderer Förderprogramme erfolgen, sofern an den

jeweiligen Standorten die bereits fertiggestellten Wohnungen vermietet sind und weiterer Bedarf besteht.

1999 war nochmals ein leichter Anstieg der öffentlich geförderter Eigenheimneubauten zu verzeichnen.

Insgesamt erhielten mit dem Jahr 1999 153 Familien öffentliche Mittel zur Schaffung von Wohneigentum.

Der Schwerpunkt der Prüfaufgaben im Rahmen der Sonderaufsicht über das Wohnungswesen konzentrierte sich auch 1999 auf die Erhebung bzw. Kontrolle der Daten zur Sicherung der Zweckbestimmung von Wohnraum entsprechend § 2 Wohnungsbindungsgesetz, die Einhaltung von Bedingungen und Auflagen aus Bewilligungsbescheiden sowie die Widerspruchsentscheidung zu Fragen der Wohnberechtigung und Zweckbestimmung.

1999 war auch erstmals ein deutlicher Anstieg der Bürger zu verzeichnen, die sich mit Problemen des öffentlichen Mietrechts hilfesuchend an das Wohnungsförderungsamt wandten.

Im Sachgebiet Wohngeld wurden im Jahr 1999 für den Zuständigkeitsbereich der Kreisverwaltung (die Städte Luckenwalde und Ludwigsfelde haben eigene Wohngeldstellen) rund 8.000 Anträge auf Bewilligung eines Miet- bzw. Lastenzuschusses bearbeitet, von denen 5.550 bewilligt werden konnten.

Im gleichen Zeitraum des Vorjahres erhielten 4.772 Familien oder Einzelpersonen Wohngeld, also ein Anstieg von 778 Bewilligungen.

Die Wohngeldempfänger erhalten durchschnittlich einen Zuschuss von 202,09 DM (Vorjahr 193,87 DM).

Durch das Wohnungsförderungsamt wurden 1999 insgesamt 7,48 Mio. Mark Wohngeld bewilligt. In über 1.300 Fällen musste allerdings auf Grund der gegenwärtigen Rechtslage eine Ablehnung ausgesprochen werden. In einigen Fällen wird die ab 01.01.2001 in Kraft tretende Wohngeldnovelle Abhilfe schaffen, die dem Amt bereits im Entwurf vorlag und wo auch die Kreisverwaltung Gelegenheit hatte, im Rahmen der Diskussion die nunmehr achtjährigen Erfahrungen aus der praktischen Umsetzung des Wohngeldrechtes einzubringen.

Die der Bewilligung zugrundeliegende Durchschnittsmiete liegt mit 426,40 DM um 64,58 DM höher als im Vorjahr.

Das **Hoch- und Tiefbauamt** hat sich auch 1999 als technisches Fachamt für die Lösung der vielschichtigen Problemfelder der Planung, Vorbereitung und Umsetzung von kreiseigenen Baumaßnahmen, die der Haushaltsplan ausweist, verantwortlich gezeigt.

Im *Sachgebiet Hochbau* richteten sich die Aufgaben des Jahres insbesondere auf die Errichtung von Neubauten sowie die Instandsetzung und Bauunterhaltung an kreiseigenen Gebäuden und Objekten.

Schwerpunkte bildeten dabei die Fertigstellung des Oberstufenzentrums (OSZ) am Standort Ludwigsfelde, der Baubeginn am OSZ-Standort Luckenwalde und die Fertigstellung der Drei-Feld-Turnhalle am Marie-Curie-Gymnasium Ludwigsfelde, um nur einige zu nennen.

Für die Bauunterhaltung von kreiseigenen Gebäuden und Objekten wurden im laufenden Jahr 778,0 TDM eingesetzt. Damit konnten jedoch nicht alle notwendigen Instand- und Werterhaltungen realisiert werden, so dass in den Folgejahren höhere Finanzansätze im Verwaltungshaushalt eingestellt werden müssten, um die in den Vorjahren realisierten Investitionen in Millionenhöhe auf dem erreichten Niveau zu erhalten und im Bereich aller anderen Objekte den Standard zu sichern und etappenweise zu verbessern.

Bei der Vergabe von Bauaufträgen wurde nach der Vergabeordnung des Landkreises und der VOB einschließlich aller geltenden Sonderregelungen gearbeitet. Es wurden insgesamt 50 Vergaben mit einem Finanzvolumen von 4,6 Mill. DM an Unternehmen, Handwerksbetriebe und Gewerbetreibende vergeben. Davon entfielen 4,0 Mio DM auf Betriebe des Landkreises und das Land Brandenburg. Damit erreichen unsere Bauvergaben nahezu unverändert ca. 86 % Unternehmen aus der Region.

Die Aufgabenumsetzung *im Sachgebiet Tiefbau* mit einem gegenwärtig ca. 240 km Netzlänge umfassenden Straßen- und Radwegesetzes umfassten die Felder

- Erneuerung von Straßendecken
- Neubau und Erneuerung von Radwegen
- Erneuerung bzw. Sanierung von Brücken und Durchlässen
- Unterhaltung von Straßen, Radwegen, Brücken und Durchlässen
- Sicherung von notwendigem Planungsvorlauf für laufende und künftig notwendige Vorhaben
- Beantragung und Sicherung von Fördermitteln sowie
- die gesamte Verwaltung des Kreisstraßennetzes.

Schwerpunkte an Bauvorhaben im Haushaltsjahr 1999 waren:

- die Straßenerneuerung in und bei Klein Schulzendorf (K7230)
- die Erneuerung von Ortsdurchfahrten in Hohenseefeld (K7208), Felgentreu (K7218), Kurzlippsdorf (K7215), Schönefeld (K7222), Woltersdorf (K7221), Gölsdorf 1.BA (K7212)
- der Neubau eines Radweges B96/Klein Kienitz (K7237)

Mit der Umsetzung dieser und weiterer kleinerer Maßnahmen wurden Fördermittel und Eigenmittel des Landkreises in einer Höhe von 2,5 Mio. DM eingesetzt.

Für das Jahr 2000 sind Fördermittel für Straßen-, Brücken- und Radwegbau in Höhe von ca. 7 Mio. DM objektkonkret beantragt.

Im Bereich der Straßenunterhaltung wurden 120 Aufträge mit einem Wertumfang von ca. 600 TDM (Reparaturen von Straßendecken, Erneuerung von Leitpfosten, Auffrischung von Fahrbahnmarkierungen, Baumschnitt, Neugestaltung von Bankettbereichen, Verkehrsbeschilderung) realisiert. Erstmals wurden im Haushaltsplan des Landkreises Mittel für Ersatzpflanzungen von Alleebäumen eingeordnet. Dafür wurden 390 Stück Alleebäume im Werte von ca. 240 TDM an mit dem Umweltamt abgestimmten Kreisstraßenabschnitten gepflanzt.

Im Rahmen der Straßenaufsichtspflicht wurden Stellungnahmen zu gemeindlichen Straßenbaumaßnahmen abgegeben, sowie Prüfungen der Rechtmäßigkeit von Verwaltungshandlungen der Gemeinden durchgeführt.

Es erfolgte im Rahmen von Straßenverwaltungen die Bearbeitung von ca. 200 Vorgänge (z.T. mit Ortsbesichtigungen) im Zusammenhang mit der Sondernutzungen an Kreisstraßen, Genehmigungen von Anbindungen an Kreisstraßen, Stellungnahmen zu verkehrsrechtlichen Anordnungen sowie Schadensmeldungen an Kreisstraßen (z.B. Verkehrsunfälle).

Winterdienstverträge wurden mit den Firmen, die den Winterdienst auf den Kreisstraßen durchführen, abgeschlossen. Es besteht ein Kontrollsystem beim SG Tiefbau und bei den für den Winterdienst verantwortlichen Firmen, um im Bedarfsfall schnell reagieren zu können.

Der *Bauhof* mit seinem Sitz in Baruth ergänzt sinnvoll alle Maßnahmen der Straßenunterhaltung auf dem kreiseigenen Straßen- und Radwegenetz. Sein Leistungsprofil erstreckt sich auf die Tätigkeiten Bankettpflege, Rasenmähd, Wildwuchsbeseitigung, Waschen von Leitpfosten, Schadensbeseitigung nach Unfällen bzw. Witterungsunbildern,

Erneuerung von Verkehrszeichen sowie der Umsetzung verkehrsrechtlicher Anordnungen des Straßenverkehrsamtes. Im begrenzten Umfang ist der Bauhof auch für Pflegearbeiten auf kreiseigenen Liegenschaften sowie bei der Beseitigung nicht genehmigter Werbeanlagen tätig.

Das **Landwirtschaftsamt**, ein dem Dezernat IV zugeordnetes Amt, ist das letzte Amt, über das zu berichten ist.

Die Entwicklung der Landwirtschaft unseres Landkreises ist im Wesentlichen von der Anbaustruktur und den erzielten Erträgen sowie der Tierbestandsentwicklung und deren Erlöse abhängig. Die Tierbestandsentwicklung, insbesondere in den letzten drei Jahren, verdeutlicht, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Europäischen Agrarpolitik, der Entwicklung der Preissituation auf dem Weltmarkt und den gehaltenen Tierbeständen gibt.

#### *Tierbestandsentwicklung*

Die weitere Reduzierung der Milchkuhbestände um 10 % auf jetzt 16.400 Tiere konnte durch die leichte Erhöhung der Ammen und Mutterkuhbestände auf 4.100 Tiere insgesamt nicht ausgeglichen werden. Mit einem Bestand von 46.200 Rindern werden gegenüber 1996 im Landkreis rund 1.200 Tiere weniger gehalten. Hier ist abzuwarten, ob sich durch die Liberalisierung der Milcherzeugung eine Trendwende abzeichnet. Ab 1999 unterliegt die Mutterkuhhaltung einer Quotierung, so dass eine betriebliche Bestandserhöhung nur bedingt möglich ist.

Noch drastischer auf Preisschwankungen wirkte sich der Schweinebestand aus. Bedingt durch die leicht gestiegenen Schweinefleischpreise im Gegensatz zum Preistief 1997/98 hat der Bestand im Landkreis 91.100 Schweine erreicht. Mit einem Zugang von über 3.400 Tieren gegenüber dem Vergleichszeitraum 1996 wurde damit wieder ein Bestand über 90.000 Tiere im Landkreis erreicht.

Eine besonders positive Entwicklung ist bei den Schafbeständen zu verzeichnen. Mit einem Zugang von über 20 % werden jetzt im Landkreis rund 10.900 Tiere gehalten. Zwar wurde nicht ganz das Vorjahresniveau erreicht, aber insgesamt ist mit einer weiteren ansteigenden Entwicklung der Schafbestände zu rechnen.

Ursachen für die erhöhte Mutterkuhhaltung und Schafbestandsentwicklung liegen insbesondere in der Förderung der extensiven Grünlandbewirtschaftung sowie der Nutzung von Landschafts- und Naturschutzgebieten mit extensiver Weidehaltung begründet. Die betroffenen Landwirtschaftsbetriebe haben sich auf diese neue Situation der Bewirtschaftung von Schutzgebieten eingestellt, obwohl

nicht jede Bewirtschaftungserschwerung ausgeglichen werden konnte.

### *Ertragssituation*

Neben den Tierbeständen hat aber auch die Ertragsentwicklung auf den landwirtschaftlichen Flächen einen entscheidenden Anteil am ökonomischen Ergebnis der jeweiligen Landwirtschaftsbetriebe.

Mit einem Getreideertrag von 50,93 dt/ha wurde das Vorjahresniveau von 44 dt/ha noch um 14 % überboten. Mit einer Erntemenge von 179.375 t wurden gegenüber 1998 rund 15.200 t Getreide mehr geerntet. Dieser Getreideertrag zählt zu den besten Erträgen, die nach der Wende in unserem Landkreis erreicht wurden. Einen entscheidenden Anteil hatten hierbei die Erträge von Winterweizen mit 65,3 dt und Wintergerste mit 60,8 dt. Bei der Kartoffelernte wurde dagegen nur 87 % des Vorjahresniveaus erreicht. 308 dt/ha bzw. nur 105.600 t Gesamtertrag spiegeln die Spätsommertrockenheit wider. Auch der Zuckerrübenenertrag von 343 dt/ha hat nicht die Erwartungen erfüllt. Der Winterraps dagegen hat das Vorjahresniveau um 13 % überboten und erreichte 28,6 dt/ha. Insgesamt wurden somit 1999 bei Getreide insgesamt und Raps ein Ernteergebnis im Wert von 45 Mio. DM erreicht.

### *Kulturlandschaftsprogramm*

Die landwirtschaftlichen Flächen des Landkreises, die Bestandteil des Kulturlandschaftsprogrammes des Landes Brandenburg sind, haben sich in den letzten drei Jahren spürbar erhöht. Waren es 1996 noch 7.500 ha mit einer Fördersumme von 1,9 Mio. DM, so haben sich die Anträge in den acht Förderprogrammen auf 179 gegenüber 1996 verdoppelt. Insgesamt wurden in diesem Jahr 18.335 ha über das Kulturlandschaftsprogramm gefördert und dafür rund 3,9 Mio. DM aus dem Agrarhaushalt bereitgestellt.

Einen besonders hohen Anteil stellten hierbei die Programme wie Grünlandextensivierung mit 6.400 ha bzw. bodenschonende Bewirtschaftung mit 8.500 ha dar. Ein leichter Anstieg ist beim ökologischen Anbau und beim Schutz der Wiesenbrüter zu verzeichnen. Über ein Fünftel der gesamten landwirtschaftlichen Fläche des Landkreises, also 18.300 ha, werden in unserem Landkreis extensiv bewirtschaftet. Dies entspricht einem Zuwachs zum Jahr 1998 um 2.200 ha. Gerade durch diese Maßnahmen wird deutlich, dass der umweltschonenden Landbewirtschaftung durch unsere Agrarunternehmen eine besondere Bedeutung beigemessen wird. Gerade in den zurzeit durchgeführten Agrarentwicklungsplanungen wird diese Tendenz weiter verdeutlicht.

Mit der Untersuchung bodenschonender Bewirtschaftungsverfahren sowie der pfluglosen Neubestellung werden in der "Nuthequelle"

Landwirtschaftliche Betriebsgesellschaft mbH Niedergörsdorf neue Erkenntnisse für unsere Region und im Land Brandenburg gewonnen. Aber auch die Untersuchung wassersparender Berechnungsverfahren in der Pflanzenproduktion in drei landwirtschaftlichen Unternehmen in Welsickendorf, Oehna und Blönsdorf unterstreichen eine ressourcenschonende Landwirtschaft in der Flämingregion. In diesen Gesamtkomplex gliedert sich auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kartoffelproduktion, bei der in diesem Jahr eine Zertifizierung in drei Landwirtschaftsbetrieben erreicht werden konnte und die Untersuchung des Niederschlagsdefizits in der Flämingregion ein.

### *Agrarförderung*

Für die Tierhaltung und die Bewirtschaftung von 90.000 ha landwirtschaftliche Fläche in unserem Landkreis erhielten die rund 350 landwirtschaftlichen Unternehmen des Landkreises Preisausgleichsleistungen aus dem Agrarhaushalt in einem Umfang von 47 Mio. DM. Dabei betragen die Tierprämien 3,2 Mio. DM. Darüber hinaus wurden den landwirtschaftlichen Unternehmen Junglandwirte- und Baukostenzuschüsse sowie Zuwendungen für umweltschonende tiergerechte Verfahren der Tierproduktion und Gewährung von Betriebsmitteldarlehen von 382.000 DM gewährt. Zur Unterstützung von landwirtschaftlichen und Gartenbauunternehmen des Landkreises zur Investition und Modernisierung von Bewässerungsanlagen auf 180 ha wurden für ein förderfähiges Investitionsvolumen von 452 TM Investitionszuschüsse von 178.000 DM bewilligt.

### *Investive Förderung - Vergleich 1998/1999*

Förderungen/ Bewilligungen	Förderprogramm	Zuwendungs- höhe (DM) 1998	Zuwendungs- höhe (DM) 1999
Niederlassungs- prämie für Junglandwirte	AFP	94.000	70.500
Junglandwirte- zuschuss	AFP	29.669	35.036
Betreuergebühren- zuschuss und Zuschuss BEP	AFP	17.780	97.512
Energieträger- umstellung	AFP	0	0
Baukostenzuschuss	AFP	707.017	491.980
Direktzuschüsse für Investitionen in der Tier- produktion	umweltschonende und tiergerechte Ver- fahren in der Tier- produktion	614.838	157.500



Zuschüsse für Betriebsmittel-darlehen	Betriebsmittel-darlehen	129.447	195.226
Zuschüsse gesamt		1.592.751	1.047.754
zinsverbilligte Darlehen	AFP	1.592.751	2.680.200
Förderung insgesamt		3.185.502	3.727.954

AFP = Agrarinvestitionsförderungsprogramm

PEP = Betriebsentwicklungsplan

### *Ländliche Entwicklung*

Insbesondere im Süden des Landkreises ist ein enger Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zu verzeichnen, da die Landwirtschaft in diesem Raum mit als größter Arbeitgeber zählt. Gerade in diesen ländlich geprägten Regionen gilt es besonders die Dörfer als Wohn-, Arbeits- und Sozialstätte zu erhalten und auszubauen. Neben einer Vielzahl von Förderprogrammen für den ländlichen Raum wurden gerade im Rahmen des "Sonderprogrammes ländliche Entwicklung" 1999 bedeutende Projekte aus Mitteln des Europäischen Agrarfonds in unserem Landkreis fertiggestellt.

So wurde in der Stadt Dahme/Mark im Zeitraum von 1997 bis 1999 eine Freizeitstätte errichtet, die diese Region aufwertet und von der Bevölkerung und Touristen genutzt werden kann. Die offizielle Einweihung dieses Sport- und Bewegungszentrums fand am 02.10.1999 statt. Die Gemeinde Niedergörsdorf hat die Möglichkeit erhalten, ihr Freibad in Oehna zu modernisieren und somit eine Attraktion für die Einwohner dieses ländlichen Raumes zu schaffen. Weitere Investitionsmaßnahmen bilden die Fachwerksanierung des Heimatmuseums in Dahme, die weitere Ausgestaltung des Pferdesportzentrums in Hauschteckslust sowie die Erhaltung der historischen Bausubstanz, der Alten und Neuen Abtei in Kloster Zinna sowie die Errichtung des Bohlenstegs in Blankensee. Hier wurden insbesondere Vorhaben zur Verbesserung des Tourismus und der Erhaltung der Naturschutzgebiete umgesetzt.

Von besonderer Bedeutung für den Landkreis ist der Umbau und die Erweiterung der Sporthalle Luckenwalde zur Flämingshalle, deren Bau 1998 begonnen hat und am 01.10.1999 übergeben werden konnte. Es wurde damit die Möglichkeit für die Ausrichtung von Ausstellungen wie z. B. der Flämingschau, der Präsentation landwirtschaftlicher Unternehmen und die Ausgestaltung von Sport- und Kulturveranstaltungen gegeben. Begonnen wurde bereits mit der Gestaltung des Dorfgangers in Seehausen und der Rekonstruktion der Dorfstraße in Gölsdorf sowie der Umbau des Gemeindezentrums in Thyrow.

Für das Jahr 2000 ist vorgesehen, die Fördermöglichkeiten im Rahmen dieses Sonderprogramms unter anderem zu nutzen, um in Dahlewitz einen Märkischen Bauernmarkt zu errichten. Ziel ist, Besucher aus der Großstadt, aber auch aus der Region, die Grüne Woche im Kleinen erleben zu lassen. Neben der überwiegenden Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte aus der Region, geht es um die Demonstration ländlichen Lebens mit Schautiergehege, Bauernhof zum Anfassen, ländliches Handwerk sowie kulturelle Veranstaltungen mit regional typischer Gastronomie. Er soll aber auch gleichzeitig touristisch die Region vorstellen und zu weiteren Reisen animieren. Es geht aber auch darum, das strapazierte landwirtschaftliche Image zu verbessern.

### 3. Kreiswettbewerb

Das Jahr 1999 war auch das Jahr des 3. Kreiswettbewerbes "Unser Dorf soll schöner werden - unser Dorf hat Zukunft" im Landkreis Teltow-Fläming. Anknüpfend an die gute Resonanz der ersten Kreiswettbewerbe wurden bei diesem 3. Kreiswettbewerb in den Gemeinden und Ortsteilen vielfältige Initiativen zur Verschönerung des Ortes umgesetzt. Ausgelobt wurden die hervorragende Vereinstätigkeit, besondere kommunale Einrichtungen, die Erhaltung historischer Bausubstanz und die harmonische Eingliederung von Neubauten in das historische Ortsbild.

Neben der Bereitstellung der Finanzmittel des Landkreises trugen die Sponsorenmittel der Kreissparkasse Teltow-Fläming, Landesbausparkasse Ost, der Volksbank Teltow-Fläming e.G. und der Bausparkasse Schwäbisch Hall wesentlich zur Ausgestaltung des Sonderwettbewerbes bei. 23 Gemeinden und Ortsteile des Landkreises haben sich an diesem Wettbewerb beteiligt, darunter eine Vielzahl Gemeinden, die zum ersten Mal am Wettbewerb teilnahmen. Die fachkundige Kreisbewertungskommission unter der Leitung des Beigeordneten und Baudezernenten Detlef Gärtner kam in ihrer Endauswertung zu dem Ergebnis, dass in vielen Orten Interessantes geschaffen wurde, dabei Althergebrachtes bewahrt und Neues integriert und zu einem harmonischen Ganzen entwickelt wurde. Unsere Dörfer sind attraktiver geworden und es ist viel für die Erhaltung und Verschönerung getan worden.

Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass die gesamtheitlichen Aktivitäten und das Vereinsleben in der Gemeinde Lüdersdorf beispielgebend für unseren Landkreis sind und sie im 3. Kreiswettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" im Landkreis den 1. Platz erreichen konnten. Die weiteren Plätze belegten Schöneiche, Ließen, Dobbrikow und Paplitz, wobei Paplitz das erste Mal am Wettbewerb teilgenommen hat.

Im Sonderwettbewerb erreichte der Traditionsverein "Hoher Golm Ließen e.V.", die Kindertagesstätte Thyrow und das Wohnhaus Hüttenweg 8 in Glashütte die besten Ergebnisse. Es kann insgesamt eingeschätzt werden, dass auch dieser 3. Kreiswettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden - Unser Dorf hat Zukunft" wesentlich zur Verbesserung und Erhaltung des Dorfbildes und des Gemeinschaftslebens im Landkreis beigetragen hat.

#### *Kreislandwirtschaftsschule*

Die Kreislandwirtschaftsschule als Bestandteil des Landwirtschaftsamtes hat ihre Aufgabe in der Ausbildung von Landwirten zum Fachabschluß sowie die Vorbereitung der Teilnehmer zur Prüfung zum Landwirtschaftsmeister. Zum weiteren umfangreichen Programm der Landwirtschaftsschule gehören zum Beispiel Schulungen für die erfolgreiche Gestaltung einer Direktvermarktung, eine Berufs- und arbeitspädagogische Ausbildung als Lehrbefähigung oder der Umgang mit der Motorsäge. Aber auch die Weiterbildung im Kleingartenwesen sowie die Winterschulung für Landwirte zum Thema "Kosteneinsparung", werden in der Landwirtschaftsschule durchgeführt. Sie unterstützt auch die Vorbereitung und Durchführung von regionalen und landesweiten Leistungsvergleichen, wie z. B. Leistungspflügen und Leistungsmelken. Die Teilnehmer unseres Landkreises haben dabei im überkreislichen Wettbewerb vordere Plätze erreicht.

Die gemeinsame Aktion zwischen Verein für Arbeitsförderung und berufliche Bildung e.V., Luckenwalde, der LASA und dem Landwirtschaftsamt zum Umweltprojekt "Erhaltung und Verbesserung der Umwelt" haben nur Teilerfolge erreicht. Die vorgesehenen Abbruch- und Beräumungsmaßnahmen von Altlasten sowie Entkernung von sanierungsfähigen Gebäuden der Landwirtschaft insbesondere im ländlichen Raum, sowie der Renaturierung konnten auf Grund der begrenzt bereitgestellten Mittel der Arbeitsförderung nur teilweise umgesetzt werden.

Probleme gibt es in der Landwirtschaft durch die nicht geklärten Eigentumsverhältnisse von landwirtschaftlich genutzten Flächen. Auf ca. 800 ha landwirtschaftlicher Fläche mit ungeklärten Eigentumsverhältnissen kann eine Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Jahr 2000 nicht mehr zugesichert werden. Nur eine weitergehende Recherche der Eigentumsverhältnisse sowie die Vertreterbestellung können hier eine Lösung darstellen. Die schwierigen marktwirtschaftlichen Bedingungen haben in der Landwirtschaft auch zu erheblichen Problemen geführt. Insbesondere der Preisverfall in der Schweinehaltung führte in unserem Landkreis dazu, dass drei landwirtschaftliche Unternehmen 1999 das Insolvenzverfahren eröffnen mussten. Die davon betroffenen 64 Arbeitskräfte konnten durch die Weiterführung des Betriebes durch Übernahme in andere landwirtschaftliche Unternehmen bzw.

durch den Erwerb ausländischer Investoren weitestgehend erhalten werden.

Insgesamt muss für unsere Landwirtschaft eingeschätzt werden, dass die erreichten besseren ökonomischen Ergebnisse durch die schwierigen Rahmenbedingungen der EU ausgeglichen wurden. Die Schaffung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft im Zusammenhang mit einem funktionsfähigen ländlichen Raum und Erhaltung der Kulturlandschaft und deren Naturräume müsste mehr im Vordergrund der weiteren Umsetzung des europäischen Landwirtschaftsmodells stehen. Die Umsetzung der Agrarreform Agenda 2000 und die EU-Osterweiterung sind dabei die nächsten Meilensteine in der landwirtschaftlichen Entwicklung.